

epd-Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags

Bezugspreis **Online-Abonnement** „epd-Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 31,95 Euro,
jährlich 383,40 Euro, vier Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar.

Online-Abonnement inkl. Archivnutzung von „epd Dokumentation“ (ab Jahrgang 2001):
jährlich 450,60 Euro

Bestellservice: GEP gGmbH Leserservice, Postfach 1154, 23600 Bad Schwartau,
Tel.: 0451 4906-830, Fax: 0451 4906-950, E-Mail: gep-leserservice@medienexpert.com

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel.: 069/58098-209,
Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
„epd-Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd-Dokumentation“, bzw. Teile
daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder
elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),
Tel.: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main

■ 21. Februar 2023

www.epd.de

Nr. 8-9

Die Zukunft der Zivilgesellschaft

Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis
Evangelische Akademie Tutzing e.V. und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am
Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung

Tutzing, 3. – 5. Juni 2022

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Zum Wandel des bürgerschaftlichen Engagements

Die organisierte Zivilgesellschaft befindet sich im Wandel. Der Wandel des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland hat zahlreiche Facetten, die unter Stichworten wie Informalisierung, Individualisierung, Professionalisierung, Digitalisierung und Politisierung seit geraumer Zeit diskutiert werden. Der Wandel der Zivilgesellschaft ist nicht erst mit der Corona-Pandemie entstanden, aber er wurde durch diese beschleunigt. Der Lock-down der Gesellschaft hat das

bürgerschaftliche Engagement in vielen Bereichen behindert und geschwächt, er hat aber auch neue Formen des Engagements hervorgebracht. Derzeit ist offen, wie sich die Zivilgesellschaft weiter entwickeln wird und welches Gesicht sie künftig haben wird. Eines zeichnet sich aber bereits jetzt ab: Es wird ein anderes sein als das uns vertraute!

Wie könnte das neue Gesicht der Zivilgesellschaft aussehen? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung, auf der wissenschaftliche Experten und zivilgesellschaftliche Akteure den Zustand und die Entwicklungsperspektiven der organisierten Zivilgesell-

schaft und des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland kritisch beleuchten und diskutieren. Welche Zukunft hat die Zivilgesellschaft in Deutschland? Vor welchen Herausforderungen steht sie und welche Faktoren werden ihre weitere Entwicklung bestimmen? Welche Unterstützung braucht die Zivilgesellschaft, damit sie den an sie gestellten Erwartungen zur Stärkung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt gerecht werden kann?

(Aus der Einladung zur Akademie-Tagung)

Quellen:

Die Zukunft der Zivilgesellschaft

Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V. und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung

Tutzing, 3. – 5. Juni 2022

Die Tagung zur Zukunft der Zivilgesellschaft ist Teil des Programms anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Evangelischen Akademie Tutzing. Weitere Tagungen beschäftigen sich mit der Zukunft der Demokratie sowie der Zukunft der Kirche.

Inhalt:

Die Zukunft der Zivilgesellschaft

Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V. und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung Tutzing, 3. – 5. Juni 2022

► Pfr. Udo Hahn, Brigitte Grande, M.A., Prof. Dr. Edgar Grande:
Vorwort 5

► Dr. Holger Krimmer:
Bestandsaufnahme: Wie steht es um die Zivilgesellschaft in Deutschland?
Wie verändert sich zivilgesellschaftliche Selbstorganisation langfristig? 7

► Prof. Dr. Edgar Grande:
Zivilgesellschaft im Wandel: Vor welchen Herausforderungen steht die Zivilgesellschaft? 11

Die organisierte Zivilgesellschaft im Wandel

► Prof. Dr. Rolf G. Heinze:
Die organisierte Zivilgesellschaft zwischen Professionalisierung und Individualisierung 19

► Andrea Betz:
Freiwilliges Engagement in der Zivilgesellschaft 28

Bürgerschaftliches Engagement im Lockdown

► Prof. Dr. Swen Hutter, Gesine Höltnann und Charlotte Rößler-Prokhorenko:
Die Pandemie trifft eine Zivilgesellschaft im Wandel 30

► David Kuhn und Dr. Birthe Tahmaz:
Die Corona-Pandemie als Stresstest für die Zivilgesellschaft 39

Zivilgesellschaft unter politischem Druck

► Prof. Dr. Wolfgang Schroeder:
Bedrängte Zivilgesellschaft und ihre Reaktionen auf Angriffe von Rechts 46

► Dr. Axel Salheiser:
Wie politisch soll die Zivilgesellschaft sein? 55

Das neue Gesicht der Zivilgesellschaft:

Neue Formen und Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements

► Sabine Süß:
Die »neue« Zivilgesellschaft – lokal, agil, kooperativ, lösungsorientiert 59

► Gerd Thomas:
Neue Anforderungen an das Ehrenamt 63

► Dr. Tatiana Matthiesen:
Die Zivilgesellschaft muss sich bewegen – wir auch! Eine Perspektive aus der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius 68

► Quentin Kügler: Die »neue« Zivilgesellschaft wirkt koproduktiv – »Wir im Quartier« als bürgerschaftliches Netzwerk	73
--	----

**Der Blick nach vorn: Wie kann man die Zivilgesellschaft unterstützen?
Forderungen an die Engagementpolitik**

► Markus Priesterath: Unterstützung der Zivilgesellschaft durch den Staat – Erwartungen, Möglichkeiten und aktuelle Entwicklungen in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen	77
--	----

► Dr. Thomas Röbbke: Moderne Engagementpolitik in elf Thesen	83
---	----

► Sabine Süß: Position zur Engagementpolitik	85
---	----

► Autorenverzeichnis	86
----------------------	----

Vorausdenken: »Die Zukunft der Zivilgesellschaft«

Pfr. Udo Hahn, Brigitte Grande, Prof. Dr. Edgar Grande

Das bürgerschaftliche Engagement in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich im Wandel. Dieser hat zahlreiche Facetten und ist nicht erst mit der Corona-Pandemie entstanden, aber er wurde durch sie beschleunigt. Derzeit ist offen, wie sich die Zivilgesellschaft in unserem Land weiterentwickeln und welche Zukunft sie haben wird. Eine Tagung an der Evangelischen Akademie Tutzing befasste sich vom 3.-5. Juni 2022 mit der Zukunft der Zivilgesellschaft. Die Akademie wurde in diesem Jahr 75 Jahre alt und ihr Jubiläumsprogramm stand unter dem Motto »Vorausdenken«. Einige Tagungen im Jubiläumsjahr widmeten sich deshalb dezidiert vorwärtsgerichtetem Denken und Diskurs. »Die Zukunft der Zivilgesellschaft« war eine davon.

Der Wandel des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland hat zahlreiche Facetten, die unter Stichworten wie Informalisierung, Individualisierung, Professionalisierung, Digitalisierung und Politisierung seit geraumer Zeit diskutiert werden. Der Wandel der Zivilgesellschaft ist keine Folge der Corona-Pandemie, aber er wurde durch sie beschleunigt. Der Lockdown der Gesellschaft hat das bürgerschaftliche Engagement in vielen Bereichen behindert und geschwächt, er hat aber auch neue Formen des Engagements hervorgebracht. Derzeit ist offen, wie sich die Zivilgesellschaft weiter entwickeln wird und welches Gesicht sie zukünftig haben wird. Sicher ist: Es wird ein anderes sein als das uns vertraute!

Wie das neue Gesicht der Zivilgesellschaft aussehen? Vor welchen Herausforderungen steht sie und welche Faktoren werden ihre weitere Entwicklung bestimmen? Welche Unterstützung braucht die Zivilgesellschaft, damit sie die an sie gestellten Erwartungen zur Stärkung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt gerecht werden kann? Diesen Fragen widmete sich die Tagung zur Zukunft der Zivilgesellschaft im Schloss Tutzing. Expertinnen und Experten sowie Akteure aus Wissenschaft und Politik, aus Stiftungen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Projekten analysierten und diskutierten drei Tage lang den Zustand und die Entwicklungsperspektiven der organisierten Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland.

Eingeladen zu dieser Tagung hatte die Evangelische Akademie Tutzing gemeinsam mit ihrem Freundeskreis und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Der Freundeskreis der Evangelischen Akademie Tutzing begleitet und unterstützt die Bildungsarbeit der Akademie seit mehr als sieben Jahrzehnten. Vorträge, Tagungen, Bildungsreisen, Preisverleihungen, Diskussionsabende – der Freundeskreis tritt mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in Erscheinung. In vielen bayerischen Städten sind lokale Freundeskreise aktiv, um die Bildungsidee der Akademie weiterzutragen. Mehr als 1.000 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ganz Bayern ehrenamtlich und organisieren, diskutieren, netzwerken – und bilden Zivilgesellschaft.

Mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) konnten Akademie und ihr Freundeskreis den für das Tagungsthema prädestinierten Partner aus der Wissenschaft gewinnen, denn das Zentrum wurde 2017 eigens zur wissenschaftlichen Erforschung der Zivilgesellschaft und zur Vernetzung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik gegründet.

Die drei Tagungspartner verkörperten diese Vernetzungsidee: Eine Bildungseinrichtung, deren Auftrag Diskurs und Meinungsbildung ist, ein erfahrender bayernweit tätiger zivilgesellschaftlicher Akteur und ein Forschungszentrum agierten gemeinsam.

Die Zivilgesellschaft ist im Wandel – diese Ausgangsbeobachtung der Tagung wurde durch die Berichte und Analysen im Schloss Tutzing bestätigt. Die Zivilgesellschaft wird gleichzeitig immer wichtiger: Wie unsere Gesellschaft die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigt, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, das bürgerschaftliche Engagement zu erhalten und zu aktivieren und die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt zu stärken.

Analysen und Befunde, Erkenntnisse und Ergebnisse der Tagung »Die Zukunft der Zivilgesellschaft« sind in dieser Dokumentation nachzulesen. Sie bezeugen, dass die Tagung der derzeit bestehenden Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Szene der Bundesrepublik ein wichtiges Forum

zum Vorausdenken und zum Austausch, zu Bestärkung und Ermutigung geboten hat. Dafür sei allen Mitwirkenden herzlichst gedankt!

*Pfr. Udo Hahn,
Direktor, Evangelische Akademie Tutzing*

*Brigitte Grande,
Vorsitzende, Freundeskreis Evangelische
Akademie Tutzing e.V.*

*Prof. Dr. Edgar Grande,
Gründungsdirektor, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung/WZB*



Wie verändert sich zivilgesellschaftliche Selbstorganisation langfristig?

Dr. Holger Krimmer, Geschäftsführer der ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) gGmbH im Stifterverband, Berlin

Tutzing, 3. Juni 2022

Die Engagementquoten steigen, die Zahl eingetragener, gemeinnütziger Vereine auch. Das ist die eine Richtung zivilgesellschaftlicher Entwicklung: allen gelegentlichen Klagen zum Trotz beobachten wir bis heute ein anhaltendes Wachstum von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation in der deutschen Gesellschaft. Das gilt für Ost und West, Nord und Süd gleichermaßen. Aber die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation darf nicht nur quantitativ analysiert werden. Viel mehr kommt es – nimmt man längere Zeiträume in den Blick – zu qualitativen Verschiebungen. Neue Formen entwickeln sich, wie sich Bürger:innen zusammenschließen, um gemeinsam Werte zu teilen, Gemeinschaften zu bilden, Interessen zu verfolgen und zu versuchen, im Kleinen Gesellschaft mitzugestalten. Ältere Formen lösen sich auf.

Um drei Aspekte dieses qualitativen Strukturwandels von Zivilgesellschaft in Deutschland soll es im folgenden Beitrag gehen: (1.) die Schwächung institutioneller Strukturen, (2.) eine relative Informalisierung zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse und (3.) die Frage nach der politischen Rolle von Zivilgesellschaft.

1. Schwächung formaler Strukturen

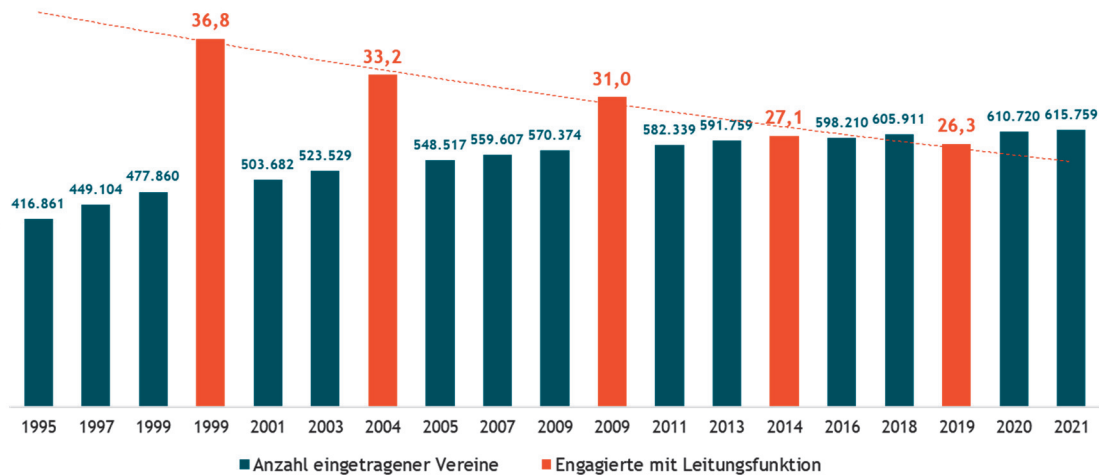
In der Geschichte der Bundesrepublik kam es zu einem stetigen und starken Wachstums der Anzahl von Vereinen und anderen gemeinnützigen Organisationen. Existierten in den 1960er Jahren noch ca. 60.000 bis 70.000 Vereine, beträgt deren Zahl heute über 600.000. Auch die sogenannten »Trägerschichten« zivilgesellschaftlichen Engagements (Jürgen Kocka) erweiterten sich erheblich. War noch im frühen 19. Jahrhundert ehrenamtliches Engagement Sache des besitzenden, männlichen Bürgertums, ist freiwilliges Engagement heute – wenngleich mit unterschiedlichen Aus-

prägungen – ein Phänomen aller Bereiche von Gesellschaft. Allerdings kam es in den letzten zwanzig Jahren zu einem Anstieg der Bereitschaft, sich verbindlich, aber ungebunden freiwillig zu engagieren. Der Mitgliedschaftsstatus verliert zusehends an Bedeutung. Noch schwieriger ist es um den Teil von Engagierten bestellt, die bereit sind, ein konkretes Amt oder eine Führungsrolle wie eine Vorstandsfunktion, eine Tätigkeit als Übungsleiter oder ähnliches zu übernehmen.

Diese häufig als »ehrenamtlich Engagierte« bezeichnete Teilgruppe des weiter gefassten bürgerschaftlichen oder freiwilligen Engagements machte 1999 nach Daten des Freiwilligensurveys, den das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend seit 1999 im Abstand von fünf Jahren erheben lässt, noch 36,8 Prozent der Engagierten aus. Bis 2019 sank ihr Anteil stetig auf 26,3 Prozent. Auch wenn man berücksichtigt, dass im gleichen Zeitraum der Anteil von Engagierten insgesamt stieg, geht diese Teilpopulation in absoluten Zahlen zurück.

Das führt zu einer Situation, in der eine immer größere Gruppe von gemeinnützigen Organisationen von einer immer kleiner werdenden Teilpopulation Engagierter zehrt, die für deren Bestandserhaltung verantwortliche Funktionen übernimmt. Diese Knappheit an – betriebswirtschaftlich gesprochen – zentralen Personalressourcen kann als eine spezifische Form von »ehrenamtlichem Fachkräftemangel« verstanden werden, der schon heute in den Organisationen zu beträchtlichen Problemen führt. Es ist daher nicht erstaunlich, dass das Wachstum der Zahl eingetragener Vereine sich in den letzten Jahren stetig und deutlich verlangsamt hat. Bereits seit mehreren Jahren spiegelt sich diese asymmetrische Entwicklung in der zunehmenden Schwierigkeit gemeinnütziger Organisationen, genug ehrenamtlich Engagierte für die Besetzung ihrer Leitungsorgane zu finden (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Die Entwicklung der Zahl der eingetragenen Vereine und der Anteil der ehrenamtlich Engagierten an den freiwillig Engagierten



Quelle: Vereinsregister (eigene Auswertung), Freiwilligensurvey 1999-2019

In diesen Entwicklungen drückt sich auch die Herausbildung neuer Engagementstile und eine neue Einbettung von episodischen Engagements in biographische Kontexte aus, wie er in qualitativen Studien bereits seit den 90er Jahren beobachtet wurde. Organisationssoziologisch zeichnet sich im Übergang von ehrenamtsbasierten Biographien hin zu biographisch motivierten kurzfristigen Engagements ein Reputationsverlust von Mitgliedschaften und Ehrenamt ab. Mit anderen Worten: Das Prestige, das lange mit dem Amt des Vereinsvorstandes verbunden war, verblasst immer mehr.

2. Relative Informalisierung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation

Spiegelbildlich dazu zeichnet sich eine Aufwertung informeller Engagement- und Organisationsformen ab. Nicht formal organisiertes Engagement, das sich ohne Anbindung einer Mitgliedschaft und ohne feste Verortung in einer gemeinnützigen Organisation abspielt, findet überwiegend in fünf Kontexten statt:

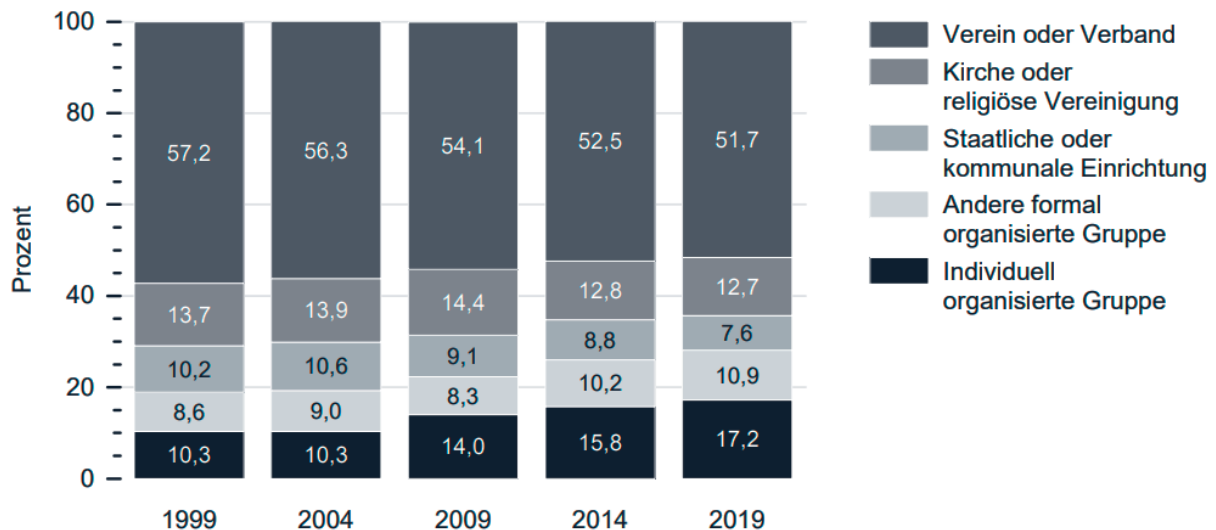
- in Bewegungen und Protesten,
- in Nachbarschaftskontexten,
- in Krisenphasen oder anderen ereignisgebundenen Situationen,
- in kommunalen Beteiligungsverfahren

■ oder – und zunehmend – in digitalen bzw. internetbasierten Vernetzungsstrukturen.

In den letzten Jahren war es vor allem das informelle, spontan helfende Engagement in Krisenphasen, das vermehrt diskutiert wurde. Neben dem spontanen und helfenden Engagement in der Pandemie seit 2020 hat auch das Engagement in der Verwaltungskrise im Zuge der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen starke Aufmerksamkeit erhalten. Das Gleiche gilt für das nicht-gebundene Engagement in Hochwasserkrisen und Flutkatastrophen, zuletzt 2021 im Ahrtal in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Unklar ist bislang noch die Erkenntnislage zur Frage nach den Fluchtpunkten dieses Engagements: In welchem Umfang dieses Engagement mit Ende von akuten Krisenphasen wieder zurückging, sich in formalen Kontexten institutionalisiert hat oder als dauerhaftes informelles Engagement stabilisiert hat.

Auch die stärkere Nutzung digitaler Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Vernetzung führt zu neuen Ermöglichungsstrukturen. Welche Faktoren mit welchem Gewicht zu einer stärkeren Informalisierung beitragen, lässt sich nicht exakt bestimmen. In der Summe belegt der Freiwilligensurvey aber einen stabilen, ausgeprägten und langfristigen Anstieg nicht organisationsgebundenen Engagements (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Organisationsformen des freiwilligen Engagements im Zeitvergleich 1999-2019



Quelle: Freiwilligensurvey 1999-2019

Zwischen 1999 und 2019 stieg die Zahl der in informellen Kontexten freiwillig Engagierten von 2,3 auf 5 Millionen Bürger:innen an. Anders ausgedrückt: Von 1999 aus gesehen stieg das Engagement in Vereinen und Verbänden in den darauffolgenden zwanzig Jahre um ca. 18 Prozent, das Engagement in informellen Kontexten um 117 Prozent. Diese Entwicklung kann man als »relative Informalisierung« zivilgesellschaftlicher Strukturen verstehen, als eine Verschiebung der Anteile von Engagement in formalen und informellen Kontexten bei gleichzeitigem Wachstum beider Teilbereiche.

3. Politisierung und Entpolitisierung

Jenseits dieser strukturellen Veränderungen zivilgesellschaftlicher Praxis kommt es auch zu Verschiebungen in den Inhalten und Themen und dem politischen Selbstverständnis von Engagement. Seit den 1980er Jahre beschreibt und analysiert die Engagementforschung den Bedeutungsverlust des gemeinschaftlichen Zusammenschlusses in Vereinen. Der Wunsch, Teil einer Dienst- oder Wertegemeinschaft zu sein, ist zwar auch heute noch vorhanden, hat aber an Bedeutung verloren. Insbesondere bei jüngeren Engagierten und in neuen Engagementfeldern wie Bürger- und Verbraucherinteressen, Bildung und internationale Solidarität überwiegen Motive, über das Engagement gesellschaftlich und politisch mitgestalten zu können. Das politische Selbstverständnis zivilgesellschaftlicher Praxis ist

damit in der Breite sicherlich gestiegen. Zu einer Politisierung haben zudem gesellschaftliche Konflikte und Spannungen im Kontext der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen ab 2015 oder auch in der Coronakrise beigetragen. In der Coronakrise haben es Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen der Bundesregierung geschafft, eine dauerhafte Form anzunehmen, die unterschiedlichste Kräfte und Milieus zusammenbringt. Die »Querdenker-Studie« von Nadine Frei und Oliver Nachtwey benennt etwa das Alternativmilieu, das anthroposophische Milieu, das christlich-evangelikale Milieu und das bürgerliche Protestmilieu. Auf die Frage nach dem verbindenden Element eines so diversen Protestmilieus nennt die Forscher:innengruppe um Sven Reichardt das ausgeprägte Misstrauen gegenüber Medien und politischem System und spricht daher von »Misstrauensgemeinschaften«. Durch diese, aber auch weitere Krisen und Konflikte hat sich ein neues Protestmilieu entwickelt, das verschiedentlich als Ausdruck eines »neuen Aufbegehrens« (Oliver Nachtwey) beschrieben wird. Offenkundig artikuliert sich in Teilen zivilgesellschaftlicher Praxis eine neue Qualität von gesellschaftlicher und politischer Legitimationskrise.

Dass es sich bei diesen jüngeren Bewegungen um keine gänzlich neuartigen Phänomene handelt, zeigen zwei deutlich weiter zurückreichende wissenschaftliche Diskurse. Unter der Chiffre der »dunklen Seite der Zivilgesellschaft« werden bereits seit längerem die Nutzung von Gewalt als

Mittel des Protests, kulturelle Abschottung und Pluralismusfeindlichkeit, antidemokratische und nationalistische Einstellungen und weitere Phänomene als »unzivil« Formen von zivilgesellschaftlichem Handeln diskutiert. Auf die ganze Bandbreite gesellschaftlicher und politischer Einstellungen und Konflikte richtet sich hingegen die weiter ansetzende Diskussion zu Fragen einer Polarisierung und Spaltung von Gesellschaft. Die Ursachen dieser häufig angenommenen Spaltung werden in unterschiedlichen makrosozialen Entwicklungen gesehen, etwa dem Wandel der Arbeitsgesellschaft (Nachtwey), dem Prozess der Liberalisierung westlicher Gesellschaften (Norris und Inglehart) oder der transformativen Kraft von Globalisierung (Grande und Kriesi).

Gleichzeitig – und das darf nicht aus dem Blick verloren werden – kommt es aber auch zu Formen einer Entpolitisierung zivilgesellschaftlichen Handelns. Zu nennen ist zum einen der Rückgang der Mobilisierungskraft neuer sozialer Bewegungen, die seit den 1970er Jahren massives Mobilisierungspotential zu Themen wie Gleichstellung, einem neuen Umweltbewusstsein, Frieden, der Vermeidung von Atomkraft und anderen entfaltet haben. Teile dieser Bewegungen haben sich mittlerweile sedimentiert in festen Organisationsfeldern wie dem Umwelt- und Naturschutzbereich, der über eine ausdifferenzierte lokale Vereinsszene, aber auch über potente verbandliche Strukturen verfügt. Zum anderen ist die partielle und fortschreitende Auflösung korporatistischer Politikarrangements zu nennen, als Teil derer ge-

meinnützige Akteure lange Zeit Bestandteil politischer Governancestrukturen waren. Zusammenfassend kann daher von einer Gleichzeitigkeit von Prozessen der Politisierung und Entpolitisierung in der zivilgesellschaftlichen Arena gesprochen werden.

4. Fazit

Aus diesen Überlegungen ergibt sich Handlungsbedarf für die Engagementpolitik und -förderung. Aus Sicht von Verbänden stellt sich zukünftig vermehrt die Frage, wie Teilhabe, Mitgliedschaft und Mitsprache von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Verbandskontexten organisiert sein können, die nicht über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügen und intern auch nicht verfahrensbauiert demokratisch legitimiert sind. Die Engagementförderung und -forschung muss zudem stärker als bislang auf informelle zivilgesellschaftliche Akteure ausgerichtet werden, um Engagement besser zu verstehen und zu fördern.

Zudem muss der in der wissenschaftlichen Praxis genutzte Begriff von Zivilgesellschaft und Engagement in der Lage sein, sehr unterschiedliche Bewegungen und Gegenbewegungen zu erfassen, gleich, ob sie auf »mehr Demokratie« oder auf »autoritäre Politik« orientiert sind. Wissenschaftliche Begriffe von Engagement und Zivilgesellschaft sind dann aber auch nicht länger identisch mit dem, was Politik als förderungswürdige Praxis erachtet.



Zivilgesellschaft im Wandel – Vor welchen Herausforderungen steht die Zivilgesellschaft?

Prof. Dr. Edgar Grande, Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung, Berlin

Tutzing, 3. Juni 2022

Die multiplen Krisen der letzten Jahre haben sehr deutlich gemacht, dass die Zivilgesellschaft immer wichtiger wird; dass sie gerade, wenn es darauf ankommt, wichtig ist. Die Feststellung »Wir brauchen die Zivilgesellschaft!« gehört inzwischen zum Standardrepertoire der Politik – und das zu Recht. Zur Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, insbesondere der ökologischen Transformation, wird es ganz entscheidend darauf ankommen, ob und wie es gelingt, die Zivilgesellschaft zu aktivieren und einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund kommt den aktuellen Wandlungsprozessen in der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Denn wir können nicht umstandslos voraussetzen, dass die Zivilgesellschaft diesen Erwartungen auch künftig immer gerecht wird.

Nun sind Wandlungsthesen in der Soziologie alles andere als neu und originell. Solche Thesen reichen bis an die Anfänge der Soziologie zurück, vermutlich noch weiter. Das heißt aber nicht, dass die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen Befürchtungen unbegründet sind; und es heißt auch nicht, dass uns dieser Wandel gleichgültig lassen kann. Auch im Bereich der Zivilgesellschaft gibt es seit Jahren Diskussionen zum Wandel, in Deutschland zum Beispiel zum Wandel des Ehrenamts, in den USA zum »new voluntarism«. Die immer wieder zitierte Enquete-Kommission zur »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« hat bereits im Jahr 2002 in ihrem Abschlussbericht auf die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland und seinen Wandel hingewiesen (vgl. Enquete-Kommission 2002).

Wenn ich nun in meinem Vortrag von der »Zivilgesellschaft im Wandel« spreche, dann möchte ich nicht einfach die damaligen Befunde aktualisieren. Ich werde vielmehr argumentieren, dass die Zivilgesellschaft derzeit einen neuen Veränderungsprozess durchmacht. Dadurch wird nicht nur der bisherige Wandel fortgesetzt oder verstärkt; es kommen auch neue Entwicklungen und Veränderungen hinzu, beispielhaft durch die

Digitalisierung des Engagements. Gleichzeitig beobachten wir, dass die alte Welt der organisierten Zivilgesellschaft nicht abstirbt, sondern sich gleichfalls wandelt, aber auf eine ihr eigene Weise, wie sich an den Professionalisierungstendenzen in den Wohlfahrtsverbänden zeigt (vgl. Heinze in diesem Band). All dies hat zur Folge, dass sich zum einen innerhalb der Zivilgesellschaft mehrere (alte und neue) »Welten des Engagements« herausbilden; und dass zum anderen die Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements zu anderen individuellen und gesellschaftlichen Aktivitäten immer unschärfer werden. Meine These lautet, dass beide Entwicklungen – die *innere Pluralisierung* und die *äußere Entgrenzung* – das neue Gesicht der Zivilgesellschaft prägen werden.

Dieses Argument werde ich nun in mehreren Schritten entwickeln. Ich will zunächst kurz unseren Gegenstandsbereich, die Zivilgesellschaft, eingrenzen (1.) und dann darauf eingehen, wie wir ihre Veränderungen konzeptionell erfassen können (2.). Schließlich werde ich auf die Triebkräfte des Wandels eingehen (3.), seine wichtigsten Erscheinungsformen beschreiben (4.) und abschließend einige Probleme und Konsequenzen dieser Entwicklungen benennen (5.). Das Ergebnis meiner Überlegungen lautet, dass sich die Zivilgesellschaft inmitten eines neuen, tiefgreifenden Wandlungsprozesses befindet. Dieser tiefgreifende Wandel ist unumkehrbar; er ist in seinen Folgen offen und unsicher; und wir können nicht davon ausgehen, dass die Zivilgesellschaft aus diesem Wandel gestärkt hervorgehen wird.

1. Was ist Zivilgesellschaft?

Wovon reden wir, wenn wir von Zivilgesellschaft sprechen? Die Zivilgesellschaft ist bekanntlich sehr vielfältig und sie lässt sich immer weniger mit den großen Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen gleichsetzen, die die Geschichte der Bundesrepublik geprägt haben (vgl. Grande et al. 2021). Unter dem Begriff der Zivilgesellschaft verstehen wir ganz allgemein freiwillige Zusammenschlüsse der Bürger *als Bürger* jenseits von Staat, Wirtschaft und Familie. Wichtig ist dabei

aus meiner Sicht zum einen die *Freiwilligkeit* des Handelns; und zum anderen das »gemeinsame Handeln« im Sinne von Hannah Arendt. Zivilgesellschaft ist zum anderen *eigensinnig*, sie folgt einer eigenen Handlungsrationalität. Worin auch immer diese besteht, sie unterscheidet sich von der gewinn- und effizienzorientierten Rationalität der Wirtschaft und von der legalen oder bürokratischen Rationalität des Staates. Die Handlungsrationalität der Zivilgesellschaft steht deshalb in einem Spannungsverhältnis zu beidem, zur Wirtschaft und zum Staat. Aus dieser Eigenlogik resultiert die Stärke des bürgerschaftlichen Engagements: die Zivilgesellschaft kann etwas, was gewinnorientierte Unternehmen und bürokratische Organisationen nicht können – was auch immer das ist. Diese Eigenlogik macht es aber auch so schwierig, die Zivilgesellschaft zu vereinnahmen, sie einzubinden. Denn die Zivilgesellschaft, das bürgerliche Engagement, das ehrenamtliche Helfen, ist sperrig, eigensinnig – und empathisch. Kurz gesagt: Wenn man auf die Zivilgesellschaft setzt, dann geht man Risiken ein. Der Eigensinn der Zivilgesellschaft kann zu Konflikten und Frustrationen führen, er kann aber auch die Quelle für einzigartige gesellschaftliche Gestaltungschancen sein. Denn die Zivilgesellschaft ist mehr als nur ein Lückenbüßer. Sie kann nicht nur Lücken schließen, die ein überforderter Staat oder eigennützige Unternehmen lassen. Zivilgesellschaftliches Handeln bietet auch die Chance, Dinge *anders zu machen!*

Welche normativen Erwartungen an die Ziele dieses Handels können wir sinnvoll haben? Das deutsche Verständnis von Zivilgesellschaft betont sehr stark die Gemeinwohlaspekte des Engagements – und das aus guten Gründen. Die derzeitigen Debatten zeigen aber auch, wie schwierig die Abgrenzung im Einzelfall sein kann. Die Kontroverse um die Gemeinnützigkeit von Organisationen wie Attac zeigt exemplarisch, welche Probleme sich ergeben, wenn die Gemeinwohlerfordernisse zu eng gefasst werden. Eine Lösung dieses Problems bestünde darin, das Gemeinnützigkeitsrecht weiter zu fassen und auch bestimmte Formen des politischen Handelns darunter zu fassen. Daraus ergeben sich dann aber Abgrenzungsprobleme anderer Art. Denn gleichzeitig gibt es auch Bestrebungen, zu verhindern, dass eine neue politische Stiftung, die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung, aus Bundesmitteln gefördert wird. Das führt uns unmittelbar zu einem anderen Aspekt, der im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichem Handeln diskutiert wird, nämlich zu Fragen der Toleranz und der Zivilität des Handelns. Es besteht Einigkeit darüber, dass ge-

waltförmiges Handeln keine Form des bürgergesellschaftlichen Engagements ist. Aber es gibt auch hier Grenzfälle und Grauzonen. Deswegen wird derzeit darüber diskutiert, ob die Aktivitäten von radikalen Klimaschützern, also neue Formen des zivilen Ungehorsams, noch mit dieser Zivilität vereinbar sind; ob es sich tatsächlich noch um gebührieliches zivilgesellschaftliches Engagement handelt, wenn man Kunstwerke beschmutzt und den Verkehr blockiert.

Aus meiner Sicht ist es ratsam, keine zu starken normativen Erwartungen an die Zivilgesellschaft zu haben. Das wird der Zivilgesellschaft nicht gerecht, denn diese kann natürlich auch ihre dunklen Seiten haben – und oftmals fällt es schwer, die »hellen« und die »dunklen« Seiten der Zivilgesellschaft präzise zu unterscheiden. Das haben die Diskussionen um die Frage, ob die »Querdenker« zur Zivilgesellschaft gehören, oder ob Pegida Teil der Zivilgesellschaft ist, gezeigt. In meinem Verständnis lautet die Antwort in beiden Fällen: »Ja«. Der politische Protest in seinen verschiedenen Ausprägungen ist Teil des bürgergesellschaftlichen Engagements und eine demokratische Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass sie eine Pluralität von Interessen, von Zielen, von Akteuren zulässt und aushält. Es macht die besondere Qualität der Zivilgesellschaft aus – aber auch ihre eigentümliche Ambivalenz –, dass in ihr die Pluralität von Interessen, Werten, Zielen, Akteuren und Aktionsformen einer demokratischen Gesellschaft zum Ausdruck kommt! Zumindest in den Sozialwissenschaften tun wir deshalb gut daran, mit einem Verständnis von Zivilgesellschaft zu arbeiten, das möglichst offen ist und nicht bestimmte Ziele und Gruppierungen definitorisch ausschließt.

Es gibt natürlich gute Gründe und nachvollziehbare Interessen, das Verständnis von Zivilgesellschaft auf die eine oder andere Weise enger oder weiter zu definieren. Bei all dem ist freilich zu bedenken, dass der Kampf um Begriffe immer auch ein Kampf um den Einschluss oder Ausschluss von bestimmten Gruppierungen, von bestimmten Interessen, in einem politischen Handlungsfeld ist. Diese Anerkennungs-, Einschluss-, Abgrenzungs-, Ausgrenzungs- und Anerkennungskonflikte kennzeichnen die deutsche Diskussion über die Zivilgesellschaft seit langer Zeit. Mit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« wurde nicht nur der »Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft« (so der Untertitel des Abschlussberichts aus dem Jahr 2002) vorgezeichnet. Mit diesem Bericht hat auch eine

neue Zivilgesellschaft die Gelegenheit der damaligen rot-grünen Bundesregierung genutzt, um sich politisch zu etablieren und ihre Interessen durchzusetzen. Dabei geht es im Kern natürlich um bekannte Fragen: Wer soll Zugang zu öffentlichen Fördermitteln haben? Wer soll die Zivilgesellschaft in Gremien repräsentieren? Wer soll Sitze in Kommissionen bekommen? Auch Engagementpolitik ist Interessenpolitik – und Definitionsfragen sind auch hier immer auch Machtfragen! Deshalb ist die Zivilgesellschaftsforschung gut beraten, ihre Begriffe und Konzepte nicht unhinterfragt aus ihrem Gegenstandsbereich zu übernehmen.

2. Was genau wandelt sich? Zur Strukturierung des intermediären Bereichs

Um ein Gesamtbild des Wandels des bürgerschaftlichen Engagements zu erhalten, ist es sinnvoll, zunächst einmal Abstand zu nehmen vom Begriff der Zivilgesellschaft und einen zwar sperrigen, aber allgemeineren Begriff zu verwenden, nämlich den des *intermediären Bereichs*. Damit meine ich den gesamten Bereich zwischen dem Staat auf der einen Seite, den Individuen auf der anderen Seite. Der intermediäre Bereich umfasst die Gesamtheit aller Akteure, Organisationen und Aktivitäten zwischen Staat und Bürger. Auf diese Weise vermeiden wir einige der notorischen Abgrenzungsprobleme, die die Beschäftigung mit der Zivilgesellschaft und dem bürgerschaftlichen Engagement immer wieder belasten. Dadurch geraten aber auch neue Zwischenformen und Übergänge, beispielsweise inzwischen zwischen Familien, Verwandtschaften, Nachbarschaften und Selbsthilfegruppen, etc., in den Blick. Das ist wichtig, weil auch solche Zwischenformen das neue Gesicht der Zivilgesellschaft kennzeichnen.

Die Frage ist dann, wie der intermediäre Bereich organisiert ist. Zur Beantwortung dieser Frage ist eine Typologie hilfreich, die Claus Offe und Christine Fuchs vor gut zwanzig Jahren im Rahmen einer Studie zur Vermessung des sozialen Kapitals in Deutschland entwickelt haben (Offe/Fuchs 2001). Sie unterscheiden auf der einen Seite zwischen primären, sekundären und tertiären Gruppierungen. Zu den primären Gruppierungen zählen insbesondere Familien und Verwandtschaften, zu den sekundären die Vereine (insbesondere solche, in denen das Engagement der Mitglieder über die Beitragszahlung hinausgeht) und zu den tertiären Firmen und Verbände. Die jeweiligen Gruppierungen unterscheiden sich insbesondere darin, inwieweit ihre Mitglieder über Mitgliedschaft und Organisationszwecke

selbst bestimmen bzw. mitbestimmen können. Sie führen dann noch eine zweite Unterscheidung ein, nämlich zwischen formalisierten und nicht formalisierten Vereinigungen. Auf diese Art und Weise kann man eine ganze Reihe von Organisationen und Aktivitäten unterscheiden, z.B. informelle Clans im Bereich der primären Vereinigungen, sowie Nachbarschaftsbeziehungen und informelle Netzwerke im Bereich der sekundären Beziehungen. In Deutschland bildete das formalisierte Engagement in Vereinen lange Zeit den Kern des intermediären Bereichs (vgl. Krimmer in diesem Band).

Man kann diese Typologie auch nutzen und *Thesen zum Wandel der Zivilgesellschaft* formulieren, die sich keineswegs gegenseitig ausschließen. Ein Strukturwandel des intermediären Bereichs kann *erstens* dadurch erfolgen, dass einer der Grundtypen (primär, sekundär, tertiär) an Bedeutung gewinnt oder verliert. So können primäre Vereinigungen im Zuge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse durch andere Formen der Vergemeinschaftung ersetzt werden. Es wäre aber auch denkbar, dass primäre und sekundäre Vereinigungen durch Unternehmen verdrängt werden. Ein Strukturwandel des intermediären Bereichs kann *zweitens* dadurch erfolgen, dass informelle Vereinigungen durch formalisierte ersetzt werden, oder umgekehrt. Genau darauf zielt die These von der Informalisierung des Engagements in der Zivilgesellschaftsforschung ab. Schließlich besteht *drittens* die Möglichkeit, dass sich die innere Struktur des intermediären Bereichs dadurch verändert, dass die Abgrenzungen zwischen Vereinigungen (primär vs. sekundär; formalisiert vs. nicht formalisiert) erodieren und neue Zwischenformen entstehen, die sich nicht eindeutig zuordnen lassen. Dies könnte man als Entgrenzung bzw. Hybridisierung der Zivilgesellschaft bezeichnen.

3. Triebkräfte des Wandels

Warum wandelt sich der intermediäre Bereich? Weshalb sollten wir in diesem Bereich tiefergehende und dauerhafte Veränderungen erwarten? Meines Erachtens ist der derzeitige Wandel des intermediären Bereichs das Ergebnis von mehreren Entwicklungen:

- längerfristige gesellschaftliche Modernisierungsschübe (Individualisierung, Wertewandel, u.a.)
- technologische Entwicklungen (insbesondere Digitalisierung)

- politische Veränderungen und Zwänge
- exogene Schocks und Krisen (Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg)

Eine Schlüsselrolle zum Verständnis der Wandlungsprozesse in der Zivilgesellschaft spielt ein gesellschaftlicher Modernisierungsschub, der bereits in den 1970er Jahren einsetzte und dessen Ergebnis in der soziologischen Literatur uneinheitlich bezeichnet wird. Anthony Giddens (1990) spricht von »radikalisierter Moderne«; Zygmunt Baumann (2000) von »flüssiger Moderne«; Ulrich Beck (1986) von »Zweiter Moderne«; Andreas Reckwitz (2017) von »Spätmoderne«, um nur einige der wichtigsten Autoren zu nennen. Die Grundannahme aller dieser Arbeiten lautet, dass moderne Gesellschaften seit den 1970er Jahren einen strukturellen Wandel durchlaufen, durch den sich die Basisinstitutionen der industriegesellschaftlichen Moderne grundlegend verändert haben (und noch weiter ändern), soziale Beziehungen sich »verflüchtigen« und individuelle Gestaltungsansprüche erweitert und radikalisiert werden.

Im Hinblick auf die Zivilgesellschaft wurden mit diesem Wandel vor allem optimistische Erwartungen verbunden. Inzwischen wissen wir jedoch, dass dieser Modernisierungsprozess in seinen Wirkungen hochgradig kontingent ist. Er erzeugt zum einen neue »Singularitäten«, also einen neuen Individualismus, wie er im Mittelpunkt der Theorie von Andreas Reckwitz (2017) steht. In seinem Verständnis wird die »Spätmoderne« geprägt von Menschen, die vor allem individualistisch sind und in erster Linie ihre Selbstverwirklichung im Blick haben. Wenn überhaupt, dann schließen sie sich mit anderen zu interesselgeleiteten »Neo-Gemeinschaften« zusammen. In dieser Welt der neuen Singularitäten spielt die Zivilgesellschaft keine Rolle, im Buch von Reckwitz kommt sie nicht vor.

Der gesellschaftliche Modernisierungsschub kann aber auch Angebot und Nachfrage nach neuen, selbstbestimmteren Formen des freiwilligen Engagements vergrößern. Es gibt mehrere soziologische Theoriestränge, mit deren Hilfe sich die neuen Anforderungen an das freiwillige Engagement präziser fassen lassen:

- *Erstens* Ulrich Becks Individualisierungsthese: Im Mittelpunkt dieser These steht das Ersetzen von vorgegebenen Gemeinschaften durch neue selbstgeschaffene und selbst-gewählte Vereini-

gungen. Der Schlüsselbegriff ist die *Selbstbestimmung der Zugehörigkeit* (vgl. Beck 1986).

- *Zweitens* Ronald Ingleharts Postmaterialismustheorie. Diese Theorie nimmt an, dass die Notwendigkeit der materiellen Bedürfnisbefriedigung zunehmend durch den Wunsch nach *Beteiligung und Selbstverwirklichung* ersetzt wird (vgl. Inglehart 1977).

- *Drittens* verschiedene Netzwerk- und Governance-Theorien, darunter die Theorie der Netzwerkgesellschaft von Manuel Castells (2001). Alle diese Theorien behaupten die zunehmende Bedeutung von neuen Formen der *nicht-hierarchischen Einbindung einerseits*, der *Autonomie* der eigenen Organisation andererseits.

Wenn man diese Theoriestränge zusammennimmt, dann erhält man die Bausteine für neue Formen von Beteiligung und Engagement, in deren Mittelpunkt *Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung in nicht-hierarchischen, autonomen Handlungszusammenhängen* steht. Daraus entsteht eine neue Welt von Initiativen, Netzwerken, Selbsthilfegruppen, etc. Diese neuen Gemeinschaften sind weniger stabil und weniger formalisiert, spontaner, flexibler und stärker gelegenheitsorientiert. Meine These lautet, dass die Nachfrage nach solchen neuen autonomen Formen des freiwilligen Engagements zugenommen hat und dass sie weiter zunehmen wird. Wenn überhaupt, dann wird das bürgerschaftliche Engagement zunehmend von »neuen Freiwilligen« (Samochowiec et al. 2018) getragen. Der gesellschaftliche Wandel erzeugt also auch ein neues Potenzial für Engagement – es ist aber eine offene Frage, ob und unter welchen Bedingungen dieses Potenzial genutzt wird.

Die zweite Triebkraft des Wandels sind *technologische Entwicklungen*, insbesondere die Digitalisierung. Neue digitale Technologien haben das Potenzial, wesentliche Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements und der zivilgesellschaftlichen Organisation zu verändern. Am offensichtlichsten ist dies im Fall des Strukturwandels der Öffentlichkeit durch die neuen, digitalen Kommunikationstechnologien. Das bürgerschaftliche Engagement lebt bekanntlich davon, dass es einen öffentlichen Raum gibt, in dem Begegnung und Austausch ungehindert möglich sind. Durch digitale Technologien haben diese Möglichkeiten enorm zugenommen, sei es, indem sie es erleichtern, Menschen vor Ort zusammenzubringen, sei es, indem sie neue Möglichkeiten der Begegnung in virtuellen Räumen eröffnen. In der Corona-

Pandemie wurde die große Bedeutung dieser Anwendungsmöglichkeiten digitaler Technologien augenfällig. Gleichzeitig verändert sich durch die sozialen Medien die Struktur der Öffentlichkeit. Wir haben es in zunehmendem Maße mit fragmentierten Öffentlichkeiten zu tun, in denen die Gefahr der Polarisierung von in sich abgeschlossenen Gruppen zunimmt. Dies ist ein wichtiger Aspekt der Politisierung der Zivilgesellschaft, von der noch die Rede sein wird.

Die dritte Triebkraft des Wandels sind *politische Faktoren*: Die Zivilgesellschaft ist abhängig von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die sie nicht selbst schaffen kann. Dazu zählen politische Zwänge, politische Einschränkungen des Handlungsraums für die Zivilgesellschaft auf der einen Seite; dazu zählen aber auch öffentliche Förderaktivitäten, wie die staatliche Engagementpolitik. Die große Bedeutung dieser politischen Rahmenbedingungen wird beim Blick auf den »Atlas der Zivilgesellschaft 2022«, den »Brot für die Welt« erstellt hat, deutlich. Er kommt zu dem Ergebnis, dass zivilgesellschaftliche Akteure weltweit alarmierend wenig Handlungsspielraum haben. Nur drei Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern mit offener Zivilgesellschaft, zwei Drittel hingegen in autoritären Staaten oder Diktaturen. Diese globale Perspektive zeigt uns, dass man den Handlungsraum für bürgerschaftliches Engagement nicht als selbstverständlich gegeben annehmen kann. Diesen Handlungsraum muss man täglich verteidigen; um diesen Handlungsraum muss man immer wieder kämpfen, wenn man nicht will, dass er schrumpft. Das hat uns nicht zuletzt die Corona-Pandemie vor Augen geführt.

Die Politik kann aber auch einen wichtigen Beitrag zur Aktivierung der Zivilgesellschaft leisten. Das ist dort besonders wichtig, wo die Zivilgesellschaft erst am Entstehen ist, es gilt aber auch in Ländern, in denen sie schon präsent und stark ist. In Deutschland hat sich in diesem Zusammenhang in den vergangenen zwanzig Jahren ein neues Politikfeld herausgebildet, die »Engagementpolitik«. Damit sind insbesondere staatliche Programme (des Bundes und der Länder) gemeint, mit denen versucht wird, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern und die Zivilgesellschaft zu stärken. Der Staat nimmt aber nicht nur mit Förderprogrammen gezielt Einfluss auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Er liefert auch einen rechtlichen Handlungsrahmen für das Engagement, der indirekt einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Strukturierung des bürgerschaftlichen Engagements hat. Um nur ein Beispiel zu

nennen: Die Tatsache, dass eingetragene Vereine in Deutschland nach wie vor die häufigste Form des Engagements darstellen, dürfte auch mit den Formalisierungszwängen zu tun haben, die von einer öffentlichen Förderung ausgehen und denen sich freiwillige Initiativen nur schwer entziehen können.

Der vierte Treiber des Wandels sind *exogene Schocks und Krisen*, wie wir sie in den vergangenen Jahren mit der sog. Flüchtlingskrise, der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg erlebt haben. Solche exogenen Schocks waren und sind noch immer eine besondere Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Sie erzeugen neue soziale Verwerfungen und Bedürftigkeiten, sie aktivieren Hilfe und Solidarität und sie mobilisieren Protest und Widerstand. Wie sich im Fall der Corona-Pandemie exemplarisch zeigen lässt (vgl. Höltmann et al. in diesem Band), beschleunigen sie Veränderungen in der Zivilgesellschaft und tragen so ganz wesentlich dazu bei, dass sich ein neues Gesicht der Zivilgesellschaft herausbildet.

Was folgt aus all dem? *Erstens* ist offensichtlich, dass sich der Wandel der Zivilgesellschaft nicht auf einen einzigen Faktor zurückführen lässt. Es ist gerade das Zusammenwirken der verschiedenen Entwicklungen, das Veränderungen erzeugt und das neue Gesicht der Zivilgesellschaft prägt. *Zweitens* ist erkennbar, dass der Wandel der Zivilgesellschaft umfassend ist und alle relevanten Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements betrifft: Durch gesellschaftliche Modernisierungsschübe verändern sich die Handlungsmotivationen und -erwartungen der Bürger; durch politische Veränderungen ändern sich die Handlungsräume und Handlungsbedingungen der Zivilgesellschaft; durch exogene Schocks und Krisen verändert sich der Handlungsbedarf. Und weil hier mehrere Entwicklungen zusammenwirken, sollten wir drittens davon ausgehen, dass dieser Wandel nicht nur irreversibel ist; es ist vor allem auch zu vermuten, dass die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft unberechenbar ist.

4. Welche Erscheinungsformen und Folgen hat der Wandel?

Wohin führt der Wandel der Zivilgesellschaft? Derzeit zeichnen sich eine ganze Reihe von Entwicklungstendenzen innerhalb der Zivilgesellschaft ab. Ich möchte hier nur auf fünf kurz eingehen:

- die Informalisierung
- die Individualisierung
- die Re-Traditionalisierung
- die Digitalisierung und
- die Politisierung des bürgerschaftlichen Engagements.

Allen gemeinsam ist die zunehmende *Informalisierung des Engagements*. Formale Organisationen verlieren in der Zivilgesellschaft an Bedeutung. Der Strukturwandel der Zivilgesellschaft, den wir seit langer Zeit beobachten, der Bedeutungsverlust von formalen Organisationen wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, oder der alten Säulen des sekundären Sektors wie den Vereinen, wird weitergehen. Aber wir würden es uns zu einfach machen, wenn wir die neuen Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement alle unter den Begriff der »Informalisierung« packen würden. Die Informalisierung des Engagements ist ein zentraler Aspekt des Wandels, aber bei weitem nicht der einzige.

Die zweite Entwicklungslinie könnte man als *Individualisierung* des Engagements bezeichnen. Individualisierung meint hier nicht Vereinzelung und Egoismus, sondern die Individualisierung des Helfens, im Sinne der Herausbildung von neuen, individuelleren Formen des Engagements. In diesem Verständnis sind die »neuen Helfer« individueller, autonomer, selbstbestimmter, weniger eingebunden. Für solche Formen des Engagements gibt es genügend Beispiele. Es beginnt schon damit, dass Bürger auf öffentlichen Flächen Blumen pflanzen, Bäume gießen oder Müll entfernen. – also aus eigener Initiative Verantwortung für den öffentlichen Raum übernehmen. Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung lässt sich ein solches Engagement auf ganz neue Weise organisieren und mit anderen koordinieren (vgl. Kügler in diesem Band).

Die dritte Entwicklung würde ich als *Re-Traditionalisierung* bezeichnen. Das ist ein sperriger Begriff, mit dem gemeint ist, dass Nachbarschaften und Familien, also traditionale Gemeinschaftsformen, wieder eine größere Bedeutung im bürgerschaftlichen Engagement bekommen. Die jüngsten Krisen haben gezeigt, dass es eine große Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung gibt. Auffällig war aber auch, dass die Hilfe vor allem den Menschen im sozialen Nahbereich zu Gute

kam, den Menschen also, die Teil des »kleinen Wir« (Allmendinger/ Wetzels 2000) sind.

In diesem Zusammenhang spielt die *Digitalisierung des Engagements* eine wichtige Rolle: Digitale Plattformen, soziale Medien und anderes eröffnen gänzlich neue Möglichkeiten, wie neue Helfer zusammengeführt und koordiniert werden können. Durch die Digitalisierung wird Engagement also nicht (nur) in den digitalen Raum verlagert (so wie das während der Corona-Pandemie mit den Online-Protesten von »Fridays for Future« zu beobachten war). Wichtiger noch ist, dass auf diese Weise neue, niedrigschwellige Formen von Engagement entstehen. Durch die Digitalisierung wird also zum einen die Eintrittsschwelle in das Engagement erheblich abgesenkt; und gleichzeitig erhält es einen Informalisierungs- und Individualisierungsschub, weil sich Zugehörigkeit vielfach nur noch über die Mitgliedschaft über eine Social Media-Gruppe oder eine Mailing-Liste definiert und nicht mehr über die formale Mitgliedschaft in einem Verein.

Schließlich finden wir auch mehrere Entwicklungen hin zu einer stärkeren *Politisierung* des Engagements:

- die Politisierung bestehender zivilgesellschaftlicher Vereinigungen (z.B. im Sport) durch das gezielte Hineintragen neuer Konfliktthemen;
- das Entstehen neuer zivilgesellschaftlicher Vereinigungen und Bewegungen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen (z.B. Menschenrechte, Flüchtlingshilfe);
- das Entstehen neuer sozialer Bewegungen »von rechts« zu neuen Konfliktthemen wie Einwanderung (z.B. Pegida);
- die Gegenmobilisierung gegen radikalen rechten Populismus (z.B. »Omas gegen rechts«).

In den vergangenen Jahren besonders wichtig waren Versuche von rechten politischen Gruppierungen, zivilgesellschaftliche Vereinigungen unter Druck zu setzen, um auf diese Weise die demokratische Zivilgesellschaft zu schwächen. In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr, dass die Zivilgesellschaft polarisiert und gespalten wird, dass sie zum Kampfplatz wird, auf dem neue gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden. Für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft wird es deshalb ganz darauf ankommen, wie es ihr gelingt, mit diesem Druck umzugehen (vgl.

die Beiträge von Schroeder und Salheiser in diesem Band).

Die Besonderheit des derzeitigen Wandlungsprozesses besteht nicht zuletzt darin, dass alle diese Entwicklungen gleichzeitig ablaufen, aufeinander einwirken, sich gegenseitig behindern und beschleunigen und im Zusammenwirken die Entwicklung der Zivilgesellschaft weiter vorantreiben. Alle diese Entwicklungen und Erscheinungsformen gehören zum neuen Gesicht, zum neuen Bild von Zivilgesellschaft und werden dieses Bild künftig in zunehmendem Maße prägen. Es gibt keine Tendenz in die eine oder andere Richtung; es ist die Gleichzeitigkeit und Vielfalt von Handlungsformen, die die Engagementlandschaft künftig prägen werden. In der Summe sehen wir ein sehr widersprüchliches, ein sehr offenes, ein sehr vielfältiges Bild. Die weitere Entwicklung kann in alle Richtungen gehen. Sie kann neue Formen von Solidarität und Engagement hervorbringen, aber auch eine Intensivierung gesellschaftlicher Konflikte und eine Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Zukunft ist wie immer offen.

5. Welche Probleme, Herausforderungen und Chancen ergeben sich aus diesem Wandel?

Wenn die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft grundsätzlich offen ist, dann stellt sich die Frage: Wie stellen wir die Weichen in die richtige Richtung? Und welche Probleme, welche Herausforderungen müssen wir in dem Zusammenhang lösen? Die *erste Herausforderung* besteht darin, geeignete Formen zu finden, in denen das neue Engagement-Potenzial wirkungsvoll genutzt werden kann. Es ist unwahrscheinlich, dass man die neuen Freiwilligen wieder in die alten Vereine bekommt. Deshalb stellt sich die Frage: Wie können wir ein attraktives Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten für die neuen Freiwilligen entwickeln? Wie müsste ein solches Angebot aussehen? Das ist teilweise ein Koordinationsproblem, bei dem es darum geht, die neuen Freiwilligen mit denen zusammenzubringen, die einen Bedarf an Hilfe haben. In der Corona-Pandemie war immer wieder zu hören: Es fehlt nicht an Engagierten, sondern an geeigneten Möglichkeiten, sich einzubringen. Wie kann man diese Lücke schließen? Mit der Einrichtung von Koordinationsstellen alleine dürfte es nicht getan sein. Es wird auch darauf ankommen, neue, niedrigschwellige Beteiligungsformen zu entwickeln, die die neuen Helfer nicht überfordern.

Die *zweite Herausforderung* betrifft unser Verständnis von Gemeinwohl und Gemeinnützigkeit. Wir tun uns ohnehin schwer damit, genau zu definieren, was gemeinnützig ist. Aber zur Bewertung der neuen Formen des individuellen Helfens beispielsweise sind Maßstäbe wie die Gemeinwohlorientierung des Handelns nur bedingt hilfreich. Wenn Selbstverwirklichung die wichtigste Motivationsquelle für das individuelle Handeln ist, dann stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen man sie für die Produktion öffentlicher Güter nutzen kann. Die Studie des Gottlieb Duttweiler Institut über die »neuen Freiwilligen« (Samochowiec et al. 2018), die ich bereits erwähnt habe, spricht in diesem Zusammenhang – in Analogie zur unsichtbaren Hand des Marktes – von der »unsichtbaren Hand der Zivilgesellschaft«. Die Herausforderung hierbei besteht darin, den Eigennutz und das Streben nach Selbstverwirklichung als Triebkraft zur Stärkung der Gemeinschaft und zur Erzeugung öffentlicher Güter zu nutzen.

Die *dritte Herausforderung* betrifft das Verhältnis der verschiedenen Welten des Engagements zueinander. Wenn das Ergebnis des Wandels der Zivilgesellschaft eine neue Vielfalt von Formen des bürgerschaftlichen Engagements ist, dann stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die verschiedenen Handlungsformen und Organisationen zueinander stehen, wie die verschiedenen Welten des Engagements zusammenpassen. Es ist unrealistisch, zu erwarten, dass die eine Welt durch eine andere ersetzt wird. Wir sollten davon ausgehen, dass die neue Welt der Zivilgesellschaft aus der Koexistenz von unterschiedlichen Formen des Engagements, digital und nicht digital, formal und nicht formal, individuell und kollektiv, etc., besteht. Unter diesen Bedingungen wird es nicht zuletzt darauf ankommen, ob die unterschiedlichen Akteure und Organisationen sich gegenseitig unterstützen oder ob sie sich als Konkurrenten begreifen. Denn es ist nicht gesagt, dass die Handlungsrationalität der Vereine und formalen Vereinigungen der alten Welt der organisierten Zivilgesellschaft ohne weiteres kompatibel ist mit den Handlungsrationitäten der neuen Freiwilligen und informellen Organisationen in der neuen Welt des Engagements. Die entscheidende Frage lautet deshalb: Wie gelingt es, dass aus der neuen Vielfalt des Engagements eine Win-Win-Situation für die gesamte Zivilgesellschaft wird?

Die *vierte Herausforderung* betrifft die Engagementpolitik. Die hier skizzierten Entwicklungen stellen nicht nur die Zivilgesellschaft, sondern auch die Engagementpolitik vor neue Aufgaben.

Die Zivilgesellschaft benötigt Unterstützung, um die Herausforderungen, vor denen sie steht, bewältigen zu können. Es heißt aber nicht, dass die bisherige Engagementpolitik so ohne weiteres fortgesetzt werden kann. Denn das bisherige Leitbild, das der Engagementpolitik zugrunde liegt, ist meines Erachtens zu eng. Es wird der neuen Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements und den neuen Anforderungen, vor denen die Zivilgesellschaft steht, nicht in vollem Umfang gerecht. Die Engagementpolitik sollte ihr Leitbild deshalb so erweitern, dass es der neuen Architektur zivilgesellschaftlicher Beziehungen, der neuen Vielfalt an Beteiligungsformen und –wünschen gerecht wird. Darüber hinaus sollte bei der Bewertung der neuen Strukturen von Engagement stärker auf die Widerstandskraft der Zivilgesellschaft geachtet werden, auf ihre Resilienz, um einen aktuellen Modebegriff zu bemühen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Widerstandskraft der Zivilgesellschaft ist. Es dürfte noch zu früh für ein abschließendes Urteil zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft sein. Noch immer stellen sich viele die Frage: Kommen denn die Ehrenamtlichen, die freiwilligen Helfer, die Mitglieder, die Engagierten, alle wieder zurück, wenn es wieder möglich ist? Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob das tatsächlich der Fall ist, ob die Zivilgesellschaft so widerstandsfähig ist, wie wir uns das erhoffen. Die bisherigen Ergebnisse eines Forschungsprojekts von Swen Hutter und seinen Mitarbeiter:innen (vgl. Höltnann et al. in diesem Band) liefern hierzu bereits interessante Einsichten. Die neue Welt der weniger formalisierten, fluiden, weniger beständigen Organisationen, die auf den ersten Blick als schwach und unbeständig erscheint, hat sich in der Krise als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen. Das bestätigt Erkenntnisse aus der Organisationsforschung, wonach schwache Bindungen auch ihre Stärken haben können (vgl. Granovetter 1983). Der Strukturwandel der Zivilgesellschaft, den wir derzeit beobachten, könnte also dazu beitragen, dass die Zivilgesellschaft insgesamt resilienter wird – und damit einen wichtigen Beitrag zur Resilienz unse-

rer Gesellschaft leistet. In stürmischen Zeiten gilt umso mehr: Auf die Zivilgesellschaft kommt es an!

Literaturhinweise:

Allmendinger, Jutta/ Wetzels, Jan, 2020: Vertrauensfrage. Berlin.

Baumann, Zygmunt, 2000: Liquid Modernity. Cambridge.

Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.

Brot für die Welt, 2022: Atlas der Zivilgesellschaft 2022. Berlin.

Castells, Manuel, 2001: Die Netzwerkgesellschaft. Opladen.

Durkheim, Emile (1893/1992): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt a.M.

Enquete-Kommission, 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900.

Giddens, Anthony, 1995: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a.M.

Grande, Brigitte/ Grande, Edgar/ Hahn, Udo (Hrsg.), 2021: Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld.

Granovetter, Mark, 1993: The Strength of Weak Ties: A Network Theory Revisited. In: Sociological Theory, Vol. 1 (1983), S. 201-233

Inglehart, Ronald, 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton/ New Jersey.

Offe, Claus/ Fuchs, Susanne, 2001: Schwund des Sozialkapitals. Der Fall Deutschland. In: Putnam, Robert D. (Hrsg.), Gesellschaft und Gemeinsinn. Gütersloh, S. 417-514.

Reckwitz, Andreas, 2017: Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin.

Samochowiec, Jakub/ Thalmann, Leonie/ Müller, Andreas (2018): Die neuen Freiwilligen – Die Zukunft zivilgesellschaftlicher Partizipation. Gottlieb Duttweiler Institut, Rüschlikon.



Die organisierte Zivilgesellschaft zwischen Professionalisierung und Individualisierung

Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum (bis 2021), Bochum

Tutzing, 4. Juni 2022

1. Die Infrastruktur der Zivilgesellschaft

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch verschiedene Steuerungsressourcen aus. Neben dem Markt und dem Staat gehört dazu die Solidarität, die sich auch in Form zivilgesellschaftlicher Organisationen ausdrückt. Nach Schätzungen von Expert:innen sind ca. 800.000 Menschen in Deutschland in vielfältigen Organisationsformen aktiv; es existieren allein über 600.000 eingetragene Vereine (vgl. Alscher et al. 2021). Dazu gehören neben den großen Wohlfahrtsverbänden mit Hunderttausenden von Mitarbeiter:innen und Genossenschaften sowohl Selbsthilfegruppen, Seniorenbüros, soziokulturelle Zentren, Stadtteilprojekte als auch sozialökologische Projekte und weitere Initiativen, die auch unter der Kategorie Nonprofit-Organisationen (NPOs) zusammengefasst werden. Da die Konzepte aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen kommen, ist die Begriffsvielfalt nicht überraschend und weist durchaus Verbindendes auf. Nonprofit-Organisationen »sind insofern zivilgesellschaftliche Organisationen, als sie Möglichkeiten der Partizipation, Beteiligung und Selbstorganisation eröffnen. In gewisser Weise bilden sie in Form von Parteien, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Initiativen und Projekten die Infrastruktur für belastbares gesellschaftliches und soziales Engagement jenseits kurzfristiger Proteste, Sit-ins und Demonstrationen« (Simsa/ Zimmer 2014, 12; vgl. auch die Beiträge in Freise/ Zimmer 2019 und Grande et al. 2021). Nicht nur in den Graswurzelbewegungen zur Energiewende und Klimapolitik sowie den kommunalen Hilfenetzwerken für Geflüchtete wird der soziale Zusammenhalt gestärkt und vielfältige soziale Dienste organisiert, sondern auch in den »normalen« zivilgesellschaftlichen Organisationsformen – vom Sportverein über die Seniorengruppe bis hin zu Kulturinitiativen, Quartiersbüros, Sozialgenossenschaften und Dorfläden. In den letzten Jahrzehnten hat zudem die Professionalisierung der sozialen Dienste (z.B. bei der Kinderbetreuung und der Altenpflege) zum Bedeutungsgewinn zivilgesellschaftlicher Organisationen geführt, da im deutschen Sozialsektor

freigemeinnützige Organisationen wie die Wohlfahrtsverbände eine große Bedeutung als Anbieter haben.

Die sozialintegrative Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen soll nicht die »dunkle« Seite der Zivilgesellschaft ausblenden; Walter (2018) spricht von der »Janusköpfigkeit« der Zivilgesellschaft und verweist auf antiliberalen Strömungen, wie sie sich etwa bei rechtspopulistischen Protesten zusammenfanden. Auch historisch firmieren unter dem Label der Zivilgesellschaft antidemokratische Organisationen, die in der Endphase der Weimarer Republik den Aufstieg des Nationalsozialismus unterstützten. Dies soll nicht bestritten werden, allerdings sind die direkten Parallelen zu den selbstorganisierten Initiativen von heute und die Beschwörung von Gefährdungen für die Demokratie historisch neu einzuordnen. Es sollte genau beobachtet werden, ob und wie zivilgesellschaftliche Organisationen (wie z.B. die Feuerwehr oder Sportvereine) durch rechtspopulistische Akteure unterwandert werden (vgl. Schroeder et al. 2020 sowie Schroeder in diesem Heft). Beispiele aus anderen Ländern weisen auf die Zerklüftungen der Zivilgesellschaft hin, in deren Nischen auch rechtsradikales Gedankengut aufzufinden ist. Hier ist auf die sozialräumlichen Fragmentierungsprozesse hinzuweisen: die Unterwanderung in die traditionellen zivilgesellschaftlichen Organisationen gelingt dort am besten, wo es sich um »abgehängte« Sozialräume handelt. Auf die Schattenseiten und Ambivalenzen der Zivilgesellschaft wurde auch von anderen Sozialwissenschaftlern explizit hingewiesen und hervorgehoben, wie wichtig die normative Orientierung der gesellschaftlichen Akteure ist – insbesondere vor dem Hintergrund einer Politisierung der Zivilgesellschaft (vgl. Grande 2018 und 2022 sowie die Beiträge in Grande et al. 2021).

Überblicksartig stellt sich das Leistungspotential der organisierten Zivilgesellschaft so dar:

- »Vereine sind die am häufigsten genutzte Rechtsform der organisierten Zivilgesellschaft. 2016 gab es 603 886 eingetragene Vereine in Deutschland.

■ Stiftungen sind mit einem Bestand von 22.274 (Ende 2017) die Rechtsform der organisierten Zivilgesellschaft mit den größten Wachstumsraten in den letzten 20 Jahren.

■ In 2014 waren nach den Daten des Freiwilligensurveys 43,6 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert.

■ Von 1999 bis 2014 sank der Anteil des organisationsgebundenen Engagements von 55,8 auf 52,1 Prozent (Freiwilligensurvey). Dafür stieg der Anteil des Engagements in »individuell organisierten Gruppen«.

■ Von 2007 bis 2016 stieg der Anteil der beschäftigten MitarbeiterInnen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte) von 2,9 auf 3,7 Millionen (IAB Betriebspanel). Der Beschäftigungsanstieg im gemeinnützigen Sektor überstieg damit den allgemeinen Beschäftigungsanstieg.

■ Mit 61 Prozent entfällt der größte Anteil der Beschäftigten auf den Bereich »Sozial- und Gesundheitswesen«.

■ 51 Prozent der Vereine in Deutschland arbeiten mit einem jährlichen Budget von weniger als 10.000 Euro« (Krimmer 2019, 5).

2. Wohlfahrtsverbände: Tradition und Wandel

Die freigemeinnützige Wohlfahrtspflege unterscheidet sich im Selbstverständnis vom Marktsektor durch eine von der Gewinnorientierung abweichende Wertgebundenheit. Vom Staatssektor unterscheidet sie sich ebenfalls durch ihre gesellschaftliche »Verwurzelung«, allerdings gibt es in Deutschland eine Verknüpfung mit dem Wohlfahrtsstaat, so dass von einem dualen System öffentlicher und freigemeinnütziger Wohlfahrtspflege gesprochen werden kann. Wir haben diese wechselseitigen Verknüpfungen als neokorporatistisches System der Wohlfahrtsproduktion bezeichnet (Heinze/ Olk 1981). Bereits seit Jahrzehnten ist so »eine besondere Form der Co-Produktion entstanden, innerhalb derer der öffentlichen Hand vor allem die Funktionen der Finanzierung und Regulierung des Wohlfahrtsstaates zukommt und zivilgesellschaftliche Akteure als Betreiber von Krankenhäusern, Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheimen und vielen weiteren Einrichtungen in Erscheinung treten. Caritas, Diakonisches Werk, Deutsches Rotes Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt, die zahlreichen Mitgliederorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und viele lokale Vereine und

Stiftungen sind somit das Gesicht des deutschen Wohlfahrtsstaates, während die Bundesregierung und die 16 Landesregierungen über Pflichtversicherungssysteme, Steuern und Gebührenordnungen die Kosten von jährlich fast einer Billionen Euro sicherzustellen haben und zudem den gesetzlichen Rahmen des deutschen Wohlfahrtsstaates aufspannen, Rechtsansprüche normieren und Standards definieren« (Freise/ Zimmer 2019, 11f; vgl. auch Heinze 2020 sowie die Beiträge in Hummel/ Timm 2020).

Es ist daher kein Zufall, dass der deutsche Sozial- und Gesundheitssektor ein höchst komplexes Gebilde verschachtelter Teilzuständigkeiten verschiedener Träger darstellt, von denen markant die Wohlfahrtsverbände herausragen. Wer über Subsidiarität spricht, hat quasi automatisch die Wohlfahrtsverbände im Blick. Als zivilgesellschaftliche Organisationen wirkten sie schon immer als Scharnier zwischen dem formellen und dem informellen Sektor und so wird ein Großteil der sozialen Dienste in Deutschland durch freigemeinnützige Träger erbracht. In der Wohlfahrtspflege sind über 1,9 Millionen Personen beschäftigt und sie unterhalten rund 120.000 soziale Einrichtungen und Dienste. Die Tätigkeit der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege erstreckt sich auf das ganze Bundesgebiet sowie auf das gesamte Gebiet der sozialen Wohlfahrt. Wenngleich sie im Alltag unspektakulär und primär durch Altenhilfe- und Behinderteneinrichtungen präsent sind, ist ihre institutionalisierte Machtposition im deutschen Sozialstaat nicht gering zu schätzen, allerdings ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt über sie. »Wer mochte vermuten, dass die freie Wohlfahrtspflege nach dem Staat der größte Arbeitgeber in der Bundesrepublik ist? Und wer ist sich bewusst, dass weite Bereiche sozialer Aktivitäten ohne die freie Wohlfahrtspflege überhaupt nicht denkbar sind?« (Igl 1988, 182).

Die Basis ihrer sozialen Dienste liegt auf lokaler Ebene, wobei die freie Wohlfahrtspflege den Großteil ihrer Leistungen nicht auf einem freien Dienstleistungsmarkt anbietet, sondern auf einem staatlich regulierten »Quasi-Markt«. Hierbei handelt es sich um ein politisch folgenreiches Dreiecksverhältnis zwischen öffentlichen Gewährleistungs- und Kostenträgern, Klienten und freigemeinnützigen Leistungsträgern. Dass rund 650.000 Menschen in den rund 25.000 Einrichtungen und Diensten der Caritas arbeiten und dieser Wohlfahrtsverband damit auch eine zentrale Größe auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist, ist öffentlich kaum bekannt. Insgesamt ist die

Wohlfahrtspflege ein »Motor« der Sozialwirtschaft, der nicht nur in den letzten Jahrzehnten erhebliche Beschäftigungsgewinne erzielte, sondern auch eine konstante Wachstumsdynamik aufweist, die auch zukünftig durch die anhaltende Nachfrage bestehen bleibt. In diesem dynamischen Beschäftigungssektor konnten die Wohlfahrtsverbände fast »heimlich« nicht nur zu zentralen sozialpolitischen, sondern auch beschäftigungspolitischen Institutionen werden. Trotz ihrer herausragenden Stellung auf den regionalen Arbeitsmärkten werden sie aber in der Öffentlichkeit als Arbeitgeber kaum wahrgenommen. Durch die offensichtlichen Missstände in der Pflege ändert sich dies allerdings und es dürfte in Zukunft stärker beobachtet werden, welche Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen der Sozialwirtschaft vorherrschen.

Wenn man insgesamt auf die wirtschaftlich aktiven Organisationen (bzw. Sozialunternehmen) der Zivilgesellschaft schaut, ergibt sich mit Blick auf die Beschäftigung das Bild eines »schlafenden Riesen«. Die nach dem statistischen Unternehmensregister mehr als drei Millionen Beschäftigten sind eine weitaus größere Gruppe als alle im Finanzsektor Beschäftigten in Deutschland. Die Daten (sowohl des IAB-Betriebspanels als auch des Statistischen Bundesamtes) belegen nachdrücklich die gewachsene Bedeutung von gemeinnützig arbeitenden Organisationen. Im Fazit der Studie von 2018 wird die arbeitsmarktpolitische Bedeutung so umschrieben: »Die organisierte Zivilgesellschaft stellt einen relevanten Faktor im deutschen Arbeitsmarkt dar, der in seiner quantitativen Bedeutung im Vergleich zu anderen Sektoren häufig unterschätzt wird. Mit weit mehr als drei Millionen Beschäftigten arbeiten etwa viermal so viele Personen im Dritten Sektor wie in der Automobilindustrie (im Jahr 2015 laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes rund 870.000). Die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen für den Arbeitsmarkt hat zudem in den letzten Jahren zugenommen. Etwa jede zehnte sozialversicherungspflichtig beschäftigte Person arbeitet in einer Organisation des Dritten Sektors, also nicht in einem gewinnorientierten privatwirtschaftlichen Unternehmen oder in einer staatlichen Einrichtung. Nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen hat die Zahl der Beschäftigten in den Organisationen zugenommen. Das Wachstum konzentriert sich vor allem auf jene Bereiche, in denen von den gemeinnützigen Organisationen wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens erbracht werden« (Hohendanner et al. 2019, 111).

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Angebotsstruktur weiter pluralisiert und es sind Social-Entrepreneurship sowie weitere Alternativprojekte hinzugekommen. Insgesamt dürften derzeit hierzulande nach Schätzungen etwa 3,7 Millionen Beschäftigte in Non-Profit-Organisationen tätig sein (mit weiter wachsender Dynamik), was nachdrücklich auf die Bedeutung dieses Sektors hinweist (vgl. Adloff/ Busse 2020). Obwohl vor allem im Gesundheitssektor und der Altenpflege die Zahl der privat-gewerblichen Anbieter in den letzten Jahrzehnten erheblich angestiegen ist, stehen die zentralen Säulen des zivilgesellschaftlich geprägten Wohlfahrtssystems noch, sie zerfasern sich jedoch und es kommen neue Akteure hinzu (zivilgesellschaftliche, marktliche und eben auch Sozialunternehmer). »Die Bestimmung der Stellung der Freien Wohlfahrtspflege erfolgt nicht mehr ausschließlich entlang der bipolaren Konstellation »öffentliche« und »freie Träger« Wohlfahrtspflege. Die »privat-gewerbliche« Trägerschaft hat für deren Bestimmung an Bedeutung gewonnen. Privat-gewerbliche Träger haben einen großen und stetig wachsenden Anteil an der entgeltfinanzierten Leistungserbringung. Mit Großkonzernen, Beratungsgesellschaften, Finanzinvestoren, Stiftungen und »Social Entrepreneurs« sind zudem Akteure hinzugekommen, die die Wohlfahrtspflege »neu« für sich entdeckt haben« (Steinke/ Bibisidis 2018, 269; vgl. auch Grohs et al. 2014). Wenngleich Social Entrepreneurship-Projekte in der politischen Öffentlichkeit in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit bekamen, auch weil sie eher als Treiber für soziale Innovationen gesehen werden, bleibt ihre quantitative Bedeutung bescheiden. Ihre Wirkungen auf die etablierte Wohlfahrtspflege sind aber nicht zu unterschätzen, denn die traditionellen Organisationen, die über Jahrzehnte eine quasi Monopolstellung genossen, geraten unter Legitimationsdruck. Dazu haben auch in verschiedenen Untergliederungen der Wohlfahrtsverbände einzelne Fällen offenkundigen Missmanagements und Skandale beigetragen. Dennoch haben sie als professionell arbeitende Organisationen auch in einem stärker pluralisierten System sozialer Dienste weiterhin eine Zukunft, allerdings müssen sie ihre Innovationskraft wieder stärker akzentuieren. Eine erhöhte Transparenz der verbandlichen Aktivitäten, umfassende Compliance-Regelungen und eine verbesserte Kommunikationspolitik scheinen daher dringend erforderlich.

Schon seit längerem wird in der Verbände-forschung vom »Aussterben des Stammkunden« gesprochen und in abgeschwächter Form trifft das auch auf die Organisationen der Wohlfahrtspflege

zu. Ihre Probleme (z. B. ehrenamtliche Mitarbeitende zu rekrutieren) spiegeln schwächere konfessionelle und weltanschauliche Bindungen wider. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und insbesondere in gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen zu finden. Zuvorderst sind hier die zunehmende gesellschaftliche Individualisierung und die Pluralisierung sozialer Milieus zu nennen. Hiermit einher geht nicht nur eine Zunahme individualistischer Grundhaltungen und eher partikularistischer Interessenverfolgung, sondern auch eine Abnahme traditionaler Organisationsbindungen und -verpflichtungen. Basierend auf einer repräsentativen Befragung stellt Allmendinger eine gewachsene soziale Abschottung fest und den Rückzug der Menschen in kleine Kokons. »Sie haben oft wenige Verbindungen zu Menschen aus anderen Schichten, keine Netzwerke mit ihnen, da ist kein Austausch über feste Familien- und Freundeskreise hinaus. Insbesondere Menschen mit einer niedrigen Bildung sind oft nur in diesen Kokons unterwegs« (Allmendinger 2019, 70). Hinzu kommen veränderte Norm- und Wertemuster, in deren Zuge Selbstverwirklichungsansprüche sowohl privat, beruflich als auch mit Blick auf das Engagement an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig spielen auch die Zunahme räumlicher Mobilität, veränderte Partnerschafts- und Familienarrangements sowie gewandelte Erwerbsbiografien eine zentrale Rolle, denn häufig lassen die (Erwerbs-)Arbeitsverhältnisse und generell die Lebensumstände die Ausübung eines organisationsgebundenen und langjährigen Engagements schlicht nicht (mehr) zu.

Zudem entsprechen nicht alle den Dachverbänden der freien Wohlfahrtspflege angeschlossenen Organisationen weiterhin den Merkmalen von Non-Profit-Organisationen. Manche operativen Einheiten unterhalb der Dachverbandsebene weisen eine interne Organisations- und Finanzierungsstruktur auf, die sich in vielen Fällen nicht wesentlich von denen privatwirtschaftlicher Unternehmen unterscheidet. Steuerrechtlich bewegt sich nur ein Teil dieser Organisationen innerhalb des gemeinnützigen Rahmens; immer mehr Wohlfahrtsverbände bzw. deren Untergliederungen gründen neben gemeinnützigen GmbHs auch »normale« GmbHs aus. Hier erwirtschaftete Gewinne fließen in der Regel allerdings wiederum den gemeinnützigen Dachorganisationen zu. Die neuen Governancestrategien setzen aber die Verbände unter Druck, denn sie werden zunehmend als »normale« sozialwirtschaftliche Träger gesehen, die auch als »Lückenbüßer« eingesetzt werden, was wiederum das normative Leitbild und die Sonderstellung gemeinnütziger Organisatio-

nen berührt. Allerdings zeigen sich die Sparstrategien in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und Kommunen uneinheitlich, so dass auch die Organisationseinheiten der Wohlfahrtsverbände unterschiedlich betroffen sind. Situative Lösungen kennzeichnen derzeit eher die Aus Handlungsprozesse auf lokaler Ebene und die Wohlfahrtsverbände als zivilgesellschaftliche Akteure sind immer weniger homogen agierende Organisationen, sondern weisen eine gewachsene Vielfalt auf.

Während sich das Gesamtsystem der deutschen Wohlfahrtspflege nach außen und auch im internationalen Vergleich durch eine hohe Stabilität auszeichnet, gleicht das interne Bild eher einem Ameisenhaufen: Dieser bleibt von außen in der Zeitdimension stabil, intern gibt es aber eine hohe Dynamik. Wohlfahrtsverbände sind eben keine in sich geschlossene Organisationen, sondern föderal aufgebaute Netzwerkorganisationen (vgl. die Beiträge in Heinze et al. 2018). Externer Anpassungsdruck entsteht derzeit sowohl durch verschiedene Fälle von Missmanagement und Skandalen als auch durch Konkurrenzbeziehungen zu Migrantenorganisationen oder privatgewerblichen Trägern. Insgesamt zeichnet sich somit in den letzten Jahren sowohl eine Heterogenisierung sowie Professionalisierung der Verbändelandschaft ab, die insgesamt die Unübersichtlichkeit der semisouveränen Strukturen im deutschen Sozial- und Gesundheitssektor noch gesteigert haben.

Allerdings ist es nicht zu einer umfassenden Ökonomisierung des sozialen Dienstleistungssektors gekommen (höchstens in einzelnen Sparten), eher ist von einer gewissen Pluralisierung und Regulierung der Trägerlandschaft und einer Bindendifferenzierung der etablierten Wohlfahrtsverbände zu sprechen. Zusammenfassend lässt sich das neokorporatistische Beziehungsgeflecht im Sozialsektor weiterhin folgendermaßen umreißen: Der Staat bzw. die Kommune beziehen eine begrenzte Anzahl etablierter Wohlfahrtsverbände mit professionellen Strukturen in die Formulierung und vor allem Umsetzung sozialpolitischer Programme ein. Traditionell entlasten die Verbände auch den Staat im subsidiären Rahmen auf fiskalischer Ebene, da sie aufgrund ihrer besonderen Organisationsweise zusätzliche Ressourcen (in Form von Spenden, ehrenamtlichen Tätigkeiten, Mitgliedsbeiträgen, Sammlungen etc.) mobilisieren können. Demgegenüber sichern sich die verbandlichen Träger durch die Übernahme quasi-öffentlicher Funktionen stabile Zugangsrechte zu bestandsnotwendigen Ressourcen und

machen sich vom schwankenden Zufluss freiwillig erbrachter Zuwendungen ein Stück weit unabhängig. Vergewenigt man sich den hohen Anteil von verbandlich organisierten sozialen Einrichtungen und Diensten, wird leicht erkennbar, dass sie im Sozialsektor ein erhebliches Leistungspotential bereitstellen, Sie könnten jedoch ohne die sozialstaatlichen Transfers nicht überleben, andererseits sind die sozialstaatlichen Institutionen von den verbandlichen Leistungen abhängig, denn diese sind nicht kurzfristig ersetzbar.

Durch die neuen Steuerungsmodelle auf kommunaler Ebene verlieren allerdings die traditionellen politischen Verflechtungen zwischen einzelnen Verbänden und politischen Parteien an Bedeutung und es kommt zu einer Pluralisierung des sozialpolitischen Kräftefeldes (vgl. die Beiträge in Heinze et al. 2018 sowie Schroeder 2017 und Pries 2022). Die Einwanderung und die damit gewachsene Vielfalt religiöser Einstellungen kann die etablierten Verbände in Legitimationsprobleme bringen, zumal sie auch wie andere politische Großorganisationen schon länger von einer schwindenden Bedeutung ihrer Wertemuster betroffen sind (dies trifft vor allem die konfessionellen Wohlfahrtsverbände). Diese sehen sich zudem einer wachsenden Kritik an ihren Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Nur eine Minderheit der Unternehmen in der Sozialwirtschaft bietet Tarifverträge, verbreitet sind Spezialvereinbarungen und für die konfessionellen Einrichtungen gilt ein besonderes Arbeitsrecht.

Die Hoffnungen auf die Corona-Pandemie als Beschleuniger zur Verbesserung der Arbeitssituation im Pflegebereich haben sich als voreilig erwiesen. Einen bundesweiten Tarifvertrag für die Altenpflege wird es vorerst nicht geben. Zwar gibt es schon seit einiger Zeit auch im kirchlichen Wohlfahrtsbereich in einzelnen Untergliederungen Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften, aber der Durchbruch ist nicht gelungen. Aber nicht nur die Wohlfahrtsverbände, sondern auch die Kirchen haben in vielen gesellschaftlichen Feldern trotz aller Legitimationskrisen noch immer eine wirkungsmächtige Stellung. »Gesellschaftspolitisch verfügen sie nach wie vor über eine beachtliche Lobby-Power. Die Kirchengemeinden sind im Bereich der Kindergärten und Unter-3-Betreuungseinrichtungen in manchen Gegenden und Kommunen in diesem Segment wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungsersteller Marktführer. Doch auch lebensweltliche Bereiche, deren Unterstützung eher unter die weite Definition wohlfahrtsstaatlicher Leistungen fällt, wie insbesondere der Sport, sind in Deutschland nach

wie vor in beachtlichem Umfang von gemeinnützigen Organisationen – sprich Vereinen – als organisierter Teil der Zivilgesellschaft geprägt« (Zimmer 2019, 37).

3. Zivilgesellschaft im Stresstest der Corona-Krise

Das Corona-Virus hat nachdrücklich bewusst gemacht, wie stark die Lebenslagen der Menschen von einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur abhängen. Dazu zählt neben der technischen die soziale Infrastruktur, die sich auf Gesundheits-, Bildungs-, Sozial-, Sport- und Kultureinrichtungen erstreckt. Eine bedarfsgerechte Infrastruktur bestimmt zentral die Lebenssituation vieler Menschen, die gerade in Krisenzeiten auf eine funktionierende Daseinsvorsorge angewiesen sind, in der die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielt. »In den letzten großen Krisen in Europa – der Eurokrise und der Flüchtlingskrise – zeigten sich die große Bedeutung des sozialen Kapitals und die Stärke der Zivilgesellschaft besonders deutlich. Engagement und solidarisches Handeln nahmen damals ebenso zu wie verschiedene Formen des politischen Protests. Der Herbst 2015 gilt zu Recht als »Sternstunde« der Zivilgesellschaft in Deutschland. Seinerzeit engagierten sich Millionen von Bürger*innen, viele von ihnen zum ersten Mal, unzählige Helfer*innen-Initiativen für Geflüchtete wurden gegründet, und auch etablierte Vereine und Wohlfahrtsorganisationen engagierten sich« (Grande/Hutter 2020, 27; vgl. auch Heinze 2020).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Zivilgesellschaft auch in der Corona-Pandemie diese sozialintegrative Funktion erfüllt, denn weitaus stärker als in der Flüchtlingskrise sind alle Gesellschaftssysteme einem Stresstest ausgesetzt. Die damit neu aufgeflammete Debatte um die Solidarität bzw. konkreter um die zivilgesellschaftlichen Netzwerke kann deshalb auch zum Anlass genommen werden, über die aktuellen Sorgegemeinschaften hinaus nach der Rolle und Funktion der organisierten Akteure der Zivilgesellschaft als Steuerungsform sozialer Beziehungen in modernen Gesellschaften zu reflektieren. Die mit den abrupten und in der Größenordnung noch nie dagewesenen Unterbrechungen des öffentlichen Lebens verbundene Entschleunigung hat viele Menschen auf ihr nahes Lebensumfeld und wechselseitige Sozialbeziehungen zwangsläufig zurückverwiesen. Dieser Rückzug aus dem öffentlichen Raum löst bei einigen Menschen, die ohnehin von Vereinsamung bedroht sind, Ängste aus oder verstärkt diese. Bei anderen führt die

ungewohnte Situation entleerter öffentlicher Räume zu einer gereizten Stimmung. Alle spüren den sozialen Kitt, der letztlich Gesellschaften zusammenhält, aber ohne sozialstaatliche Sicherungen, die als Formen institutionalisierter Solidarität zu verstehen sind, auch nicht zu begreifen ist. Aus der (Re-)Vitalisierung der Solidarität folgt aber nicht zwangsläufig die Abwesenheit individualistischer Handlungsstrategien. Egoistische Verhaltensweisen in Notsituationen sind nicht überraschend, zumal kurzfristiges Effizienzdenken in den letzten Jahrzehnten sowohl als Muster gesellschaftlicher Beziehungen als auch in der Wirtschaft und in weiteren Funktionssystemen wie der Bildung als Leitbild propagiert wurde. Vor diesem Hintergrund ist eher hervorzuheben, wie solidarisch die Mehrheit der Bevölkerung – wenigstens in den ersten Phase – in Bezug auf den Schutz der Älteren und Vorerkrankten agierte.

Das neue Interesse am solidarischen Handeln birgt aber auch Risiken. Einmal aus dem Schatten des Expertendiskurses herausgetreten, steht es nun in der Gefahr, als kostengünstiger Lückenbüsser angesichts eines Markt- und Staatsversagens instrumentalisiert zu werden. Dazu gehört die Überschätzung der Potenziale sozialen Engagements, das in den letzten Jahrzehnten zwar angestiegen ist, gleichwohl aber eine öffentliche Infrastruktur und damit eine staatliche Daseinsvorsorge benötigt. Appelle an die Solidarität und die Potentiale von gesellschaftlichen Assoziationen sind aber nur dann wirkungsvoll, wenn sie die Rahmenbedingungen und die institutionellen Arrangements berücksichtigen, in denen die Individuen agieren. Moralische Motive der Solidarität und Gerechtigkeit formieren sich zu kollektivem Handeln insbesondere dann, wenn die Handlungssituation einen unmittelbaren Charakter trägt und die Transaktionskosten niedrig sind (etwa in Katastrophenzeiten).

Allerdings sollten punktuelle Erfahrungen mit neu aufgeblühten sozialen Beziehungen vor Ort im Krisenmodus nicht vorschnell verallgemeinert werden, etwa in der Form, dass die Transformation zu einer entschleunigten und stärker solidarischen Gesellschaft nun realisiert werde. Der von manchen Gesellschaftsdiagnostikern zu Beginn der Pandemie fokussierte Blick auf den Geist der Solidarität stellt sich als ein zeitlich und sachlich begrenztes Füreinandersorgen dar, denn schon nach einigen Monaten zeigten sich die sozialen Selektivitäten. Deshalb sollte man mit pathetischen Formulierungen zum Durchbruch der Solidarität als gesellschaftliche Gestaltungsmaxime

vorsichtig sein; vielmehr wurden auch die sozial-desintegrierenden Wirkungen der Pandemie thematisiert. Diese zeigen sich in Verschärfungen sozioökonomischer Polarisierungen wie auch in einer Zunahme von Konflikten (etwa Demonstrationen gegen die Corona-Auflagen oder einfach Disziplinlosigkeit). »Je länger die Krise anhält, umso klarer treten sukzessive die jeweils eigenen wirtschaftlichen und sozialen Interessen zutage. Bereits vorhandene Bruchlinien innerhalb und zwischen Gesellschaften werden nun deutlich sichtbar. Nichts spricht aus soziologischer Sicht dafür, dass das Virus und die Pandemie-Krise Gleichmacher oder Zusammenhaltsverstärker wären. Im Gegenteil: Die Pandemie ist ein unbittlicher Trennungsbeschleuniger. Covid-19 attackiert den sozialen Zusammenhalt« (Vogel 2020, 468).

Trotz der Unübersichtlichkeit des zivilgesellschaftlichen Sektors wird – auch ausgelöst durch die Corona-Krise – in politischen Diskursen inzwischen mehrheitlich die These geteilt, dass über den Markt viele fundamentale Infrastrukturaufgaben (etwa Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime, Theater, Museen oder Schwimmbäder) nur begrenzt oder gar nicht ohne öffentliche bzw. gemeinnützige Träger organisiert werden können bzw. sollten. Zivilgesellschaftliche Organisationsformen und öffentliche Orte der Begegnungen werden immer wichtiger, um die Menschen aus den oft abgeschotteten familiären und sozialen Netzwerken miteinander in Kontakt zu bringen. Diese sozialen »Leitplanken« erfüllen Schutzbedürfnisse und können partizipatorische Lernprozesse auslösen. Dennoch zeigen sich wie bereits in der Flüchtlingskrise Verschiebungen innerhalb der Zivilgesellschaft, die von der Tendenz her sich weg von den traditionellen Organisationen und hin zu »informellen und losen Zusammenschlüssen sowie professionellen Akteuren« bewegen (Hutter et al. in diesem Heft).

4. Soziale Innovationen vor Ort gestalten

Ein Merkmal gerade der Wohlfahrtsverbände war ihre starke Verankerung in sozialen Gemeinschaften, die sich im verbandlichen Ehrenamt manifestierte. Allerdings gibt es einen Wandel des Engagements: der Organisationsbezug schwächt sich ab zugunsten eines projektbezogenen Engagements. Dies bedeutet jedoch keine generelle Erosion der Unterstützungs- und Hilfspotentiale in der Zivilgesellschaft, die Engagementquote in Deutschland bleibt hoch, wie sich auch anhand der neuesten Daten belegen lässt, obwohl die zur Verfügung stehenden Zeitressourcen durchaus

zusammengeschmolzen sind (wenigstens für junge Leute, während die Zeitpotentiale Älterer deutlich zugelegt haben) (vgl. Simonson et al. 2022 sowie Alscher et al. 2021). Viele Erwerbstätige erleben die Arbeitswelt als stark konkurrenzdominiert, der Effizienzdruck ist gewachsen und hier kann das Engagement neue Erfahrungsräume eröffnen. Dies geschieht aber immer weniger in traditionellen Großorganisationen, sondern in sozialen Nahbeziehungen auf Quartiers- und Nachbarschaftsebene. Trotz aller digitalen Beziehungsnetzwerke oder vielleicht gerade wegen dieser »abstrakten« Kommunikationsweise gibt es eine Suche nach sinnstiftenden Beziehungen vor Ort – sei es in städtischen Quartieren oder in den Dörfern. Wenngleich es unter den Bedingungen einer globalisierten und flexibilisierten Erwerbsgesellschaft immer schwieriger wird, dauerhafte soziale Beziehungen und vor allem Verpflichtungen zu realisieren, steigen dennoch die sozialen Aktivitäten und könnten lokale Gemeinschaften weitaus stärker als heute bereichern. Dies liegt sowohl an dem Wandel der Arbeitsformen (hier ist insbesondere die Ausweitung der Home-Offices zu nennen) als auch an den gewachsenen Zeitkontingenten bei der älteren Generation, die sich oft nach dem Renteneintritt verstärkt engagiert.

Die Pandemieerfahrungen weisen jedoch auf die unterschiedlichen Verwundbarkeiten sozialer Gruppen hin. Während Akademiker im Home-Office ihrer Arbeit zumeist relativ gesichert nachgehen können, ist der erzwungene Rückzug in den Privatbereich für andere Gruppen verbunden mit Existenzängsten und zunehmenden Alltagsfrust. Diese sind verstärkt auf soziale Dienste (wie z.B. Kindertagesstätten) angewiesen und dabei zeigen sich im Lockdown erhebliche Differenzen zwischen einzelnen Kommunen. Diese liegen nicht nur in den finanziellen Rahmenbedingungen begründet, sondern ebenso in den Kooperationsstrukturen vor Ort, die zumeist nicht integrativ organisiert sind. Allerdings wird gerade eine solche integrative Herangehensweise immer dringender, denn die sozialen Probleme der Menschen orientieren sich nicht an den politisch-institutionellen Verantwortlichkeiten. Die Zahl der Gesetze zur Unterstützung sozialer Probleme hat zwar in den letzten Jahrzehnten zugenommen und immer mehr Akteure kümmern sich um soziale Belange, allerdings fehlt es an strategischer Zusammenarbeit. »Die administrative Fragmentierung ist nicht nur deswegen problematisch, weil sie zu einem hohen Koordinationsaufwand führt und Schnittstellenmanagement verlangt. Sie ist vor allem deswegen problematisch,

weil Menschen mit sozialen Problemlagen konfrontiert sind, die sich nicht an diese Zuständigkeiten halten. Es besteht ein enormes Spannungsfeld zwischen institutionellen Zuständigkeiten und den realen Problemlagen und Bedarfen der Klienten« (Bogumil 2022, 545; vgl. auch Bogumil et al. 2021 und Bogumil/ Kuhlmann 2022).

In manchen Kommunen gelingt es durchaus, eine kleinräumig verteilte und mit der Zivilgesellschaft vernetzte soziale Infrastruktur bereitzustellen, die (nicht nur im Krisenmodus) stützende Angebote zur Verfügung stellt. Unter Experten besteht weitgehend Konsens, solch integrierte Versorgungsstrukturen auszubauen. Sie haben in Praxisbeispielen ihre Leistungsfähigkeit belegt, aber sind vielfach aufgrund zeitlich befristeter Projektförderung trotzdem an der Hürde gescheitert, in die Regelversorgung überführt zu werden. »Wenn das politische System die Kompetenzen und Expertisen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu seinem Vorteil nutzen würde – und diese Organisationen ihren Beitrag zur Politik aktiv anbieten würden –, wäre ein erfolgversprechender Weg eingeschlagen. Damit kommt die gesellschaftliche Verantwortung der Verbände – beispielhaft Ärzt:innenverbände oder Lehrer:innenverbände – ins Spiel, eine Verantwortung, die im eigenen längerfristigen Interesse über das kurzfristige Eigeninteresse hinaus reichen sollte« (Willke 2020, 19). Erneuerungsstrategien haben bislang nur »Inseln« geschaffen, was auch darin begründet liegt, dass die Aktivierung der zentralen Akteure und eine vor Ort koordinierte Vernetzungsstrategie aufgrund der zersplitterten Struktur (innerhalb eines Quartiers sind beispielsweise für eine integrierte Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen unterschiedliche Institutionen anzusprechen) schwer zu implementieren ist. Abhängig von den jeweiligen Akteurskonstellationen vor Ort werden deshalb »Treiber« für strategische Partnerschaften im Feld einer integrierten sozialen Versorgung benötigt.

Ob sich die neu justierten Formen integrativer und vernetzter Politik erfolgreich ausbreiten, ist demnach noch nicht endgültig entschieden. Sicherlich hat die Corona-Krise aber Chancen für die organisierte Zivilgesellschaft und ein Schnittstellenmanagement auf lokaler Ebene bewirkt. Der Blick richtet sich nun wieder verstärkt auf den Nahbereich der Versorgung und es geht um die aktive Gestaltung eigener assoziativer Sozialräume. In diesem Kontext kommt es auch zu einer Renaissance von Nachbarschaften; sowohl traditionellen sozialräumlich strukturierten als auch zu digitalen Nachbarschaftsnetzwerken.

Digitale Nachbarschaftsplattformen können ebenfalls Anknüpfungspunkte für soziales Engagement bieten und zu Antriebsmotoren und Beschleunigern für Selbsthilfeinitiativen und lokale Netzwerke werden (vgl. die Beiträge in Heinze et al. 2019).

Gefragt ist nun ein konsistenter Politikansatz, der ressort- und politikfeldübergreifend organisiert sein muss. Allerdings sollten die zu aktivierenden Potentiale zivilgesellschaftlicher Vergemeinschaftungsformen auch nicht überschätzt werden. Die Zivilgesellschaft ist keine »Zauberformel« zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Problemlagen, vielmehr durchläuft sie derzeit ebenfalls einen Wandlungsprozess in Richtung von mehr Pluralität, aber auch von Fragmentierungstendenzen, die durch das Internet mit seinen Kommunikationsplattformen noch verstärkt werden. Vieles spricht dafür, dass trotz aller Debatten um solidarisch orientierte Zeitverwendungsmuster diese weiterhin nur begrenzt an einzelnen Orten und oft sozial selektiv aufzufinden sind. Statt überspannender Organisationsformen haben sich eher partikularistische Strukturen ausgebreitet. Gefordert ist deshalb eine breite Kommunikation der Positivbeispiele sozialintegrierender zivilgesellschaftlicher Institutionen, um deren Potenziale besser zur Geltung zu bringen.

Literaturhinweise:

Adloff, Frank/ Busse, Tanja, 2020: *Solidarisch sein. Krisengewinner und Vermögende sollen in einen sozial-ökologischen Fonds einzahlen.* In: *Süddeutsche Zeitung*, 21.4.2020, S. 18.

Allmendinger, Jutta, 2019: »Eine Art Lügendetektor«. Interview mit Jutta Allmendinger. In: *Die Zeit*, 9.5.2019, S. 70.

Alscher, Mareike/ Priller, Eckhardt/ Burkhardt, Luise, 2021: *Zivilgesellschaftliches Engagement.* In: Statistisches Bundesamt et al. (Hrsg.), *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.* Bonn, S. 399-407.

Bogumil, Jörg, 2022: *Im Dickicht kommunaler Sozialverwaltungen: Problemlagen und Handlungsoptionen.* In: Nonhoff, Martin/ Haunss, Sebastian/ Klenk, Tanja/ Pritzlaff-Scheele, Tanja (Hrsg.), *Gesellschaft und Politik verstehen.* Frankfurt a.M., S. 545-561.

Bogumil, Jörg/ Hafner, Jonas/ Heinze, Rolf G., 2021: *Steuerung kommunaler Sozialpolitik im Kreis Recklinghausen.* Bochum (RUB-Zefir-Materialien Bd. 16).

Bogumil, Jörg/ Kuhlmann, Sabine, 2022: *Verwaltungsverflechtung als »missing link« der Föderalismusforschung: Administrative Bewältigung der*

Flüchtlingskrise im deutschen Mehrebenensystem. In: *dms (der moderne staat)*, 15. Jg., H. 1, S. 84-108.

Freise, Matthias/ Zimmer, Annette (Hrsg.), 2019: *Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel.* Wiesbaden.

Grande, Brigitte/ Grande, Edgar/ Hahn, Udo (Hrsg.), 2021: *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland.* Bielefeld.

Grande, Edgar, 2018: *Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen.* In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31. Jg., H. 1-2, S. 52-60.

Grande, Edgar, 2022: *Civil Society, Cleavage Structures, and Democracy in Germany.* In: *German Politics*, DOI: 10.1080/09644008.2022.2120610.

Grande, Edgar/ Hutter, Swen, 2020: *Wer hilft den Helfern? Die Zivilgesellschaft in der Corona-Krise.* In: *WZB Mitteilungen*, H. 168, S. 27-29.

Grohs, Stephan/ Schneiders, Katrin/ Heinze, Rolf G., 2014: *Mission Wohlfahrtsmarkt. Institutionelle Rahmenbedingungen, Strukturen und Verbreitung von Social Entrepreneurship in Deutschland.* Baden-Baden.

Heinze, Rolf G., 2020: *Gesellschaftsgestaltung als Neujustierung von Zivilgesellschaft, Staat und Markt.* Wiesbaden.

Heinze, Rolf G./ Olk, Thomas, 1981: *Die Wohlfahrtsverbände im System sozialer Dienstleistungsproduktion. Zur Entstehung und Struktur der bundesrepublikanischen Verbändewohlfahrt.* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* H. 1, S. 94-111.

Heinze, Rolf G./ Lange, Joachim/ Sesselmeier, Werner (Hrsg.), 2018: *Neue Governancestrukturen in der Wohlfahrtspflege. Wohlfahrtsverbände zwischen normativen Ansprüchen und sozialwirtschaftlicher Realität.* Baden-Baden.

Heinze, Rolf G./ Kurtenbach, Sebastian/ Üblacker, Jan (Hrsg.), 2019: *Digitalisierung und Nachbarschaft.* Baden-Baden.

Hohendanner, Christian/ Priemer, Jana/ Rump, Boris/ Schmitt, Wolfgang, 2019: *Zivilgesellschaft als Arbeitsmarkt.* In: Krimmer, Holger (Hrsg.), *Datenreport Zivilgesellschaft.* Wiesbaden, S. 93-112.

Hummel, Konrad/ Timm, Gerhard (Hrsg.), 2020: *Demokratie und Wohlfahrtspflege.* Baden-Baden.

Igl, Gerhard, 1988: *Die Freien Wohlfahrtsverbände.* In: v. Maydell, Bernd/ Kannengießer, Walter (Hrsg.), *Handbuch Sozialpolitik.* Pfullingen, S. 182-189.

Krimmer, Holger, 2019: *Summary: Zivilgesellschaft im Überblick.* In: Krimmer, Holger (Hrsg.), *Datenreport Zivilgesellschaft.* Wiesbaden, S. 5-6.

Pries, Ludger, 2022: *Die Zukunft einer religionssensiblen und pluralen Wohlfahrtspflege.* In: *Sozialer Fortschritt*, 71. Jg., H. 5, S. 293-302.

Schroeder, Wolfgang, 2017: *Konfessionelle Wohlfahrtsverbände im Umbruch*. Wiesbaden.

Schroeder, Wolfgang/ Greef, Samuel/ Ten Elsen, Jennifer/ Lukas, 2020: *Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster*. Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft No. 102. Frankfurt a.M.

Simonson, Julia/ Kelle, Nadiya/ Kausmann, Corinna/ Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) 2022: *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.

Simsa, Ruth/ Zimmer, Annette, 2014: Quo vadis? In: Zimmer, Annette/ Simsa, Ruth (Hrsg.), *Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement*. Wiesbaden, S. 11-37.

Steinke, Joß/ Bibisidis, Thomas, 2018: *Die Sicherung und Weiterentwicklung des Sozialstaates ist nichts für Sprinter. Oder: Warum es bei den Debatten um die Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege gehen sollte*. In:

Heinze, Rolf G./ Lange, Joachim/ Sesselmeier, Werner (Hrsg.), *Neue Governancestrukturen in der Wohlfahrtspflege*. Baden-Baden, S. 265-280.

Vogel, Berthold, 2020: Covid-19 als Weckruf? Plädoyer für eine neue Politik öffentlicher Güter. In: *WSI Mitteilungen*, H. 6, S. 468-471.

Walter, Franz, 2018: Die Janusköpfigkeit des linksliberalen Leitmodells. In: *FAZ NET*, 15.4.2018.

Willke, Helmut, 2020: Zum Problem der Steuerung komplexer Politikfelder. Über Kosten und Nutzen hoher Komplexität am Beispiel von Gesundheit und Bildung. In: Reinbacher, Paul/ Oberneder, Josef/ Wesenauer, Andrea (Hrsg.), *Warum Komplexität nützlich ist. Auf der Suche nach Antworten mit Helmut Willke*. Wiesbaden, S. 9-27.

Zimmer, Annette, 2019: *Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland: Tradition und Wandel der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen*. In: Freise, Matthias/ Zimmer, Annette (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Wohlfahrtssaat im Wandel*. Wiesbaden, S. 23-54.



Freiwilliges Engagement in der Zivilgesellschaft

Andrea Betz, Vorständin der Diakonie München und Oberbayern, München

Tutzing, 4. Juni 2022

Schon vor über 200 Jahren hat sich Johann Hinrich Wichern, der Gründer der evangelischen Diakonie, mit großem Eifer für benachteiligte Menschen eingesetzt. Erschüttert von den Zuständen in den Elendsvierteln der damals gerade erst beginnenden Industrialisierung, war Wichern »menschlich angerührt« und hat sich mit großem Geschick und Herzlichkeit für arme Menschen eingesetzt. 200 Jahre später hat sich aus dem Einsatz eines Einzelnen ein großer Wohlfahrtsverband entwickelt: die Diakonie.

Die Diakonie ist heute mit vielen weiteren nicht-staatlichen Organisationen Teil der Zivilgesellschaft. Und sie kämpft, wie Wichern damals, heute den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Wir lassen uns damals wie heute »menschlich anrühren«, wenn es um benachteiligte Menschen und um strukturelle Ungerechtigkeiten geht.

Kernaufgabe des Handelns der Wohlfahrt ist das sozialanwaltschaftliche Eintreten für andere

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Diakonie sind sozusagen »Wächter« von Grundwerten und über die Einhaltung von Menschenrechten. Sie ist Interessenvertreterin, besonders von benachteiligten Gruppen und jenen, die ihre Interessen nicht aus eigener Kraft durchsetzen können.

Dies wäre ohne die Hauptamtlichen und freiwillig Engagierten in der Wohlfahrt nicht denkbar. Sie sorgen mit ihrem Engagement unter anderem dafür, dass sich Menschen am Rand der Gesellschaft zugehöriger fühlen. Es ist wichtig für die Sicherung unseres sozialen Friedens, dass sich Menschen nicht ausgeschlossen fühlen, sondern zugehörig.

Deutschlandweit engagieren sich beispielsweise rund 7.700 Freiwillige in der *Telefonseelsorge*, sie nehmen pro Jahr 1,25 Millionen Anrufe entgegen.

Was wir merken: Die Freiwilligen überlegen sich sehr gut, wie und wo sie ihre kostbare Zeit einbringen wollen; wie und wo sie ihre *me-time* verbringen möchten. Insofern wird das Engagement individueller und auch politischer. In der

Diakonie haben wir das erkannt: Uns ist die professionelle Begleitung der Freiwilligen wichtig. Genau wie ihre Meinung.

Und diese, ihre Meinung, sagen die meisten auch.

Beispiel Kleiderkammer, die bis zu 500 Menschen am Tag versorgt. Es gibt Freiwillige, die sagen: »Ich gebe Kleider aus und mache das gerne, aber denke mir, dass es eine viel bessere Hilfe wäre, wenn die Menschen ausreichend Sozialleistungen bekommen würden, um sich ihre Kleidung selbst kaufen zu können.«

Oder: Viele Demonstrationen sind aus der Zivilgesellschaft initiiert und organisiert, deren Teilnehmer:innen sich beispielsweise gegen das Sachleistungsprinzip und gegen die Residenzpflicht in den Ankerzentren aussprechen. Weil sie »menschlich angerührt« sind von den schlechten Lebenslagen der Geflüchteten und sich stark machen für strukturelle Verbesserungen. Das unterstützen wir! Denn das ist Diakonie.

Die Räume unserer Freiwilligenagentur »z'sam« werden genutzt, damit sich zivilgesellschaftliche Initiativen formieren und organisieren können. Dafür braucht es manchmal einfach einen Raum mit einer Kaffeemaschine.

Ich bin überzeugt, zivilgesellschaftliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen und sichert unseren sozialen Frieden. Es gibt Deutschland ein menschliches Gesicht und ein Gleichgewicht.

Ich habe schon oft erlebt, dass bei politisch Verantwortlichen entscheidend ist, ob es hinter einem Thema eine Community gibt, die sich dafür stark macht. Gibt es die nicht, wird weniger diskutiert und schneller entschieden. Bei starker Sozialanwaltschaft hinter einem Thema gibt es eine höhere Sensibilität. Zudem bekommt das Thema oft mehr mediale Aufmerksamkeit.

Eine Ehrenamtliche war es, die Ende Februar diesen Jahres am Münchner Hauptbahnhof Getränke an die Ankommenden verteilte. Sie sah Frauen und Kinder am Boden sitzen, weil sie nicht weitervermittelt wurden in Unterkünfte. Das »rührte sie an« und sie twitterte es. Am nächsten

Tag war der Oberbürgermeister da und sorgte für Abhilfe.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist für mich der soziale Kitt, der die gesamte Gesellschaft zusammenhält. Die Menschen sind es. Sie gestalten mit und übernehmen Verantwortung für das, was um sie herum geschieht. Die Engagement-Möglichkeiten sind dabei so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Durch dieses Mitwirken entsteht Teilhabe – und die stärkt unsere Demokratie.

Aber inwieweit entlässt sie den Staat auch ein Stück weit aus der Verantwortung?

Es gibt in der Tat Beispiele dafür, dass staatliche Akteur:innen versuchen, sich mit dem Verweis auf freiwilliges Engagement aus der Finanzierung bestimmter Angebote zurückzuziehen. Der finanzielle Druck, der gerade auf den Kommunen lastet, ist ja auch enorm groß. Aber es gibt bestimmte Aufgaben, die müssen von ausgebildeten hauptamtlichen Kräften übernommen werden. Darauf gilt es von allen Seiten zu achten. Die Grenze von Haupt- und Ehrenamt muss klar und professionell gezogen sein. Das hilft allen am besten und schützt vor Überforderung und Resignation.



Die Pandemie trifft eine Zivilgesellschaft im Wandel

*Prof. Dr. Swen Hutter, Gesine Höltnann und Charlotte Rößler-Prokhorenko,
Wissenschaftszentrum für Sozialforschung und Freie Universität Berlin, Berlin*

Tutzing, 4. Juni 2022

1. Die Pandemie – Ein Dilemma für die Zivilgesellschaft

In Krisen ist die Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung. Wo Staat und Wirtschaft nicht aktiv werden (können), sind Ehrenamtliche vor Ort, um zu helfen, zu sammeln, zu mobilisieren und auf Missstände aufmerksam zu machen. Die spontane Mobilisierungskraft der Zivilgesellschaft zeigt sich wiederholt in humanitären Notsituationen wie etwa im Sommer der Migration 2015 (Schiffauer et al. 2017; Simsa et al. 2019) oder im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, wo Hunderttausende Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen sind (Dollmann et al. 2022; Höltnann et al. 2022). Auch die Corona-Pandemie ist eine solche Krise, in der die Zivilgesellschaft sehr gefragt und auf nie dagewesene Art gefordert war. Dabei war die Pandemie auch eine Krise für die Zivilgesellschaft selbst: Die weitreichenden Kontaktbeschränkungen brachten das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen. Das war auch ein Schock für ehrenamtlich Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen (Krimmer et al. 2020; Schrader et al. 2020; van den Berg et al. 2020).

Die Covid-19-Pandemie stellte ein Dilemma für die Zivilgesellschaft dar (Grande/ Hutter 2020). Der Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement stieg stark an, um diese vielschichtige Krise im Alltag zu bewältigen, Kritik zu äußern und auf ungehörte Missstände aufmerksam zu machen. Gleichzeitig haben Kontakt- und Versammlungsbeschränkungen viele Formen des bürgerschaftlichen Engagements erschwert, manchmal sogar unmöglich gemacht. Diese gegenläufigen Dynamiken haben zu einer komplexen Mischung aus Aktivierung und Deaktivierung der Zivilgesellschaft geführt. Befürchtungen eines Stillstands von sozialem und politischem Engagement sind nicht eingetreten (Borbáth et al. 2021; Burciu/ Hutter 2022). Im Gegenteil: Wie frühere Krisen hat die Pandemie in bestimmten Teilen der Zivilgesellschaft einen Aktivierungsschub ausgelöst. Erstens haben wir ein hohes Ausmaß an solidarischem Verhalten und spontaner Hilfsbereitschaft beobachtet, insbesondere in engen sozialen

Netzwerken (Bertogg/ Koos 2021, 2022; Carlsen et al. 2020). Zweitens haben wir einen Anstieg von Petitions- und Protestaktionen erlebt. Die protestierenden Gruppen reichten von stark betroffenen Wirtschaftssektoren über bereits bestehende soziale Bewegungen (wie die Bewegung für Klimagerechtigkeit) bis hin zu neu entstehenden Bündnissen wie den Querdenken (z. B. della Porta 2022; Grande et al. 2021a; Gerbaudo 2020; Zajak et al. 2021). Gleichzeitig ließ sich jedoch auch eine starke Deaktivierung beobachten: Insbesondere die organisierte Zivilgesellschaft wurde hart getroffen und musste teilweise für Monate ihre Hauptaktivitäten einschränken oder ganz ruhen lassen. Es zeigt sich also, dass während vor allem im informelleren Bereich eine Aktivierung stattgefunden hat, der organisierte Sektor der Zivilgesellschaft vermehrt von Deaktivierung betroffen war.

Diese Beobachtung spiegelt langfristige Entwicklungen in der Zivilgesellschaft wider, die schon weit vor der Pandemie einsetzten: Dies sind Prozesse der *Informalisierung* zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse einerseits und der *Professionalisierung* andererseits. Der Forschungsstand der vergleichenden Zivilgesellschaftsforschung hat diesen Strukturwandel von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement detaillierter nachgezeichnet (für eine Übersicht siehe Grande et al. 2021b). Bereits 2002 hielt beispielsweise die Enquete-Kommission »Bürgerschaftliches Engagement« fest, dass sich die assoziativen Grundlagen unserer Gesellschaft grundlegend gewandelt haben: Feste Bindungen an Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Parteien werden zunehmend überlagert von flexibleren, oftmals informellen und projektorientierten Formen der Partizipation und des solidarischen Miteinanders (siehe auch DZA 2016; Priemer et al. 2017). Gleichzeitig zeichnete in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge eine starke Professionalisierung und Kommerzialisierung des sog. Dritten Sektors ab (Heinze 2022; Schroeder 2022; Zimmer/ Paul 2018). Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, welche Art von zivilgesellschaftlichen Akteuren bessere Voraussetzungen mitgebracht haben, um mit der pandemischen Lage umzugehen. Mit anderen Worten: Welche zivilgesellschaftlichen Akteure waren in der Krise resilient? Die Frage

der Resilienz lässt sich aus zwei Warten beurteilen: Einerseits untersuchen wir, welche Akteure ihre Aktivitäten einschränken mussten und wer sie aufrechterhalten oder sogar ausweiten konnte. Andererseits erfassen wir, welche Organisationen in der Lage waren, Unterstützung für Betroffene anzubieten.

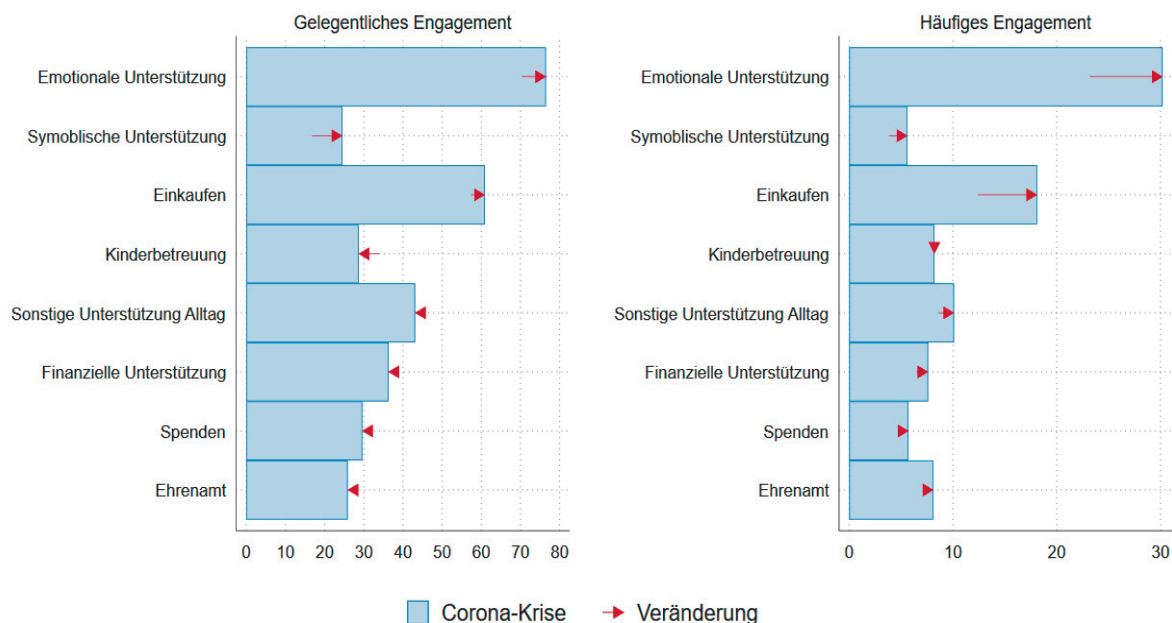
In diesem Beitrag stellen wir zunächst Befunde im informellen, individuellen Bereich der Zivilgesellschaft vor, bevor wir stärker auf die heterogene Lage der organisierten Zivilgesellschaft in der Pandemie eingehen. Dafür greifen wir auf eine Bevölkerungsbefragung und eine Organisationsbefragung zurück, die wir zusammen mit Kolleg:innen im Forschungsprojekt »Potenziale der Zivilgesellschaft: Solidarisches Verhalten bei der Krisenbewältigung« (SolZiv) durchgeführt haben. In dem von der Berlin University Alliance (BUA) geförderten Projekt haben wir Ausmaß und Bedingungen solidarischen Verhaltens in zivilgesellschaftlichen Formen während der Corona-Pandemie untersucht.¹

Insgesamt deuten unsere Befunde darauf hin, dass die Dynamiken in der pandemischen Zivilgesellschaft eine wesentliche Gemeinsamkeit aufweisen: Sie fanden eher jenseits formaler ehrenamtlicher zivilgesellschaftlicher Kontexte statt. Das meiste individuelle Engagement fand im engen Familien- und Freundeskreis statt; nur wenige haben beispielsweise Menschen geholfen, die sie vor der Pandemie noch nicht kannten. Hinsichtlich der Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen zeigen unsere Befunde, dass die klassische Vereinslandschaft besonders hart von der Krise und den Kontaktbeschränkungen getroffen wurde; so kam das Vereins- und Verbandsleben teils ganz zum Erliegen. An dessen Stelle traten vermehrt flexiblere, oft informelle Initiativen und lose Verbünde sowie professionelle Akteure. Letztlich könnte die Pandemie daher eine weitere Beschleunigung langfristiger Trends in der Zivilgesellschaft bedeuten, mit einem noch offenen Ausgang für die post-pandemische Gesellschaft.

2. Die informelle Zivilgesellschaft: Wie stark und für wen haben sich die Menschen in der Pandemie engagiert?

Im Oktober 2020, circa sechs Monate nach Ausbruch der Pandemie sind wir mit einer Bevölkerungsumfrage (3.300 Befragte) ins Feld gegangen. Im März 2021 haben wir 1.000 der ursprünglich Befragten erneut kontaktiert, um mögliche Veränderungen zu erfassen. Neben Fragen zum sozialen und politischen Engagement (vor und während Pandemie) haben wir vor allem auch nach Ausmaß und Quellen von sozialer Unterstützung gefragt. Konkret wurden die Teilnehmer gefragt: »Seit Beginn der Corona-Krise bis heute: Wie oft haben Sie die folgenden Aktivitäten für Menschen unternommen, die nicht in Ihrem Haushalt leben?«. *Abbildung 1* bildet diejenigen ab, die sich selten oder manchmal engagiert haben (linke Grafik) und diejenigen, die sich häufig engagiert haben (rechte Grafik). Die roten Pfeile weisen zudem Veränderung zu vor-Pandemie Zeiten aus. Rund sechzig Prozent der Befragten haben im Zeitraum März bis Oktober 2020 Menschen außerhalb ihres Haushalts Unterstützung angeboten. Ein Großteil davon hat für andere Menschen Einkäufe erledigt, Kinder betreut oder Unterstützung bei anderen alltäglichen Aktivitäten geleistet. Rund ein Viertel hat sich auch ehrenamtlich engagiert oder Geld an Hilfsorganisationen und Initiativen gespendet. Zudem zeigt sich, dass die Menschen im Vergleich zu vor der Pandemie vermehrt emotionale und symbolische Unterstützung geleistet haben. Aber auch die wohl naheliegendste Form der Unterstützung – Einkaufen für Menschen außerhalb des eigenen Haushalts – hat während der Pandemie zugenommen. Während wir beim *gelegentlichen* Engagement einen minimalen Rückgang anderer Engagementformen beobachten, zeigt sich beim *häufigen* Engagement eine leichte Zunahme bei so gut wie allen Formen. Dies könnte bedeuten, dass die ohnehin Engagierten in der Pandemie noch mehr getan haben, während sich die gelegentlich Engagierten eher zurückgezogen haben.

Abbildung 1: Niveau und Veränderung von individuellem Engagement während der Pandemie



Quelle: Eigene Umfragedaten

Anmerkung: Die Grafik bildet gelegentliches Engagement (links) und häufiges Engagement (rechts) während der Pandemie ab. Gelegentliches Engagement bedeutet, dass sich die Befragten »selten« oder »manchmal« engagiert haben; häufiges Engagement bedeutet, dass sie sich »oft« oder »sehr oft« engagiert haben. Die roten Pfeile stellen die Veränderung zu vor-Corona Zeiten in Prozentpunkten dar.

Wirft man einen genaueren Blick darauf, *wer* eigentlich *wen* unterstützt hat, zeigt sich, dass die Menschen in erster Linie ihrem eigenen sozialen Umfeld geholfen haben: Die große Mehrheit (82%) hat Freunde und Familie unterstützt sowie Nachbarn (50%). Dem »kleinen Wir« kommt in der Bewältigung der Krise somit eine primäre Rolle zu. Nur 15 Prozent der Befragten haben Personen unterstützt, die sie vor der Corona-Krise nicht kannten. Zudem sagen rund 12 Prozent, dass Sie Menschen außerhalb Deutschlands unterstützt hätten.

Die Krise hat jedoch in der gesamten Gesellschaft einen enormen Bedarf an sozialer Unterstützung geschaffen: Nicht nur durch das Risiko der Erkrankung, sondern auch durch den wirtschaftlichen und sozialen Ausfall waren viele Menschen auf Einkaufshilfen, Kinderbetreuung oder finanzielle und emotionale Unterstützung angewiesen.

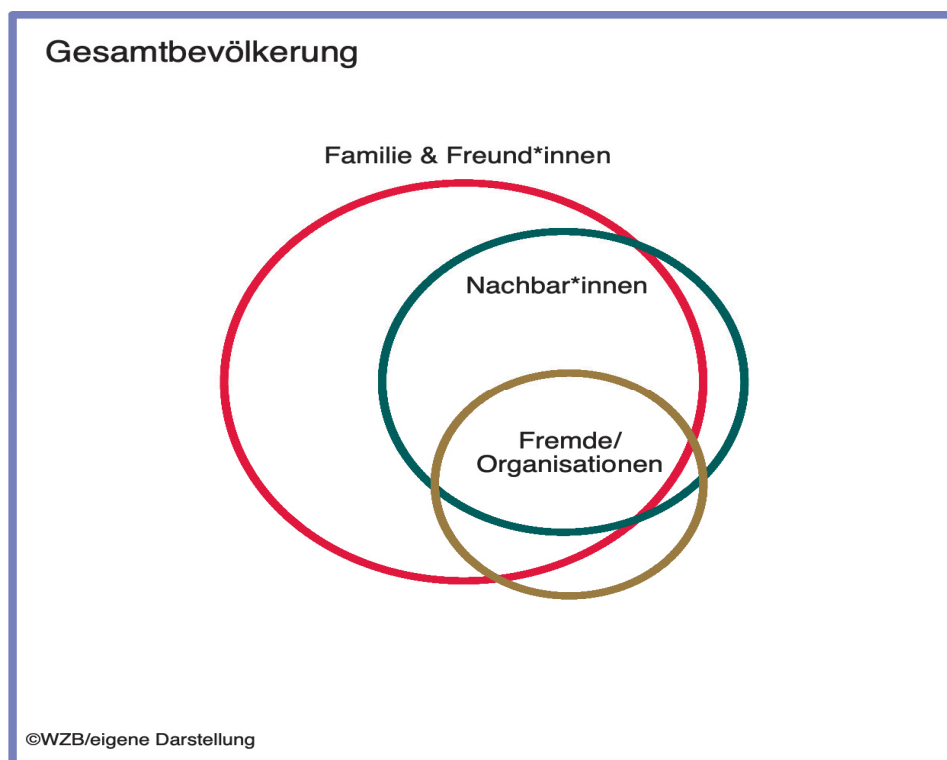
Unsere Ergebnisse zeigen, dass rund 45 Prozent der deutschen Bevölkerung soziale Unterstützung von Menschen außerhalb ihres Haushalts erhalten haben. Dieser Wert fällt auf rund ein Viertel, wenn man jene ausschließt, die angeben, nur »selten« Unterstützung erhalten zu haben. Unter den Empfängern sozialer Unterstützung erhielten 70 Prozent emotionale, 44 Prozent alltägliche und 31 Prozent finanzielle Unterstützung, während 22 Prozent staatliche Hilfe erhielten. Interessanterweise zeigt sich jedoch auch, dass die Unterstützungsbeziehungen mehrheitlich auf Gegenseitigkeit beruhen: Rund ein Drittel derjenigen, die andere unterstützt haben, haben auch selbst Unterstützung erhalten.

Gleichzeitig gab es jedoch auch Menschen, die *nicht ausreichend unterstützt wurden*. Jeder Zehnte gibt an, dass er oder sie mehr Unterstützung gebraucht hätte, und rund 5 Prozent hätten Unterstützung benötigt, haben jedoch keine erhalten. Der Bedarf in der Bevölkerung ist nicht nur stark sozioökonomisch strukturiert – auch die zusätzliche Krisenbelastung durch Corona-Infektionen im Haushalt, Pflegeverpflichtungen und Kinderbetreuung wird sichtbar. Diese drei Faktoren erhöhen nicht nur die Wahrscheinlichkeit, Unterstützung erhalten zu haben, sondern weisen auch diejenigen aus, die zu *wenig* Unterstützung erhalten haben.

Außerdem beobachten wir, dass ein großes soziales Netzwerk von Vorteil war, um in der Pandemie versorgt zu werden. Im Umkehrschluss sind die Bedürfnisse von Menschen, die weniger gut sozial eingebettet sind, eher unbemerkt geblieben. Im Spiegelbild zur »Geber«-Seite, beobachten wir auch hier, dass das persönliche Umfeld (Familie und Freunde) primäre Quelle von Unterstützung war, während Nachbarn, Fremde und zivilgesellschaftliche Organisationen eine eher komplementäre Rolle eingenommen haben. Betrachtet man die Quellen der Unterstützung, so erhielt die große Mehrheit Unterstützung von Familie und Freunden (83 %), gefolgt von Nachbarn (41 %), Fremden (14 %), Organisationen der Zivilgesellschaft (13 %) oder dem Staat (22 %).²

Abbildung 2 bildet die Relation der verschiedenen Helfergruppen zueinander ab. Insbesondere die Überschneidung der Helfergruppen ist bemerkenswert. Von denjenigen, die Unterstützung erhielten, bekamen die meisten diese *ausschließlich* von Familie und Freunden (41 %), 26 Prozent erhielten *zusätzlich* Unterstützung von Nachbarn, und 11 Prozent erhielten Unterstützung von *allen drei* Unterstützungsgruppen. Nur eine Handvoll Personen erhielt Unterstützung von Nachbarn oder zivilgesellschaftlichen Akteuren *allein* (ca. 2 %). Dies deutet darauf hin, dass Nachbarn und zivilgesellschaftliche Akteure hauptsächlich als zusätzliche Unterstützungsebene zu Familie und Freunden fungierten – zivilgesellschaftliche Akteure nahmen also eine eher komplementäre Rolle zu den informellen, individuellen Helfern ein.

Abbildung 2: Relation der verschiedenen Helfergruppen



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: Die Grafik bildet die drei Helfergruppen in Relation zur Gesamtbevölkerung und zueinander ab. Überlappungen der Kreise bedeuten, dass Personen von mehr als einer Gruppe Unterstützung erhalten haben.

3. Die organisierte Zivilgesellschaft: Welche Akteure konnten ihr Engagement aufrechterhalten?

Die Landschaft der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland ist heterogen. Wie in der Einleitung betont verzeichnet der Dritte Sektor in den letzten Jahrzehnten zwei zentrale Trends: die

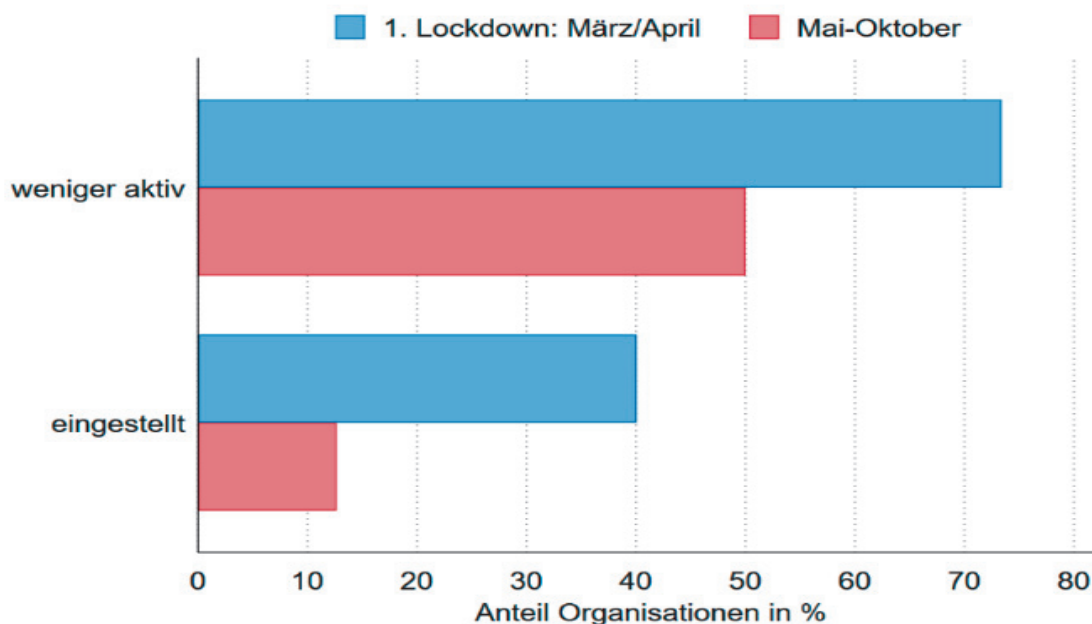
Professionalisierung und die Informalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationsformen. Zum deutschen Wohlfahrtsstaat gehören große gemeinnützige Träger mit bestimmten sozialen Aufgaben (wie zum Beispiel die Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz oder der deutsche Caritasverband). Diese Akteure bilden das professionalisierte Ende des zivilgesellschaftlichen Spektrums. Am anderen Ende des Spektrums bilden sich vermehrt losere und spontane zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, wie etwa Bürgerinitiativen, Aktionsgruppen oder politische Bündnisse. Zwischen diesen beiden Fliehkräften der Professionalisierung und Informalisierung befindet sich das Vereinswesen. Die Vereine, also die zahlreichen Sport-, Kultur- und Freizeitvereine, sind nach wie vor die hier zu Lande gängigsten zivilgesellschaftlichen Akteure. In Deutschland sind rund 24 Millionen Menschen Mitglied in einem eingetragenen Verein.

Im Rahmen des SolZiv-Projekts und in Zusammenarbeit mit dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) haben wir erstmals in einer Organisationsbefragung versucht, diese Vielfalt formeller und informeller Akteure in der deutschen Zivilgesellschaft empirisch einzufangen. Im November und Dezember 2020 haben wir deutschlandweit über 1.000 zivilgesellschaftliche

Organisationen zu ihren Erfahrungen aus der ersten Phase der Pandemie befragt (Hutter et al. 2021, 2022). Um die deutsche Vereinslandschaft sowie gemeinnützige Träger abzubilden, haben wir eine Zufallsstichprobe aus dem deutschen Handelsregister gezogen. Lose Bündnisse und Initiativen haben wir mittels Online-Recherchen in allen 16 Bundesländern (insgesamt 55 Standorte) identifiziert. Dabei wurden neben den Stadtstaaten und den jeweiligen Landeshauptstädten jeweils eine Großstadt, eine Kleinstadt sowie ein ländlicher Ort pro Flächenland ausgewählt. Mit 1.062 vollständig ausgefüllten Fragebögen haben wir eine Rücklaufquote von 27 Prozent erreicht.

Abbildung 3 zeigt anschaulich die sehr drastischen negativen Auswirkungen auf die organisierte Zivilgesellschaft in den ersten Monaten der Pandemie. Im ersten Lockdown berichten 72 Prozent der befragten Organisationen von negativen bzw. sehr negativen Auswirkungen: Rund 70 Prozent waren weniger aktiv, 40 Prozent mussten ihre Aktivitäten ganz einstellen. Auch wenn einige Organisationen ihre Aktivitäten im ersten Pandemiesommer wieder aufnehmen konnten, berichtet immer noch die Hälfte der befragten Organisationen von einer geringeren Aktivität und rund 12 Prozent bleiben in diesem Zeitraum dauerhaft inaktiv.

Abbildung 3: Deaktivierung zivilgesellschaftlicher Organisationen im ersten Jahr der Pandemie



Quelle: Eigene Umfragedaten

Anmerkung: Die Grafik zeigt verschiedene Grade der Deaktivierung (weniger aktiv, Aktivitäten eingestellt) in verschiedenen Abschnitten des ersten Pandemiejahres 2020. Die hellblauen Balken bilden die Deaktivierung während des ersten Lockdowns ab (März/ April 2020), während die roten Balken die Zeit danach abbilden (Mai-Oktober 2020).

Angesichts dieser drastischen Konsequenzen des ersten Lockdowns auf die Organisationslandschaft stellt sich die zuvor diskutierte Frage, welche Organisationen in der Pandemie resilienter waren – und inwiefern diese Resilienz mit bestimmten Strukturmerkmalen zusammenhängt. In unserer Analyse unterscheiden wir zwischen drei Typen von Organisationen (auch wenn sich zahlreiche Misch- und Zwischenformen finden lassen):³

1. *Klassische Vereine:* Eingetragen im Vereinsregister handelt es sich hier zumeist um Freizeit- und Kulturvereine (typisch: Fußballvereine oder Chöre), die oft schon lange bestehen und formelle Strukturen (Satzung und Gremien) aufweisen. Hier beteiligen sich meist Vereinsmitglieder auf rein ehrenamtlicher Basis.

2. *Informelle Organisationen* (auch Initiativen genannt): Ohne Rechtsform zeichnen sie sich durch ein geringes Maß an festen Strukturen (Mitglieder, Aufgaben und Rollen) aus. Typisch sind (Bürger-)Initiativen, die sich für lokale Anliegen einsetzen, politische Aktionsbündnisse oder Protestbewegungen.

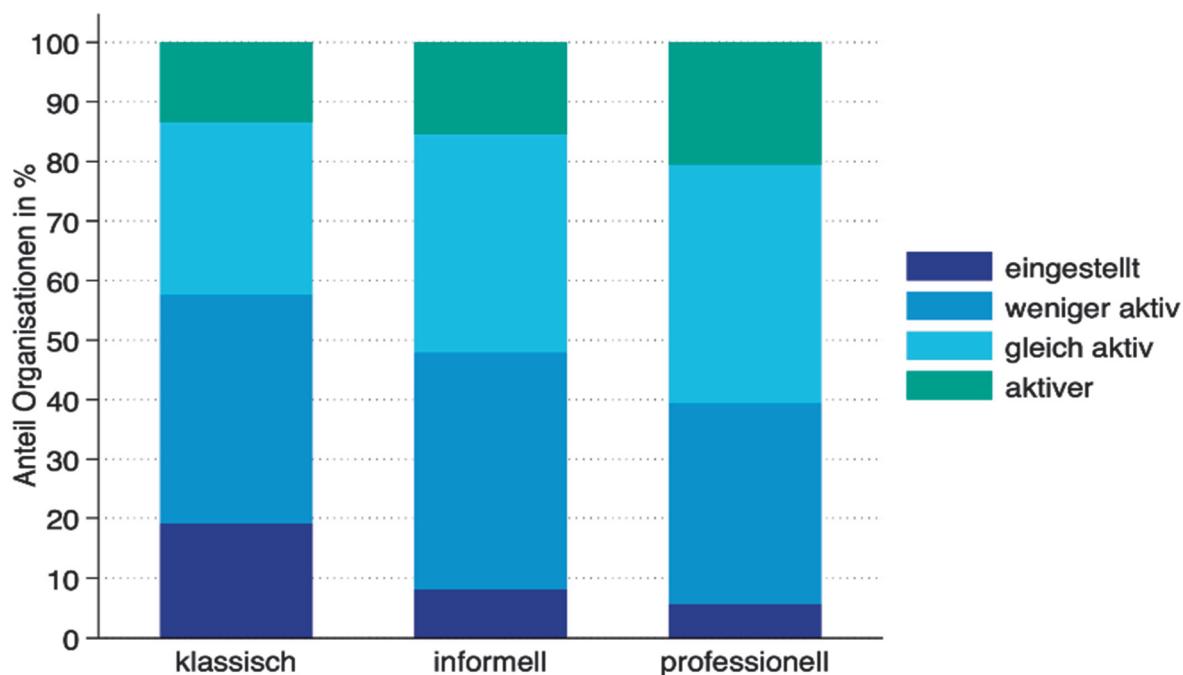
3. *Professionelle Vereine* beschäftigen bezahlte Mitarbeiter:innen als Hauptamtliche und verzeichnen in ihren Strukturen eine stärkere Aufga-

beteiligung und Entscheidungsfindung in kleineren Personenkreisen. Typische Beispiele sind Organisationen aus dem Non-Profit-Sektor in den Bereichen der karitativen Arbeit oder der internationalen Zusammenarbeit.

In der Forschung zu vorangegangenen Krisen und Katastrophen haben sich informelle Netzwerke mit offenen Strukturen, die Solidarität und Engagement auch spontan mobilisieren und flexibel integrieren können, als besonders anpassungsfähig erwiesen. Aber auch professionell agierende Organisationen sind dank ihrer Organisationsstrukturen und Ressourcenlage (ausgebildetes bezahltes Personal, Fachwissen, finanzielle Mittel) gut ausgestattet, um mit einschneidenden Krisen umgehen zu können. Oft fällt zudem ihr Tätigkeitsfeld genau in die Bedarfe eines Krisenmoments (karitative und soziale Tätigkeiten). Dies lässt vermuten, dass informelle und professionelle Organisationen im Krisenmoment resilienter sind als klassische Vereine. Gerade in der Corona-Krise ist es denkbar, dass klassische Vereine aufgrund ihrer oft rigiden rechtlichen Strukturen und der ehrenamtlichen Basis am stärksten mit den Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu kämpfen hatten.

Tatsächlich bestätigen unsere Daten diese Erwartungen (siehe *Abbildung 4*). Am stärksten beeinträchtigt von der Corona-Pandemie waren die klassischen Vereine. Sowohl informelle Initiativen als auch professionelle Organisationen waren deutlich besser in der Lage, ihre Aktivitäten in der Krise aufrechtzuerhalten oder sogar zu steigern. Diese Unterschiede bleiben auch dann bestehen, wenn man Tätigkeitsfeld, Region und Ost-West Unterschiede berücksichtigt.

Abbildung 4: Aktivitätsniveau der drei Organisationstypen (klassischer Verein, informelle Initiative, professionelle Organisation)



Quelle: Eigene Umfragedaten

Anmerkung: Die Grafik bildet vier Abstufungen der Aktivität (definiert als Ausübung der Hauptaktivität) der drei verschiedenen Organisationstypen (klassischer Verein, informelle Initiative, professionelle Organisation) ab. Die Veränderung bezieht sich hierbei auf die Differenz zwischen dem Aktivitätsniveau zwischen Mai und Oktober 2020 (also die Zeit nach dem 1. Lock-down) und dem Aktivitätsniveau im Jahr 2019.

Der Organisationstypus stellt also einen entscheidenden Faktor für den Grad an Resilienz in der Krise dar. Im Bereich der professionellen Organisationen scheint sich insbesondere das Know-how von bezahltem Personal und professioneller Organisationsführung positiv auszuwirken; aber auch die offenen und spontanen Strukturen der informellen Organisationen helfen offensichtlich, sich an ein Krisenmoment anzupassen. Nichtsdestotrotz ist auch die Art des Tätigkeitsfelds zentral, um die Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Pandemie zu verstehen. Wir sehen, dass Organisationen, die auf das Zusammenkommen von Menschen angewiesen sind, die stärkste Deaktivierung erfahren haben: Dies waren vor allem Organisationen, die Veranstaltungen oder Protest organisieren, sowie Organisationen aus dem Freizeitbereich. Umgekehrt erwiesen sich Organisationen in den Bereichen

Informations-/ Öffentlichkeitsarbeit und soziale Hilfe als wesentlich resilienter.

Zur Resilienz in der Krise gehört auch die Frage, inwiefern zivilgesellschaftliche Organisationen krisenspezifische Unterstützung in der Pandemie leisten konnten. Darunter verstehen wir jegliche Art der sozialen oder materiellen Unterstützung, die sich an pandemie-bedingte Bedürfnisse gerichtet hat, also zum Beispiel Nachhilfe, Erledigung von Einkäufen, Gabenzäune oder Maskennähen. Hier wird eine große Hilfsbereitschaft deutlich: Im Durchschnitt geben knapp 40 Prozent der befragten Organisationen an, dass sie von der Pandemie besonders betroffene Menschen gezielt unterstützt haben. Dabei zeigen sich auch hier Unterschiede zwischen den Organisationstypen: Fast jede zweite professionelle Organisation (54%) bot Hilfen wie Einkäufe, (Finanz- oder Sach-) Spenden oder auch psycho-soziale Beratung und Betreuung an. Unter den informellen Initiativen leisteten rund 35 Prozent Unterstützung, unter den klassischen Vereinen sind es rund 32 Prozent.

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die organisierte Zivilgesellschaft trotz Kontaktbeschränkungen in der Lage war, Hilfe und Unterstützung für Betroffene anzubieten. Allerdings stechen die

professionellen Organisationen klar hervor, während sich Vereine und Initiativen in ihrer Hilfsbereitschaft (oder ihren Kapazitäten) nicht wesentlich unterscheiden. Auch sind es insbesondere Organisationen der sozialen Hilfe (materiell oder Dienstleistungen), die am meisten pandemiebedingte Unterstützung geleistet haben.

4. Die Pandemie und der langfristige Strukturwandel der Zivilgesellschaft

Die Covid-19-Pandemie hat nicht zu einem kompletten Stillstand sozialen und politischen Engagements geführt. Vielmehr zeigen unsere Studien der informellen und organisierten Zivilgesellschaft eine komplexe Mischung aus Aktivierung und Deaktivierung. Gerade auf der Individual-ebene lässt sich eine Aktivierung beobachten, wie wir sie aus vorangegangenen Krisenmomenten kennen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat während der Pandemie auf die ein oder andere Weise Menschen außerhalb des eigenen Haushalts unterstützt. Bemerkenswert ist auch, dass es sich hier nicht um eine Einbahnstraße gehandelt hat, sondern ein Drittel der Hilfsbeziehungen auf einem Geben und Nehmen beruhten. Gerade Haushalte mit pandemie-spezifischen Zusatzbelastungen wie Corona-Infektionen, Kindern im betreuungspflichtigen Alter oder Pflegeverpflichtungen waren auf diese Art der gegenseitigen Hilfe angewiesen. Diese vielfältigen Unterstützungsbeziehungen sind jedoch primär im engeren sozialen Netzwerk entstanden – also zwischen Familie, Freunden und Nachbarn – klassische zivilgesellschaftliche Akteure haben hier eher komplementär unterstützt.

Dies mag auch darauf zurückzuführen sein, dass die organisierte Zivilgesellschaft selbst, gerade in den ersten Monaten der Pandemie, stark eingeschränkt war. Betrachtet man das Aktivitätsniveau verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure in ihren Hauptaktivitäten, so ist das Ausmaß der anfänglichen Deaktivierung besorgniserregend. Blickt man hingegen auf pandemie-spezifischen Unterstützungsleistungen, lässt sich auch auf der Organisationsebene eine Aktivierung beobachten. Verschiedene Organisationstypen haben jedoch eine sehr unterschiedliche Resilienz an den Tag gelegt: Insbesondere professionalisierte Organisationen und informelle Initiativen konnten ihre Aktivitäten an die pandemischen Realitäten anpassen; der klassische Verein war hingegen deutlich weniger anpassungsfähig.

Der klassische ehrenamtlich organisierte Verein als Urtyp der deutschen organisierten Zivilgesell-

schaft ist jedoch nicht erst durch die Corona-Krise mit einem starken Wandel konfrontiert. Informalisierung und Professionalisierung sind auch Trends, mit denen die Zivilgesellschaft auf gesellschaftliche Entwicklungen und Krisen reagiert. Bemerkenswert ist dabei die scheinbare Gegensätzlichkeit der neueren Formen: Während informelle Organisationen in der Krise einen Vorteil daraus ziehen, dass sie gezielt offen und anpassungsfähig in ihren Strukturen bleiben, sind professionelle Organisationen durch qualifiziertes Personal, effiziente Arbeitsteilung und Entscheidungsfindung resilienter. Wenn es jedoch um gezielte Unterstützungsleistungen in der Pandemie geht, zeigt sich, dass die professionellen Träger deutlich besser in der Lage waren, Hilfe anzubieten, als Vereine und Initiativen.

Offen bleiben die langfristigen Folgen der Pandemie für die Zivilgesellschaft. Zu vermuten ist aber, dass die Pandemie den doppelten Trend hin zur Professionalisierung auf der einen und zur Informalisierung auf der anderen Seite weiter beschleunigen dürfte. Dadurch verstärkt die Pandemie langfristige Entwicklungstrends in der Zivilgesellschaft mit offenem Ausgang für die post-pandemische Gesellschaft.

Anmerkungen:

¹ Der vorliegende Beitrag stützt sich zu großen Teilen auf zwei Veröffentlichungen in den Mitteilungen des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Höltmann/ Hutter 2021; Röbler-Prokhorenko et al. 2022) sowie zwei Arbeitspapiere (Höltmann/ Hutter/ Specht 2022; Hutter et al. 2022).

² Diese Zahlen stellen den Anteil an der Gruppe von Menschen dar, die Unterstützung erhalten haben.

³ Diese drei Organisationstypen lassen sich mittels einer Clusteranalyse auch auf Grundlage verschiedener Strukturmerkmale in unseren Daten bilden.

Literaturhinweise:

Bertogg, Ariane/ Koos, Sebastian, 2021: Socio-economic position and local solidarity in times of crisis. The COVID-19 pandemic and the emergence of informal helping arrangements in Germany. In: Research in Social Stratification and Mobility, Band 74.
<https://doi.org/10.1016/j.rssm.2021.100612>

Bertogg, Ariane/ Koos, Sebastian, 2022: Who Received Informal Social Support During the First COVID-19 Lockdown in Germany, and Who Did

Not? The Role of Social Networks, Life Course and Pandemic-Specific Risks. In: *Social Indicators Research*, Band 163, S. 585–607.

Borbáth, Endre/ Hunger, Sophia/ Hutter, Swen/ Oana, Ioana-Elena, 2021: Civic and Political Engagement during the Multifaceted COVID-19 Crisis. In: *Swiss Political Science Review*, Band 27, Heft 2, S. 311–324.

Burciu, Roxana/ Hutter, Swen, 2022: More stress, less voice? The gender gap in political participation during the COVID-19 pandemic. In: *European Journal of Politics and Gender*, online publiziert: <https://doi.org/10.1332/251510821X16602276230640>.

Carlsen, Hjalmar Bang/ Toubøl, Jonas/ Brincker, Benedikte, 2020: On solidarity and volunteering during the COVID-19 crisis in Denmark: The impact of social networks and social media groups on the distribution of support. In: *European Societies*, Jg. 23, Heft 1, S. 122–140.

della Porta, Donatella, 2022: Contentious politics in emergency critical junctures: Progressive social movements during the pandemic. Cambridge.

Dollmann, Jörg/ Mayer, Sabrina Jasmin/ Jacobsen, Jannes/ Köhler, Jonas/ Lietz, Almuth/ Siegel, Madeleine, 2022: Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland: Eine Längsschnittanalyse des DeZIM.panels [Preprint]. SocArXiv: <https://doi.org/10.31235/osf.io/8h5c6>.

DZA, 2016: *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Berlin: DZA.

Gerbaudo, Paolo, 2020: The Pandemic Crowd: Protest in the Time of Covid-19. In: *Journal of International Affairs*, Jg. 73, Heft 2, S. 61–76.

Grande, Edgar/ Hutter, Swen/ Hunger, Sophia/ Kanol, Eylem, 2021a: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. WZB Discussion Paper, Nr. ZZ 2021-601. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.

Grande, Brigitte/ Grande, Edgar/ Hahn, Udo (Hrsg.), 2021b: *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. Bielefeld.

Höltmann, Gesine/ Hutter, Swen, 2021: Viel Hilfsbereitschaft, viel Protest. WZB Mitteilungen, Nr. 172. Online: <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen/polarisierung-und-gesellschaft/viel-hilfsbereitschaft-viel-protest>.

Höltmann, Gesine/ Hutter, Swen/ Röbler-Prokhorenko, Charlotte, 2022: Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg. WZB Discussion Paper, Nr. ZZ 2022-601. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.

Höltmann, Gesine/ Hutter, Swen/ Specht, Jule, 2022: How social capital matters for receiving social support: On the complementary role of civil society in the Covid-19 pandemic. Working paper, Berlin.

Hutter, Swen/ Sommer, Moritz/ Steinhilper, Elias/ Röbler-Prokhorenko, Charlotte, 2022: Patterns of (De-)activation – Comparing Crisis Resilience among Distinct Types of Civil Society Organizations during the Covid-19 Pandemic in Germany. Working paper, Berlin.

Hutter, Swen/ Teune, Simon/ Daphi, Priska/ Nikolas, Ana-Maria/ Röbler-Prokhorenko, Charlotte/ Sommer, Moritz/ Steinhilper, Elias/ Zajak, Sabina, 2021: Deutschlands Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie. Eine Befragung von Vereinen und Initiativen. ipb working paper series: Nr. 3/2021.

Krimmer, Holger/ Bork, Magdalena/ Markowski, Lydia/ Gorke, Johanna, 2020: Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. Zivilgesellschaft in Zahlen. ZIVIZ, Berlin.

Priemer, Jana/ Krimmer, Holger/ Labigne, Anaël, 2017: Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Röbler-Prokhorenko, Charlotte/ Hutter, Swen/ Hölmann, Gesine, 2022: Die Resilienz der Helfenden. Wie Vereine und Initiativen durch die Pandemie kamen. In: WZB Mitteilungen, Nr. 176.

Schiffauer, Werner/ Eilert, Anne/ Rudloff, Marlene (Hrsg.), 2017: So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld.

Schrader, Malte/ Roth, Johannes/ Strachwitz, Rupert Graf, 2020: Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft? Eine explorative Studie zu Potenzialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der COVID-19 Krise. Maecenata Institut, Berlin.

Simsa, Ruth/ Rameder, Paul/ Aghamanoukjan, Anahid/ Totter, Marion, 2019: Spontaneous Volunteering in Social Crises: Self-Organization and Coordination. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, Jg. 48, Heft 2, S. 103–122.

van den Berg, Clara/ Grande, Edgar/ Hutter, Swen, 2020: Was wird aus dem harten Kern? Auswirkungen der Corona-Krise auf das Engagement für Geflüchtete. In: *Voluntaris*, Jg. 8, Heft 2, S. 226–242.

Zajak, Sabrina/ Stjepandic, Katarina/ Steinhilper, Elias, 2021: Pro-Migrant Protest in Times of COVID-19: Intersectional Boundary Spanning and Hybrid Protest Practices. In: *European Societies*, Jg. 23, Heft 1, S. 172–183.

Zimmer, Annette/ Paul, Franziska, 2018: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sozialwirtschaft. In: Grunwald, Klaus/ Langer, Andreas (Hrsg.), *Sozialwirtschaft*. Baden-Baden, S. 103–118. 

Die Coronakrise als Stresstest für die Zivilgesellschaft

David Kuhn und Dr. Birthe Tahmaz, ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) gGmbH
im Stifterverband, Berlin

Tutzing, 4. Juni 2022

1. Einleitung

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wurde in der Corona-Krise auf eine Bewährungsprobe gestellt. Zugleich kann er ein Schlüssel für die erfolgreiche Bewältigung der Krise sein. ZiviZ im Stifterverband befragte von April 2020 bis September 2021 in einem Panel zivilgesellschaftliche Organisationen zu ihrer Situation während der Corona-Pandemie. Zielgruppe des Projekts waren Führungskräfte aus Infrastruktureinrichtungen, Landes- und Bundesverbänden sowie gemeinnützigen Organisationen. Folgende Fragen standen während des Projekts im Mittelpunkt:

- Welchen Schaden verursacht die sogenannte Coronakrise in der Zivilgesellschaft?
- Wie trägt die Zivilgesellschaft zur Krisenbewältigung bei?
- Wie verändern sich krisenbedingt Formen der Zusammenarbeit im Engagement?
- Welche Potenziale digitaler Techniken werden mit welchem Nutzen vermehrt genutzt?

Im Laufe des Projektzeitraums wurden *sechs Erhebungen* durchgeführt:

- April 2020: leitfadengestützte Experteninterviews unter 45 Stakeholdern
- August 2020: quantitative Stakeholderbefragung (60 realisierte Fragebögen)
- November 2020: quantitative Befragung unter Stakeholdern sowie lokalen Organisationen (685 realisierte Fragebögen)
- März 2021: quantitative Befragung unter Stakeholdern sowie lokalen Organisationen (2739 realisierte Fragebögen)

- Juni 2021: quantitative Befragung unter Stakeholdern sowie lokalen Organisationen (1603 realisierte Fragebögen)

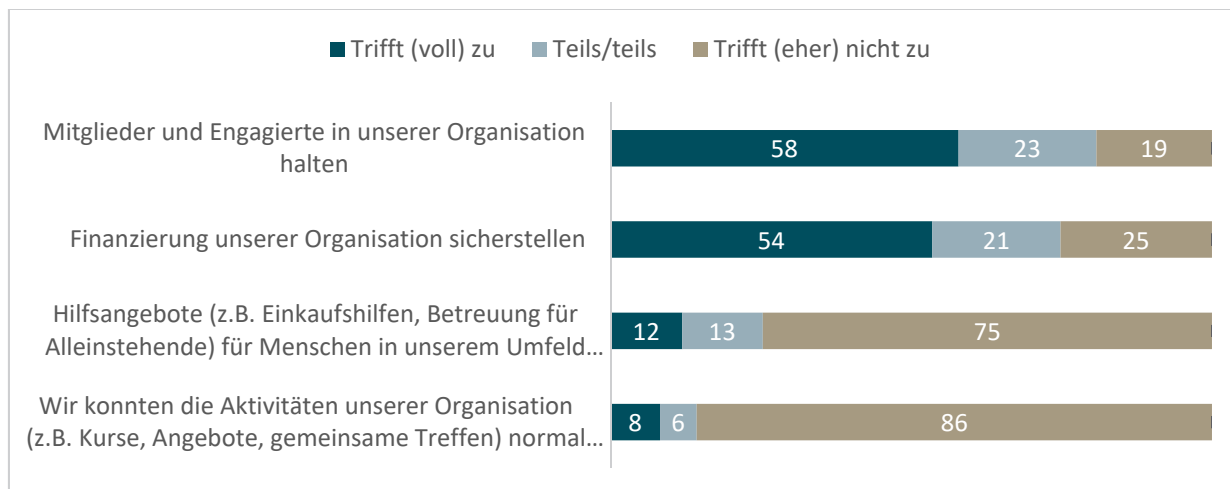
- September 2021: quantitative Befragung unter Stakeholdern sowie lokalen Organisationen (1195 realisierte Fragebögen)

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage, inwiefern die organisierte Zivilgesellschaft die außerordentliche Belastungssituation durch den pandemiebedingten Ausfall staatlicher Leistungen und die politischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung meistern konnte. Vier Indikatoren können zu dieser Frage einen Annäherungswert geben: (1.) die bedarfsbezogene Flexibilität, (2.) die technische Anpassungsfähigkeit, (3.) die Mobilisierungskompetenz und (4.) die kapazitiven Ressourcen der Führungskräfte. Diese Indikatoren sollen im Folgenden ausführlicher erläutert und die erarbeiteten Ergebnisse dargelegt werden.

2.1 Bedarfsbezogene Flexibilität

Unter dem Indikator bedarfsbezogene Flexibilität subsumieren sich vor allem vier Leitfragen. Im Rahmen der Erhebung im März 2021 fragte ZiviZ die Organisationen des Panels, welche Tätigkeiten während des zweiten Lockdowns im Mittelpunkt standen. Aus den Antworten wurde deutlich, dass sich die Mehrheit der befragten Organisationen in einer Art Krisenmodus befand. So konnten nur acht Prozent der befragten Organisationen ihre Aktivitäten normal fortführen. Drei Viertel der Organisationen sahen zudem den Mittelpunkt ihrer Tätigkeiten nicht in der Bereitstellung von Hilfsangeboten für Menschen im näheren Umfeld. Ihr Hauptaugenmerk war viel mehr auf die Erhaltung der eigenen Organisation gerichtet. Hierbei konzentrierten sich die befragten Organisationen vor allem auf das Halten ihrer Mitglieder und Engagierten sowie auf das Sicherstellen ihrer Finanzierung (siehe *Abbildung 1*).

Abbildung 1: »Welche Tätigkeiten standen in Ihrer Organisation während des zweiten Lockdowns im Mittelpunkt?« (März 2021; Zahlen in Prozent)



Es fanden jedoch auch situationsbedingte Anpassungen des gemeinnützigen Angebots statt. Dies belegen die Daten der Erhebung im November 2020. Vor allem Akteure, die im Sport- und Bildungsbereich tätig sind, berichteten von einer quantitativen Ausweitung ihrer Angebote. Gleiches traf auf die inhaltliche Anpassung bisheriger Angebote von Organisationen zu. Zusätzlich zu den Organisationen des Sports und der Bildung waren hier auch Akteure der Sozial- und Gesundheitsdienste sehr aktiv. Organisationen im Bereich Kultur und Medien konnten hingegen seltener ihre inhaltlichen Angebote pandemiebedingt anpassen.

2.2 Technische Anpassungsfähigkeit

Zur Durchführung von digitalen Angeboten inmitten der Coronakrise musste die organisierte Zivilgesellschaft ihr technisches Know-how erweitern und sich mit der nötigen Hardware ausstatten. Im Rahmen der Erhebung im November 2020 fragte ZiviZ die Organisationen des Panels nach ihren Herausforderungen bezüglich des digitalen Wandels. Für 62 Prozent der befragten Organisationen war beispielsweise die Unterstützung von Engagierten und Mitgliedern, sich digitales Know-how anzueignen, eine relevante Herausforderung. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass der überwiegende Teil gemeinnütziger Organisationen in Deutschland ohne bezahlte Beschäftigte arbeitet (72 Prozent) (vgl. Priemer et al. 2017). Sie sind folglich besonders auf die Mitarbeit ihrer Mitglieder und Engagierten angewiesen, die für die Fortführung ihres Engagements zunehmend auf digitale Fähigkeiten angewiesen waren und sind.

Fast jede zweite Organisation sprach zudem von Herausforderungen bei der Bereitstellung von Überblickswissen zu digitalen Anwendungen wie Cloud- oder Chatprogrammen. Auch die Anschaffung bedarfsgerechter Hardwareausstattung wurde von 45 Prozent der befragten Organisationen als Herausforderung wahrgenommen. Letzteres spiegelt sich auch in den Mehrausgaben für Digitalisierungsprozesse wider, die ebenfalls in der Erhebung im November 2020 erfragt wurden. Hier sprachen 43 Prozent der befragten Organisationen von Mehrkosten durch notwendige Maßnahmen zur Digitalisierung von Arbeitsabläufen. Diese standen jedoch teils erheblichen Einnahmeausfällen gegenüber (vgl. Hoff et al. 2020). Für die erfolgreiche digitale Umstellung mussten gemeinnützige Organisationen demnach nicht nur Mitglieder und Engagierte aktiv einbinden und fördern, sondern zusätzlich den Spagat zwischen notwendigen Investitionen und finanzieller Machbarkeit meistern.

Die Sicherstellung des Datenschutzes und die Bedeutung der Netzwerkabdeckung waren nur für 23 bzw. 24 Prozent der befragten Organisationen eine Kernherausforderung. Netzwerkabdeckung als Kernherausforderung wird jedoch je nach Siedlungsstrukturen sehr unterschiedlich bewertet. So wird mit Blick auf die lokale Verortung der befragten Organisationen deutlich, dass 46 Prozent der gemeinnützigen Organisationen in Dörfern und Gemeinden auf eine bessere Netzwerkabdeckung angewiesen sind. Die Umstellung auf digitale Formen der Zusammenarbeit führt folglich zu Ungleichheitsverhältnissen zwischen dem Engagement in städtischen und ländlichen Regionen.

2.3 Mobilisierungskompetenz

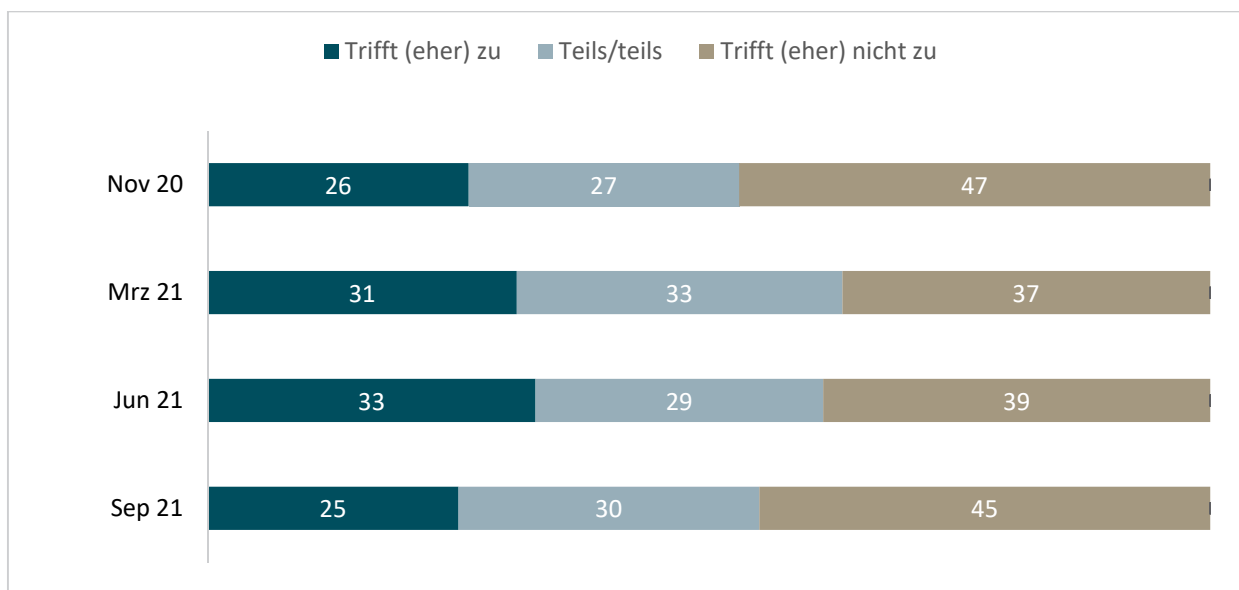
Als Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Bundesländer zur Eindämmung der Corona-Pandemie den sogenannten Lockdown erstmals im Frühjahr 2020 beschlossen, löste der Stillstand des öffentlichen Lebens und Rückzug ins Private eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft aus, wie die erste Studie des Projekts »Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert« von ZiviZ darlegte. ZiviZ hatte während des ersten Lockdowns eine Befragung unter 45 Führungskräften von Verbänden der organisierten Zivilgesellschaft durchgeführt (vgl. Krimmer et al. 2020). Gleichermassen sahen die Befragten häufig eine Parallele der damaligen Lage zu den Jahren 2015 und 2016, als vermehrt Geflüchtete aus dem Mittelmeerraum nach Deutschland kamen und auf schnelle Hilfe und Unterbringung angewiesen waren. So kam es auch im Frühjahr 2020 krisenbedingt zu einem explosionsartigen Anstieg von spontanem und informellem Engagement. Vielfach waren es bereits bestehende Vereine und Initiativen, die Impulse zur Hilfe gaben, zuvor Engagierte und neu dazu kommende vernetzten und koordinierten. Mehrheitlich beschrieben die Befragten, dass das Angebot an helfendem Engagement deutlich größer gewesen sei als die damals bestehende Nachfrage. Die Atmosphäre im Frühjahr 2020 stimmte zuversichtlich, dass diese hohe Engagementbereitschaft über die kommenden Monate hinaustragen werde und vielleicht

sogar weitere Menschen zu einem dauerhaften Engagement motivieren könnte.

Im August 2020 knüpfte ZiviZ mit einer Folgebefragung unter 60 Verbänden und Infrastruktureinrichtungen an. Sie wurden gefragt, ob das umfangreiche, spontane und helfende Engagement vom Beginn der Coronakrise anhalte. Nur etwa jeder Vierte bestätigte jedoch den Anfangstrend, 35 Prozent vermeldeten ein Nachlassen (vgl. Krimmer/ Tahmaz 2020). Da in den Sommermonaten die Inzidenzzahlen sanken und viele der gesundheitlich besonders gefährdeten Menschen mit Abstandsregeln und Maskengeboten ihren Alltag wieder besser eigenständig bestreiten konnten, alarmiert dieses Befragungsergebnis zunächst nicht.

Für eine präzisere Bewertung dieser Entwicklung erfasste ZiviZ ab November 2020 die beobachtete Engagementbereitschaft in der Gesellschaft. Konkret wurden die Organisationen des Panels gefragt, ob sie der Aussage zustimmen würden, dass es aktuell viele Engagierte gäbe, die sich für Betroffene der Coronakrise helfend engagierten. Hierbei zogen die befragten Organisationen eine durchwachsene Bilanz (siehe Abbildung 2). Im Durchschnitt aller Erhebungen konnten nur 29 Prozent der Organisationen dieser Aussage zustimmen. Für 42 Prozent traf diese Aussage hingegen (eher) nicht zu. Die Mobilisierung kurzfristigen Engagements scheint folglich zunehmend eine gesellschaftliche Herausforderung darzustellen.

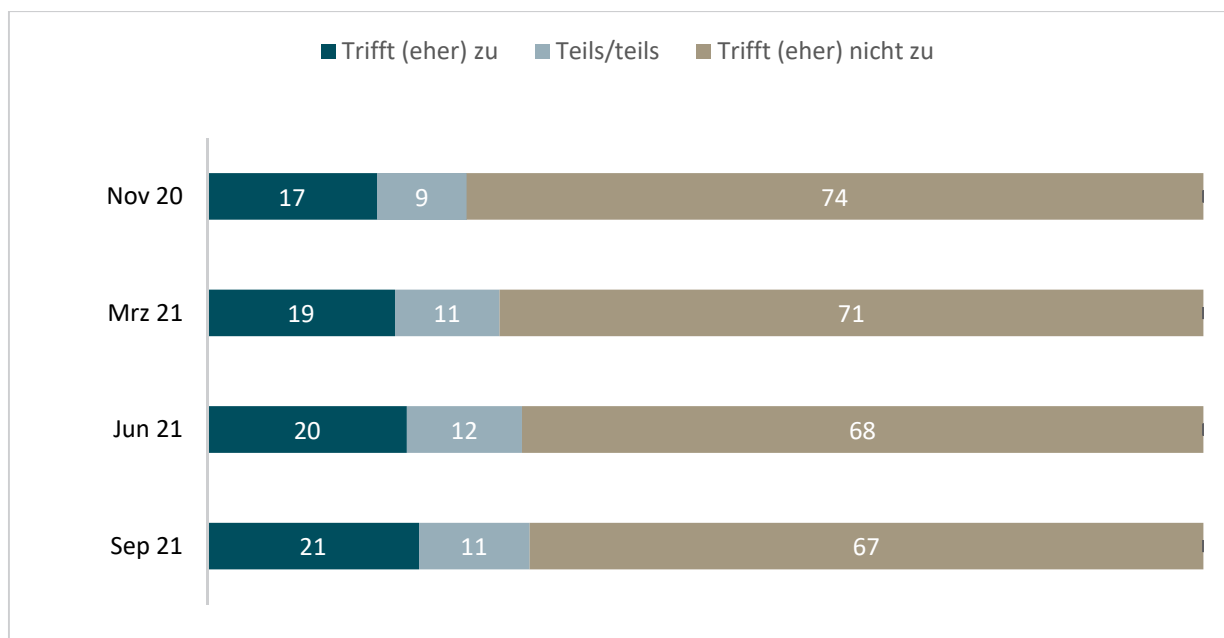
Abbildung 2: Wie bewerten Sie folgende Aussage: „Es gibt viele Engagierte, die sich für Betroffene der Coronakrise helfend engagieren.“ (Nov. 2020 – Sept. 2021; Zahlen in Prozent)



Nicht nur das Engagement einzelner Bürger:innen, sondern auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen gibt Aufschluss über die soziale Basis des zivilgesellschaftlichen Engagements während der Coronakrise. So fragte ZiviZ die Organisationen des Panels ab November 2020 zu ihren beobachteten Mitgliederaustritten (siehe Abbildung 3). Bereits im November 2020 sprachen 17 Prozent der Organisationen von Kündigungen von Mitgliedschaften. Dieser Wert ist seitdem kontinuierlich angestiegen und lag im

September 2021 bereits bei 21 Prozent. Auf den ersten Blick scheinen diese Werte gering. Bedenkt man jedoch, dass die mitgliedergetragenen Organisationen ihre Angebote im September 2021 wieder im vollen Umfang anbieten konnten, sind diese Werte alarmierend. Rechnet man die Zahl der Organisationen, die pandemiebedingte Kündigungen von Mitgliedschaften verzeichnen, auf die Gesamtzahl von ca. 600.000 Vereinen in Deutschland hoch, so wären über 120.000 Vereine in ganz Deutschland betroffen.

Abbildung 3: Wie bewerten Sie folgende Aussage: »Es kommt bedingt durch die Coronakrise zu Kündigungen von Mitgliedschaften.« (Nov. 2020 – Sept. 2021; Zahlen in Prozent)

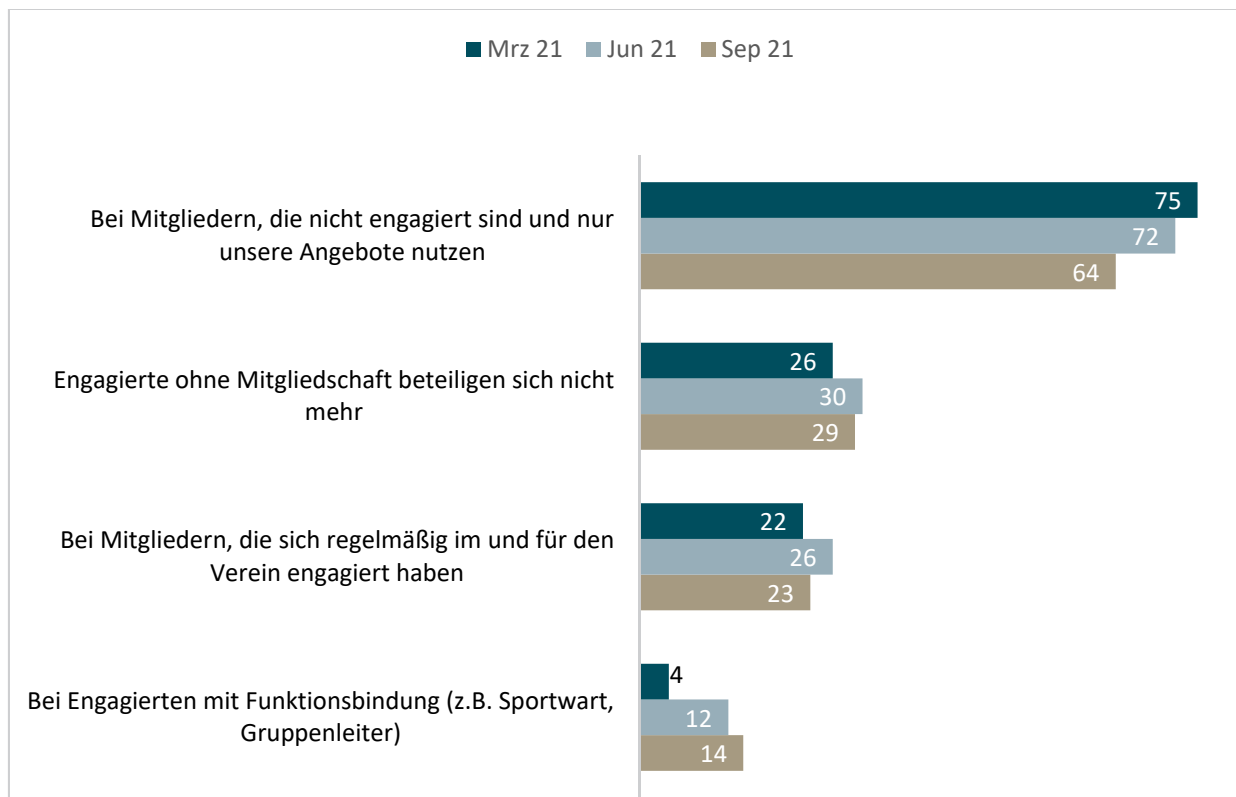


Die Bindung von Mitgliedern innerhalb der Organisation scheint ebenfalls zunehmend eine Herausforderung darzustellen. Die meisten Organisationen vermeldeten Kündigungen von Mitgliedern, die nicht engagiert waren und lediglich die Angebote der Organisationen genutzt hatten. In den Erhebungen im Jahr 2021 war der Anteil dieser Gruppe mit 75 Prozent (Märzbefragung), 72 Prozent (Junibefragung), und 64 Prozent (Septemberbefragung) mit Abstand der höchste (siehe Abbildung 4). Zusätzlich vermerkte im Jahr 2021 mehr als jede vierte befragte Organisation einen Verlust von Engagierten ohne Mitgliedschaft. Zwar verzeichneten manche Organisationen auch Mitgliedereintritte (Junibefragung: 19 Prozent, Septemberbefragung: 27 Prozent), jedoch sind Kündigungen von Mitgliedern, die sich aktiv in der Organisation engagiert oder eine (leitende) Funktion innehatten, besonders problematisch. So verzeichneten 22 Prozent (Märzbefragung

2012), 26 Prozent (Junibefragung 2021), und 23 Prozent (Septemberbefragung 2021) der befragten Organisation Austritte von aktiven Mitgliedern.

Seit Anfang des Jahres 2021 zeichnete sich zudem ein Trend von Kündigungen funktionstragender Engagierter ab, der besorgniserregend ist. So gaben im September 2021 14 Prozent aller bundesweit befragten Organisationen an, Personen mit verbindlichen Funktionen verloren zu haben. Personen mit Funktionsbindung sind für die Nachhaltigkeit einer Organisation substanziell. Sie sind verlässliche Engagierte, die über wichtige fachliche und die Organisation individuell betreffende Expertisen verfügen. Ziehen sich diese Personen vermehrt zurück, wird nicht nur die alltägliche Handlungsfähigkeit der Organisation gefährdet, sondern wichtiges Wissen für zukünftige Amtsträgerinnen und Amtsträger kann verloren gehen.

Abbildung 4: »In welcher Mitgliedergruppe kommt es aufgrund der Coronakrise besonders zu Kündigungen?« (Nov. 2020 – Sept. 2021; Zahlen in Prozent)



2.4 Kapazitive Ressourcen der Führungskräfte

Wesentlicher Kern wirksamen und erfolgreichen Engagements ist der Einsatz, den die ehren- und hauptamtlichen Führungskräfte leisten. Mit Beginn der Lockdowns inmitten der Corona-Pandemie waren Organisationen gezwungen, ihre bisherigen Organisationsstrukturen und -abläufe neu aufzustellen. So wurde in den Interviews während des ersten Lockdowns sogar vermeldet, dass Entscheidungen zunehmend von Hauptamtlichen ohne Abstimmung mit Ehrenamtlichen getroffen werden mussten (vgl. Krimmer et al. 2020). Die Folgebefragung im August 2020 bestätigte diese Beobachtung zwar nicht, jedoch gaben 38 Prozent der Befragten an, dass die Coronakrise zu einer Überforderung der ehrenamtlichen Führungskräfte geführt habe. Gründe hierfür können sowohl in der Verdichtung der notwendigen Aufgaben durch den Rückzug anderer Engagierter als auch in der Tragweite der zu treffenden Entscheidungen (beispielsweise die Umstellung auf digitale Arbeitsformate, finanzielle Entscheidungen zur Reduktion von Ausgaben) gesehen werden. So bestätigten 72 Prozent der Befragten auch im November 2020, dass die Coronakrise sehr hohe Anforderungen an die Führungskräfte stelle. Nur etwa jeder Zehnte widersprach dieser Aussage.

Welchen Anforderungen standen und stehen ehren- sowie hauptamtliche Führungskräfte gegenüber? Die deutliche Mehrheit muss sich um die Steuerung der organisationsinternen Abläufe kümmern. Acht von zehn der Befragten bestätigten diese Anforderung. Zweithäufigste Antwort mit 73 Prozent der Befragten ist das Anpassen des Angebotsportfolios an die Verhaltensregeln zur Eindämmung der Pandemie. Für weniger als 66 Prozent der Befragten ist zudem das Sicherstellen der Finanzen eine sehr fordernde Aufgabe. Mitgliederbetreuung und -gewinnung wurde von 57 Prozent bestätigt, für jeden Zweiten war außerdem das Anpassen des Themenportfolios an das sich verändernde Umfeld relevant.

Der Trend hinsichtlich der Kündigungen funktionstragender Engagierter kann somit auch auf die hohen Anforderungen an Führungskräfte zurückgeführt werden. Sind diese Anforderungen dauerhaft hoch, dann ist zu erwarten, dass Personen früher als ursprünglich geplant ihre Ämter niederlegen. Es wird zudem schwerer, Nachfolger für diese wichtigen und verantwortungsvollen Positionen zu finden, da die Anforderungen an diese Funktionen oft die zeitlichen und fachlichen Kapazitäten der ehrenamtlich Engagierten übersteigen. Die hieraus resultierende Schieflage der Aufgabenverteilung innerhalb der Organisationen

kann den Zusammenhalt zwischen Führungskräften und der Mitglieder- beziehungsweise Engagiertenbasis gefährden, was letztlich die Qualität des Engagements und seine Wirkungskraft beeinträchtigen kann.

3. Fazit

Die Corona-Pandemie und die politischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung lassen auch das zivilgesellschaftliche Engagement nicht unberührt. Um wirken zu können, sind mehrere Bedingungen notwendige Voraussetzung. Erstens ist eine gewisse Flexibilität hinsichtlich der kurzfristigen Bedarfe der Zielgruppe notwendig. Die ZiviZ-Daten zeigen, dass unter den befragten Organisationen jedoch ein innerorganisatorischer Fokus während der Lockdowns dominierte. Unter jenen, die flexibel auf die Bedarfe reagieren konnten, waren besonders häufig Sport- und Bildungsorganisationen vertreten. Zweitens mussten sich Organisationen technisch anpassen, um auch während der Lockdowns ihre Adressaten erreichen zu können. Zu Pandemiebeginn lag der Fokus der Mehrheit unter den befragten Organisationen auf dem Schaffen von notwendigem Anwendungswissen; datenschutzrechtliche Vorgaben waren für viele eher zweitrangig. Drittens ist eine gewisse Mobilisierungskompetenz notwendig, um mit ausreichend Engagierten die Angebote umsetzen zu können und auf spezifische Nöte eingehen zu können. Die Daten bestätigen ein bereits in früheren »Krisen« beobachtetes Phänomen: Krisen mobilisieren, jedoch nicht immer in gleicher Weise. Während der Lockdowns hat sich spontanes und kurzfristiges Engagement leicht aktivieren lassen, dauerhafte verlässliche Engagements waren jedoch deutlich schwieriger zu schaffen. Zudem rächten sich pandemiebedingte instabile Angebote in Form von sinkenden Mitgliederzahlen. Schließlich sind stabile kapazitive Ressourcen der Führungskräfte notwendig. Die andauernde Überlastung mit verwalterischen und steuernden Aufgaben schlug sich jedoch in der Ausdünnung der Personen nieder, die bisher Führungsaufgaben übernommen hatten.

4. Empfehlungen

Die Corona-Pandemie war und ist ein bisher einzigartiges Phänomen für unsere Gegenwart. Die Pandemie, insbesondere die politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, haben allerdings Problemlagen in der organisierten Zivilgesellschaft hervorgehoben, die bereits vor Ausbruch der Pandemie im Rahmen eines Strukturwandels der Zivilgesellschaft latent bestanden.

Die Pandemie und ihre Gegenmaßnahmen haben diese lediglich forciert. Anhand der vier Indikatoren, entlang denen dieser Beitrag die Auswirkungen auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen dargelegt hat, sollen auch vier Impulse gegeben werden, inwiefern Organisationen der Zivilgesellschaft diesen Strukturwandel und die Folgen der Pandemie besser meistern können.

1. Bedarfsbezogene Flexibilität: Zahlreiche Organisationen haben in der Krise improvisiert. Auf diese Weise konnten sie besser auf kurzfristige Bedarfe reagieren und zugleich ihre Organisation managen. Hieraus sind im Laufe der Zeit Prozesse entstanden, die wir als wichtiges Praxiswissen erkennen und nutzen sollten. Zumeist werden diese Erfahrungen jedoch in bisher üblichen Kreisen und Netzwerken geteilt. Diese strukturieren sich zumeist entlang der jeweiligen Engagementbereiche. Übergreifendes Transferwissen zu ermöglichen, wäre daher eine wichtige Möglichkeit, um wertvolles Praxiswissen mit anderen Organisationen und Engagierten zu teilen und weiterzuentwickeln.

2. Technische Anpassungsfähigkeit: Digitales Arbeiten war vor allem für junge Engagierte bereits vor Beginn der Pandemie selbstverständlicher Alltag. Die Mehrheit der Engagierten musste jedoch während des ersten Lockdowns sowohl lernen, ein papierloses Büro zu organisieren und zugleich wichtiges Anwendungswissen zu erlernen oder sogar an Mit-Engagierte zu vermitteln. Technische Kompetenz ist wichtig und muss vermittelt werden, bevor diese Fähigkeit dringlich ist. Insbesondere werden die Engagierten und Mitglieder der nächsten Generation digitale Infrastruktur als Selbstverständlichkeit in ihrem Privat- und Engagementleben erwarten und einfordern.

3. Mobilisierungskompetenz: Auch künftig werden emotional besonders bewegende Krisen und gesellschaftliche Herausforderungen Menschen für spontanes Engagement mobilisieren. Um diese auch für dauerhafte Engagements halten zu können, ist es wichtig, retrospektiv zu reflektieren, wann und warum spontan Engagierte sich wieder zurückzogen bzw. was sie für ein dauerhaftes Engagement überzeugte. Diese Analyse liefert wichtiges Orientierungswissen, um in der nächsten Krise nachhaltige Mobilisierung ermöglichen zu können.

4. Kapazitive Ressourcen der Führungskräfte: Verantwortung für einen Verein oder eine Stiftung zu übernehmen, verdient Respekt. Funktionen wie

diese erfordern besonderen Zeitaufwand und rechtliches Wissen. Immer weniger Menschen wollen und können sich diese Verpflichtung leisten. Darum sollten Führungsstrukturen breiter als bisher gedacht und verteilt werden. Hauptamtliche eines Verbandes können Aufgaben bisheriger Ortsvereinsvorsitzender gebündelt übernehmen. Infrastruktureinrichtungen können diese Entlastung ebenfalls anbieten und auf diese Weise sowohl eine fundamentale Entlastung der Engagementstrukturen als auch Raum für neue Ideen und mehr Engagements schaffen.

Literaturhinweise:

Hoff, Kai/ Kononykhina, Olga/ Krimmer, Holger/ Kuhn, David/ Tahmaz, Birthe, 2020: Weniger Handlungsspielräume trotz besonderer Leistung. ZiviZ im Stifterverband, Berlin.

Krimmer, Holger/ Bork, Magdalena/ Markowski, Lydia/ Gorke, Johanna, 2020: Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-

Krise. Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. ZiviZ im Stifterverband, Berlin

Krimmer, Holger/ Tahmaz, Birthe, 2020: Engagement-Barometer. Corona und freiwilliges Engagement in Deutschland: eine ›neue Normalität‹. ZiviZ im Stifterverband, Berlin.

Priemer, Jana/ Krimmer, Holger/ Labigne, Anaël, 2017: ZiviZ-Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ im Stifterverband, Berlin.



Bedrängte Zivilgesellschaft und ihre Reaktionen auf Angriffe von Rechts

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel, Kassel

Tutzing, 4. Juni 2022

Die Zivilgesellschaft gilt gemeinhin als Bollwerk der Demokratie. Sie verkörpert zentrale Werte des liberal-demokratischen Systems (u.a. Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Vielfalt), organisiert Teilhabe und fördert Engagement (Priller/ Zimmer 2000: 1; Keane/ Merkel 2015: 449). Trotz dieses umfassenden Demokratisierungspotenzials ist die Zivilgesellschaft nicht »per Definition gemeinwohlorientiert« (Grande 2018, 52). Sie bildet keinen homogenen und konfliktfreien Raum, sondern wird durch die Pluralität von Meinungen und Interessen geprägt (Schulte von Drach 2018). In diesem Sinne ist auch sie nicht vor antidemokratischen, rechtspopulistischen oder rechtsextremen Einstellungen oder Aktivitäten geschützt (Schroeder et al. 2020, 17). So existiert durchaus eine pfadabhängige Logik rechter Mobilisierungsversuche, die von verbalen Entgleisungen auf Stammtischen bis zur Gründung von Vereinen mit explizit antidemokratischer Grundausrichtung reichen. Dies macht ein »Blick in die ländlichen Räume – nicht nur Ostdeutschlands – deutlich. Kinderfeste und Aufmärsche, Kulturfeiern und Bürgersprechstunden werden hier von eindeutig rechtsextremen Organisationen für die breite Bevölkerung angeboten« (Heinrich 2012, 115; Röpke/ Speit 2019). Bereits in der Weimarer Republik wurden Teile der Zivilgesellschaft als »Trainingsplatz« für »unzivilisierte Ziele« genutzt (Reichardt 2001, 53, 61). So wurde die NSDAP Ende der 1920er und zu Beginn der 1930er Jahre häufig dort stark, wo sie Einstellungen und Aktivitäten der organisierten Zivilgesellschaft nutzen konnte. Diese Verbindungen in die dichten Netzwerke zivilgesellschaftlicher Organisationen, die das örtliche und gesellschaftliche Leben prägten, waren auch ein Beitrag zum Aufstieg der Nationalsozialisten als Massenbewegung. Dieser Rückblick macht deutlich, dass zivilgesellschaftliches Engagement weder grundsätzlich noch automatisch vor antidemokratischen, rechtspopulistischen oder gar rechtsextremen Einstellungen schützt. Galten die großen zivilgesellschaftlichen Organisationen – wie etwa die Gewerkschaften, Kirchen, Sportverbände und Wohlfahrtsverbände – lange Zeit als Integrationsmaschinen, die Men-

schen mit unterschiedlichsten Biographien unter einem Dach vereinen konnten, stehen sie aufgrund gewachsener Heterogenität seit einiger Zeit unter erheblichem Druck.

In diesem Beitrag geht es darum, die rechten Einflusschancen sowie die zivilgesellschaftlichen Reaktionen entlang von acht Subsystemen empirisch aufzuschlüsseln. Es lassen sich in der Kommunikation zwei gegensätzliche Einflusschancen für geplante rechte Zuspitzungen beobachten: Einerseits gibt es den Vorwurf, die etablierten Akteure der Zivilgesellschaft seien untätig und würden die »wahren Interessen« der Menschen nicht berücksichtigen. Andererseits kritisieren sie ebenso, wenn sich gekümmert wird, dass die eingenommenen Positionen gar nicht in die unmittelbare Kernzuständigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen gehörten und zu unterlassen seien. Die Politisierung von Konflikten soll in beiden Richtungen die Handlungsspielräume der Verbände begrenzen, wobei es im Kern entweder um das Unterlassen einer bestimmten Handlung (wie Demokratieengagement) oder die Forderung nach spezifischem Handeln (etwa mehr Einsatz für Deutsche) geht.

1. Referenzpunkte rechter Kritik

Ein solcher Bedeutungsverlust, wie er in der Einleitung skizziert wurde, der auch einem Entpolitisierungs-Szenario gleicht, ist keinesfalls zwangsläufig. Vielmehr können sich die Organisationen durch eine entsprechende strategische Aufstellung auch anders entwickeln. Es geht also um tragfähige und attraktive eigene Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Mit Blick auf rechte Einflussversuche geht es ferner darum, souveräne Umgangsformen zu erlernen. Hierbei kann auch der Staat unterstützen, etwa durch seine Maßnahmen und Programme zur Demokratieförderung. Mit einer solchen strategischen Orientierung in umkämpften Handlungsräumen sind vielfältige Konflikte verbunden (»contested space«) (Hummel 2020: 668).

In diesem Verständnis besteht nicht nur die Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr rechter Aktivitäten, sondern auch die Chance erweiterter

Handlungsräume für zivilgesellschaftlich-demokratiepolitisches Engagement. Deshalb ist die Frage zentral, wie resilient die organisierte Zivilgesellschaft gegenüber den Einflussversuchen von rechts ist. Sind zivilgesellschaftliche Akteure angesichts der »Bedrängung von rechts«, jenseits weiterer struktureller Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, eher (heraus)gefordert oder überfordert?

Das Postulat einer einseitig »guten« Zivilgesellschaft greift schon insofern zu kurz, als die Frage nach Spannungs- und Verbindungslinien zwischen rechten politischen Dynamiken und der organisierten Zivilgesellschaft zunehmende Bedeutung erlangt (Grande 2018, 52; Leggewie/Evers 2020; Geiges et al. 2015; Schroeder et al. 2020). Hintergrund sind zwei zentrale Entwicklungen: Erstens führen rechte politische Positionen kein Nischendasein, sondern sind in die Landtage, den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament eingezogen. Dort befördern sie die politische Polarisierung, indem sie die Grenzen des Sagbaren verschieben. Zweitens können die Phänomene aus der Perspektive der Parteien- und Wahlforschung nur bedingt erfasst werden. Es ist erkennbar, dass sich rechte Aktivitäten sowohl in den etablierten Strukturen realisieren als auch zu eigenen rechten Gründungen in den gesellschaftlichen Subsystemen führen können. In diesen Kontexten sind drei zentrale Referenzpunkte rechter Kritik erkennbar:

1. *Normative Basis.* Zentraler Bezugspunkt rechter Anfeindungen ist häufig die normative Grundlage des gesellschaftlichen Miteinanders, für die die organisierte Zivilgesellschaft entsteht. In diesem Sinne werden zivilgesellschaftliche Akteure als Vertreter der verfassungspolitischen Grundlagen von Toleranz und Vielfalt kritisiert. Dieser inklusiven Grundhaltung, die in jedem zivilgesellschaftlichen Subsystem unterschiedlich gelebt wird, stehen rechte Forderungen nach exklusiven Perspektiven und Lösungen im Sinne einer kulturellen Hegemonie der »Deutschen« entgegen.

2. *Politisches Mandat.* Einen weiteren Angriffspunkt für rechte Kräfte liefert das politische Engagement der organisierten Zivilgesellschaft gegen rechte politische Einstellungen. Nicht selten wird zivilgesellschaftlichen Akteuren unzureichende politische Neutralität vorgeworfen. Anstatt Politik zu machen, werden die Verbände aufgefordert, sich auf ihre jeweilige Kernaufgabe (z.B. gute Arbeit, Seelsorge, Sport) zu konzentrieren. Hinter dieser Kritik steckt häufig eine taktische Instrumentalisierung des Pluralismus, der im

eigentlichen Sinne einer antipluralistischen Logik folgt (Müller 2016; Decker 2018).

3. *Institutionelles Arrangement.* Rechte Aktivitäten adressieren insbesondere die Bereitschaft der großen »Tanker« der organisierten Zivilgesellschaft, staatliche Institutionen bei der Gemeinwohlproduktion zu unterstützen. In Anlehnung an die Korporatismusdebatte wird hier von korporatistischen Arrangements gesprochen, die ein zentraler Referenzpunkt rechter Kritik sind. Durch das Übertragen von staatlichen Aufgaben können zivilgesellschaftliche Akteure einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Basiskonsenses leisten. Gleichzeitig aber ermöglicht dies den Rechten, die Verbände auf der Grundlage ihrer institutionellen Einbindung als Teil des Establishments anzugreifen.

2. Akteure der (organisierten) Zivilgesellschaft

Der Begriff der Zivilgesellschaft impliziert empirische Phänomene und methodische Herangehensweisen wie auch normative Deutungen. Das normativ aufgeladene Verständnis der Zivilgesellschaft rekurriert auf die »moralische Infrastruktur moderner Gesellschaften« (Meyer 2018: 145). In dieser Lesart fördert die Zivilgesellschaft das kulturelle und demokratische Potenzial und stärkt die Integrationskraft der Gesellschaft (Schmidt 2021, 29). Aus der Verortung zwischen Staat, Markt und Familie ergibt sich ferner die Beschreibung der Zivilgesellschaft als intermediär-organisatorische Sphäre zwischen den anderen drei Sphären.

Der Begriff der organisierten Zivilgesellschaft impliziert, dass nicht Einzelpersonen im Zentrum stehen, sondern Organisationen (Vereine, Verbände, Bürger:inneninitiativen etc.). Diese beruhen – positiv bestimmt – auf den Prinzipien von unabhängiger Selbstorganisation, gewaltfreier Konfliktbereitschaft und interessenübergreifender Vertretung im Sinne des Gemeinwohls.

Zu den Gemeinsamkeiten der hier untersuchten intermediären Organisationen zählt die korporatistische Einbettung, die zu einer relativ stabilen Beziehung zwischen der organisierten Zivilgesellschaft (vor allem den im Zentrum dieser Studie stehenden Spitzenverbänden) und dem Staat führt. In diesem Sinne entlasten zivilgesellschaftliche Organisationen den Staat, etwa indem sie Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen. Die sich darin ausdrückende Gesellschaftsbedürftigkeit des Staates ist jedoch keine Einbahnstraße. Ihr steht eine Staatsbedürftigkeit

der organisierten Zivilgesellschaft als eines »ermöglichenden Staat[es]« bzw. einer »Gewährleistungsverantwortung« des Staates gegenüber. In den Themenbereich des folgenden Beitrags fallen insbesondere die staatlichen Mittelaufwendungen für Projekte, die sich für Toleranz, Vielfalt, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Rechtsextremismus einsetzen.

3. Erkenntnisinteresse

Inwieweit ist die organisierte Zivilgesellschaft in der Lage, rechte Mobilisierungs- und Durchdringungsversuche abzuwehren, zu sanktionieren und die dahinterstehenden Kräfte zu isolieren oder positiv zu integrieren, um den demokratischen Basiskonsens der Gesellschaft zu verteidigen (Grotz/ Schroeder 2021, 405ff.)? Auf Basis von quantitativen Verbandsbefragungen (Auswertung der Bundes- und Landesebene) sowie qualitativen Dokumentenanalysen und Interviews stehen drei erkenntnisleitende Fragenkomplexe im Mittelpunkt, die entlang der Subsysteme Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Freiwillige Feuerwehren, Fußball, dem Schützenwesen, Kulturvereinen und des Naturschutzes untersucht werden. Für alle diese Bereiche gilt, dass die Untersuchungsergebnisse auch entlang einer Differenzierung nach Ost- und Westverbänden sowie vor dem Hintergrund der parlamentarischen Stärke der AfD analysiert werden. Die so entwickelten Fragen zielen auf die Einschätzung der verbandlichen Akteure hinsichtlich der Wahrnehmung rechter Aktivitäten, der eigenen Betroffenheit, der selbstverantworteten Umgangsformen sowie bestehender Handlungsdefizite und Unterstützungsbedürfnisse. Aus diesem Erkenntnisinteresse ergeben sich die folgenden drei Fragenkomplexe:

1. *Wahrnehmung und Bewertung rechter politischer Aktivitäten.* Für wie gefährlich halten die befragten Verbands- und Vereinsakteure die rechten politischen Entwicklungen? Hat sich das Phänomen aus ihrer Sicht in den letzten Jahren verändert?

2. *Themen, Handlungsfelder und -formen rechter Aktivitäten.* Was sind zentrale Themen, die durch rechtspopulistische Akteure aufgegriffen werden? Wie werden diese Themen artikuliert? Worauf beziehen sich rechte Aktivitäten im Kontext der jeweiligen Organisation?

3. *Zivilgesellschaftliche Reaktionen.* Welche Reaktionen sind seitens der jeweiligen Organisationen im Umgang mit rechten Aktivitäten erkennbar?

Gibt es spezifische Muster von Gegenreaktionen oder handelt es sich vielmehr um ad-hoc-Reaktionen? Welche Schwierigkeiten und Unterstützungsnotwendigkeiten werden von den Verbänden beschrieben?

4. Wahrnehmung rechter Aktivitäten

Die im Rahmen unserer Studie interviewten Akteure der Zivilgesellschaft bringen zum Ausdruck, dass die von rechts ausgehende Gefahr in der organisierten Zivilgesellschaft grundsätzlich erkannt worden ist. Dies zeigen auch die Umfragedaten. So stuft der überwiegende Teil der Organisationen rechte Aktivitäten als »sehr gefährlich« (63 %) bzw. »gefährlich« (35 %) für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ein. Bei der Einschätzung als »sehr gefährlich« weichen das Schützenwesen (86 %) sowie die Gewerkschaften (78 %) nach oben und die Freiwillige Feuerwehr (25 %) nach unten ab. Auffällig ist, dass die Gefahr für die eigene Organisation durch rechte Aktivitäten als deutlich geringer wahrgenommen wird: Nur 23 Prozent der Landesverbände sehen dies als »sehr gefährlich« und weitere 50 Prozent als »gefährlich« an. Als »wenig gefährlich« werden rechte Aktivitäten immerhin von 27 Prozent der Landesverbände eingestuft. Auch hier sehen die Schützenverbände und Gewerkschaften eine größere Gefahr, während die Amtskirchen und der Bereich des Fußballs geringere Gefahren für die eigene Organisation erkennen. Die grundsätzlich vorhandene Sensibilität für die von rechten Aktivitäten ausgehende Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt führt also nicht automatisch dazu, dass auch die eigene Organisation im selben Maße als gefährdet wahrgenommen wird.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Betrachtung rechter Dynamiken im Zeitverlauf. Hierzu geben 92 Prozent der befragten Landesverbände an, dass die Gefahr für den Zusammenhalt in der Gesellschaft »(stark) zugenommen« habe; bezogen auf die eigene Organisation liegt dieser Anteil bei 65 Prozent. Eine organisationsbezogene starke Zunahme der Gefahr sehen dabei insbesondere die Gewerkschaften sowie die Wohlfahrts- und Schützenverbände. Dass nur im Fußball die Gefahr mehrheitlich als »unverändert« wahrgenommen wird, könnte mit den rechtsextremen und gewaltbereiten Strukturen erklärt werden, die dort bereits sehr lange bestehen.

Die unterschiedlichen Einschätzungen der Landesverbände lassen sich aber auch auf weitere kontextbezogene Faktoren zurückführen. Zum

einen nehmen Verbände rechte Aktivitäten in Bundesländern, in denen das AfD-Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017 unter dem Bundesdurchschnitt lag, seltener als Gefahr für die Demokratie und die Gesellschaft wahr. Signifikante Differenzen entlang der Ost-West-Achse lassen sich hingegen nicht erkennen. Zum anderen hängt die Gefährdungseinstufung der eigenen Organisation maßgeblich davon ab, inwieweit der Verband selbst in der Vergangenheit von rechten Aktivitäten betroffen war. Insgesamt zeigen die Landesverbände somit eine hohe, wenngleich nicht flächendeckende Sensibilität für rechte Anfeindungen.

5. Rechte Aktivitäten

Die Sensibilität für die negativen Auswirkungen durch rechte Aktivitäten besteht in allen untersuchten Subsystemen. Ein Teil dieser zivilgesellschaftlichen Organisationen ist unmittelbar von rechten Aktivitäten betroffen: Insgesamt geben zwei Drittel (66 %) der befragten Landesverbände an, in den letzten Jahren bereits konkret mit derartigen Vorfällen konfrontiert gewesen zu sein. Dabei zeigen sich erneut deutliche Unterschiede zwischen den Subsystemen. Während die Freiwilligen Feuerwehren (100 %), Amtskirchen (92 %) und Gewerkschaften (86 %) am häufigsten zur Zielscheibe rechter Aktivitäten werden, gibt nur eine Minderheit der Schützen- (43 %) und Kulturverbände (23 %) an, bereits mit rechten Anfeindungen in Berührung gekommen zu sein. Die Wohlfahrtsverbände (64 %) sowie die Subsysteme Fußball (66 %) und Naturschutz (56 %) nehmen hierbei eine mittlere Position ein. Darüber hinaus beschreiben insbesondere größere Organisationen überdurchschnittlich häufig, schon Erfahrungen mit rechten Anfeindungen gemacht zu haben. Für diesen Befund bieten sich zwei Erklärungen an: Einerseits sind größere Organisationen in ihrer Mitgliederstruktur heterogener, womit auch eine größere Wahrscheinlichkeit besteht, dass dort Menschen mit rechten Einstellungen organisiert sind. Andererseits ist mit einer stärkeren Reichweite und Öffentlichkeit für rechte Aktivitäten zu rechnen. Neben der Organisationsgröße zeigen die Ergebnisse auch, dass vor allem Subsysteme mit einem hohen Institutionalisierungsgrad der zivilgesellschaftlichen Akteure stärker betroffen sind. Denn dort treffen die korporatistische Einbindung der Verbände in staatliche Aktivitäten, das eigenständige politische Mandat und die normative Basis meistens in einer Konstellation zusammen, welche rechten Akteuren auf allen drei Ebenen virulente Anknüpfungspunkte für ihre eigene Vorgehensweise liefert.

Neben den Interventionen von außen sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen auch in den eigenen Reihen nicht vor rechten Einstellungen gefeit. Dabei zeigt sich ein gemeinsames Muster in allen Subsystemen: Die wenigsten rechten Einstellungen sind bei den hauptamtlichen Funktionär:innen vorhanden und die meisten in der passiven Mitgliedschaft. Geht man davon aus, dass die hauptamtlich Beschäftigten diejenige Gruppe ist, die mit dem Wertegerüst der Organisation am engsten verbunden ist, verwundern diese Erkenntnisse kaum. Gleichwohl fallen sie zwischen den Subsystemen sehr unterschiedlich aus.

Was lässt sich aber über die konkrete Form rechter Aktivitäten sagen? Grundsätzlich sind alle Subsysteme insbesondere von *niedrigschwelligen kommunikativen Aktivitäten* im Feld der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (wie rassistische, antisemitische und sexistische Äußerungen) sowie weniger häufig durch *Aktivitäten gegen das Wertegerüst* der Organisation (also beispielsweise gegen das politische Engagement der Organisation) betroffen. *Ressourcenintensive Formen* rechter Aktivitäten (materielle Einflussversuche über Spenden oder die Gründung konkurrierender Organisationen) sind dagegen eher die Ausnahme.

Entlang der unterschiedlichen Formen und der Häufigkeit der spezifischen Aktivitäten können drei Cluster gebildet werden. Das Cluster 1 bilden die Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Amtskirchen. Diese sind in allen Dimensionen am häufigsten von rechten Aktivitäten betroffen, wobei auch hier ressourcenintensive Formen sehr selten vorkommen (»jährlich oder seltener«). Hinsichtlich des Alltagsrassismus, -sexismus und -antisemitismus unterscheidet sich das Cluster 2 im Vergleich zum ersten Cluster in der Häufigkeit der Betroffenheit kaum. Zum Cluster 2 zählen die Bereiche Feuerwehr und Fußball. Deutlich seltener kommen dort aber rechte Aktivitäten vor, die sich gegen das Verbandsengagement oder die Werte der Organisation richten. Dieser Befund untermauert einmal mehr, dass die Verbindung von korporatistischem Arrangement und dem daraus abgeleiteten politischen Mandat bei den Subsystemen vor allem eine Einflugschneise im ersten Cluster darstellt. Das Cluster 3 besteht schließlich aus den Verbänden der Subsysteme Kultur, Naturschutz und Schützenwesen. In diesen drei Bereichen werden rechte Aktivitäten in allen Ausprägungen am seltensten wahrgenommen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, in welchen Kontexten rechte Aktivitäten vorkommen. Diese finden am häufigsten in informellen Gruppesprachen (»monatlich« oder öfter: 44 %) und in den sozialen Medien (»monatlich« oder öfter: 66 %) statt. 41 Prozent aller Landesverbände geben jedoch an, dass sie sogar »wöchentlich« oder »täglich« mit rechten Aktivitäten in Messenger-Diensten oder auf sozialen Plattformen konfrontiert werden.

Bezüglich der Frage, wie rechte Aktivitäten grundsätzlich einzuschätzen sind, zeigt sich folgende Tendenz: In der Dimension zwischen eher anlassbezogenen oder eher grundsätzlichen Aktivitäten sind kaum Unterschiede zwischen den Subsystemen zu erkennen. Alle Subsysteme tendieren eher zu anlassbezogenen Aktivitäten. Keine eindeutige Tendenz offenbart sich beim Fußball und Naturschutz in der Einschätzung der Aktivitäten zwischen organisationsintern und öffentlichkeitswirksam. Alle anderen Landesverbände ordnen die Aktivitäten als eher öffentlichkeitswirksam ein. In den Bereichen Kultur, Fußball und Naturschutz wird wahrgenommen, dass sich die Aktivitäten eher auf grundsätzliche rechte Themen beziehen als konkret auf die eigene Organisation. Dies sehen die Wohlfahrtsverbände anders. Hier zeigt sich also wiederholt, dass die institutionell korporatistisch strukturierten Bereiche eher einen Bezugspunkt für solche rechten Aktivitäten bieten, die sich direkt auf die Organisation und ihre Tätigkeit beziehen.

Insgesamt zeigt sich, dass alle zivilgesellschaftlichen Subsysteme zum Schauplatz rechter Aktivitäten geworden sind, jedoch kein einheitliches Betroffenheitsniveau vorliegt. Die am häufigsten anzutreffenden Formen der Intervention werden über soziale Medien vermittelt. So wird zwar von einer gefährlichen Herausforderung ausgegangen, die jedoch im Hinblick auf die eigene Organisation als begrenzt und territorial sowie subsystemspezifisch unterschiedlich wahrgenommen wird.

6. Umgang und Unterstützung

Die Frage nach dem angemessenen Umgang mit rechten Interventionen wird weiterhin kontrovers diskutiert. Ein Königsweg wurde bisher nicht gefunden. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Akteure sowohl strukturell – im Sinne langfristiger Konfliktlagen und Widersprüche – als auch situativ – aufgrund konkreter Anlässe – herausgefordert sind. Obendrein sind die Wirkungen der jeweiligen Aktivitäten schwer zu bewerten. Erschwerend mag dabei eine Rolle spie-

len, dass 60 Prozent der von uns untersuchten Landesverbände rechte Aktivitäten nicht dokumentieren. Nur bei den Schützenverbänden, dem Kulturbereich und im Fußball dokumentiert die Mehrheit der Verbände. Eine systematische Erfassung rechter Aktivitäten ist jedoch Voraussetzung für ein tiefergreifendes Verständnis der organisationseigenen Herausforderung von rechts. Sie bildet auch eine Grundlage, um einen angemessenen Umgang mit den Herausforderungen zu entwickeln, und ermöglicht Lernprozesse. Trotz fehlender Dokumentation reagieren die Verbände jedoch auf rechte Aktivitäten oder werden präventiv tätig. Nur 18 Prozent der Landesverbände geben an, nicht aktiv zu werden, insbesondere jene Verbände, die nach eigenen Angaben selbst nicht von rechten Aktivitäten betroffen sind.

Wir unterscheiden zwei grundlegende Umgangsoptionen: einerseits die *inhaltlich-kommunikative* und andererseits die *strukturell-organisational Dimension*. Insgesamt sind changierende Reaktionen der zivil-gesellschaftlichen Akteure auszumachen, wobei diese häufig in der inhaltlich-kommunikativen und seltener in der strukturell-organisationalen Dimension verortet werden können. Zugleich folgt der Umgang in ersterer häufiger einer konfrontativen als einer dialogorientierten Logik. Dies bedeutet, dass dort eher eine klare Abgrenzung gegenüber rechten Inhalten, Argumenten und Akteuren verfolgt wird. Das ist nicht verwunderlich, haben wir es doch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu tun, die sich aufgrund ihrer normativen Basis und ihres politischen Mandats in ihrer Werteorientierung diametral entgegengesetzt zu rechtspopulistischen Vorstellungen verorten.

Auch in der strukturell-organisationalen Dimension tendiert der Umgang leicht in die konfrontative Richtung. Hier setzen die Verbände aber auch auf den Dialog und die Auseinandersetzung mit Haupt- und Ehrenamtlichen sowie ihren Mitgliedern. Hierbei liegen die Probleme primär auf der Ebene der Ehrenamtlichen und Mitglieder. Der Ausschluss bleibt aber auch hier die Ultima Ratio und wird vor allem für klare rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten vorbehalten. Zugleich lässt sich aber erkennen, dass die Möglichkeiten für eine solche Reaktion ausgebaut werden. Davon zeugen Satzungsänderungen und vereinzelte Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

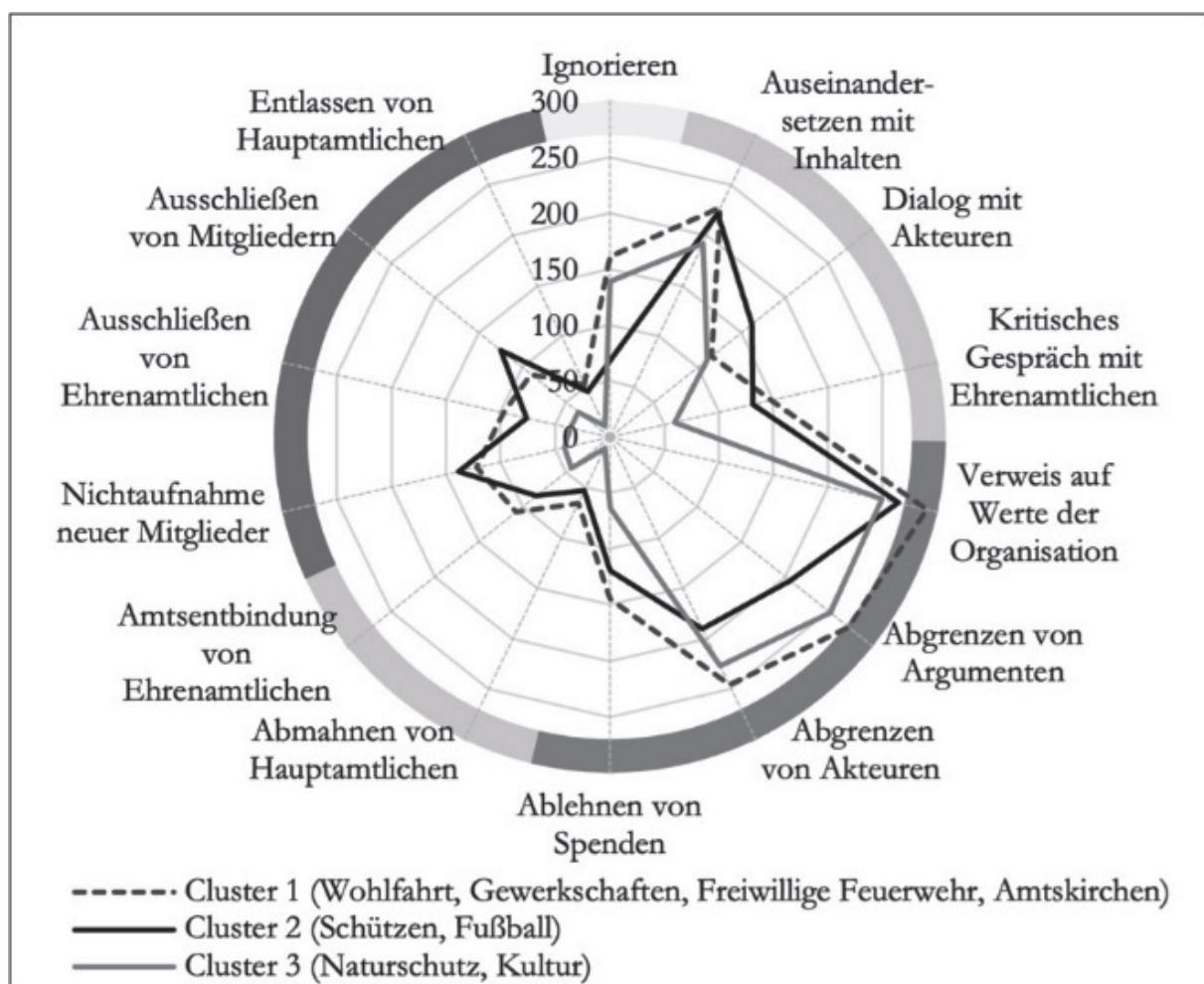
Auf Basis dieser Unterschiede lassen sich die acht Reaktionsprofile der untersuchten Verbände erneut in drei Cluster einteilen (vgl. *Abbildung 1*). Cluster 1 setzt sich aus den Wohlfahrtsverbän-

den, den Gewerkschaften, der Feuerwehr und den Amtskirchen zusammen. Es zeichnet sich durch einen klaren Wertebezug der jeweiligen Organisationen aus. Der Umgang mit rechten Aktivitäten ist folglich durch die stärkste Abgrenzung auf der inhaltlich-kommunikativen Ebene hervorgehoben, während gleichzeitig nicht auf jede Aktivität automatisch reagiert wird. Auf der strukturell-organisationalen Ebene ist ebenfalls ein konfliktives Vorgehen, im Sinne des Ausschließens über alle Ebenen der Organisation hinweg, zu beobachten. In diesem Punkt besteht der zentrale Unterschied zum Cluster 2, welches sich aus den Bereichen des Schützenwesens und des Fußballs zusammensetzt. In diesem Cluster lässt sich die Praxis des Ausschlusses zwar identifizieren, allerdings nur auf Mitgliederebene. Darüber hinaus kennzeichnet dieses Cluster die stärkste Dialogorientierung und eine schwächere Bedeutung hinsichtlich der Abgrenzung gegenüber konkreten

rechten Argumenten und Akteuren. Hier wird der inklusive Anspruch des Sportes deutlich.

Naturschutz und Kultur bilden demnach das dritte Cluster. Es zeichnet sich durch eine mittlere Position hinsichtlich des Wertebezugs und der Abgrenzung auf der inhaltlich-kommunikativen Ebene aus. Sehr viel deutlicher unterscheidet sich dieses Cluster jedoch in der strukturell-organisationalen Dimension von den anderen, weil hier Formen des Ausschlusses fast keine Rolle spielen. Im Naturschutz werden die Reaktionen als eher organisationsintern (statt öffentlichkeitswirksam), eher anlassbezogen (als grundsätzlich), eher spontan (als geplant) und eher reaktiv (als präventiv) eingeschätzt. In den anderen Subsystemen fällt diese Einschätzung immer in die andere Richtung (wenngleich unterschiedlich stark) aus.

Abbildung 1: Clusterbildung Reaktionsprofile (Landesverbände)



Quelle: Eigene Erhebung

Grundsätzlich sind mitgliederorientierte Organisationen intern herausgefordert, das *Spannungsverhältnis zwischen Mitglieder- und Einflusslogik* auszutarieren. Denn es besteht nicht nur die Gefahr von Mitgliederverlusten, wenn sowohl inhaltlich-kommunikativ als auch strukturell-organisational klar Stellung bezogen wird. Verbände fürchten auch, dass öffentlich gewordene rechte Aktivitäten ihr Image und ihre Glaubwürdigkeit beschädigen. Gleichzeitig kann auch der äußere Druck durch rechte Akteure zunehmen. Umso wichtiger wird in solchen Fällen die Unterstützung durch weitere Organisationen im Subsystem. Insgesamt gaben 64 Prozent der befragten Landesverbände an, dass sie Unterstützung im Umgang mit rechten Aktivitäten erhalten. Wenn eine Unterstützung erfolgt, dann vor allem in den Bereichen Informationen und gemeinsame Stellungnahmen (98% bzw. 92%), und dies eher langfristig. Kostenintensivere Unterstützungsformen (Personal und finanzielle Ressourcen) finden sich seltener (38% bzw. 42%) und, wenn ja, eher kurzfristig. 36 Prozent der Landesverbände formulieren keinen weiteren Bedarf an Unterstützung.

Insgesamt zeigt sich, dass die Umgangsformen und -intensitäten zwischen den Subsystemen divergieren. Die Zuordnung der untersuchten Verbände zu den drei von uns identifizierten Clustern weist dabei einige Überschneidungen

mit den Clustern der Betroffenheit durch konkrete rechte Aktivitäten auf. Dabei greift es allerdings zu kurz, einen verstärkten Umgang mit rechten Aktivitäten allein auf eine größere Betroffenheit von diesen zurückzuführen. Vielmehr zeigen sich hier systematische Unterschiede bezogen auf die drei zentralen Referenzpunkte – das institutionelle Arrangement, das politische Mandat und die normative Basis.

7. Systematisierung der inhaltlichen Kritik

Die rechten Interventionen bewegen sich inhaltlich im Kontext nationalistischer und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Resonanz und Wirkmächtigkeit derartiger Einflussnahmen hängen stark davon ab, wie diese Themen zu den jeweiligen Zeitpunkten gesellschaftlich umkämpft und umstritten sind. Zudem kann rechte Politik auch die politisch-normative Verfasstheit einer Organisation und die damit einhergehenden Widersprüche im Alltagsleben zum Gegenstand ihrer Kritik machen. Für die untersuchten Subsysteme lässt sich im Sinne unserer eingangs eingeführten drei zentralen Referenzpunkte – der normativen Basis, des politischen Mandats und des institutionellen Arrangements – eine differenzierte Situation für die Welten der organisierten Zivilgesellschaft ausmachen.

Tabelle 1: Systematisierung rechter Aktivitäten und zivilgesellschaftlichen Umgangs

	Inhalte und Ziele der rechten Aktivitäten	Umgang der Zivilgesellschaft
Gewerkschaften	• Lohndruck als Ergebnis der Flüchtlingspolitik • Betriebs- und Tarifpolitik Aufgabe von Betriebsrat und Gewerkschaften, nicht Gesellschaftspolitik	• Hervorheben antirassistischer DNA • Parteipolitische Neutralität, aber politisches Engagement
Kirchen	• Vorwurf: Verrat christlicher / abendländischer Werte • Forderung: konservatives bis nationales Gesellschafts- und Familienbild revitalisieren • Kritik an Kirchenasyl, angeblicher Unterwerfung gegenüber dem Islam • Rechte Initiativen (ChrAfD etc.) • Mitwirkung/Engagement rechter Akteure in Gremien, öffentlichen Arenen der Kirchen	• Verteidigung des Wertekanons auf Grundlage der moralischen Überzeugungen des Christentums • Verteidigung der institutionellen Einbettung
Wohlfahrtsverbände	• Nationalistisches Verständnis sozialer Arbeit; Forderung: exklusive soziale Arbeit für Deutsche • Vorwurf: Bereicherung durch »Asylindustrie«	• Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession
Freiwillige Feuerwehr	• Männerbündische Kameradschaft • Kritik an demokratiepolitischem Verhalten der Verbandsspitze	• Vermittlung demokratischer Grundwerte
Fußball	• Forderung: Nation/Mannschaft/Männlichkeitsideal, Tradition, Tugend und Tapferkeit stärken • Unterstützung rechtspopulistischer/rechtsextremer Fankulturen • Vorwurf: Missbrauch des Sportkorporatismus für Multikulturalismus	• Institutionalisierte Präventionsarbeit: Fairplay und Toleranz nicht nur auf dem Spielfeld • Sportverbände unterstützen den demokratischen Basiskonsens
Schützenwesen	• Schützenwesen als deutsches Kulturgut • Exklusives Verständnis von Tradition und Brauchtum • Gegen Verschärfung des Waffenrechts	• Ablehnung offener Beziehungen zu rechten Parteien/Gruppen • Präventionsarbeit durch Kampagnen/Projekte gegen rechts
Kultur	• Vorwurf: Vernachlässigung deutscher Kultur u.a. durch Ideologisierung und Moralisierung von Diskursen • Exklusives Kulturverständnis: Heimat und Nation	• Normative Abgrenzung und Angebot zum Dialog • Verteidigung der Kunst- und Kulturfreiheit
Naturschutz	• Naturschutz als Heimatschutz • Instrumentalisierung von Forderungen/Initiativen für rechte Deutungen	• Bedachter Umgang mit Sprachbildern, um Anschlussfähigkeit an rechte Denkmuster zu verhindern

Quelle: Eigene Darstellung

Die vorgelegte Analyse zeigt, dass die Subsysteme ähnlich strukturierte Einfallstore für rechte Aktivitäten bieten. In allen Arenen bestehen ähnlich ausgerichtete Konfigurationen wechselseitig aufeinander angewiesener Staat-Verbände-Beziehungen. Dabei bilden die korporatistisch strukturierten institutionellen Arrangements, die zwischen staatlichen und verbandlichen Akteuren in den jeweiligen Arenen existieren, eine grundlegende Gelegenheitsstruktur für rechte Kritik und Aktivitäten. Gleichwohl ist diese in den Subsystemen unterschiedlich stark ausgeprägt. Besonders stark ausgeprägt zeigt sie sich in den Subsystemen, die durch die Verfassung (Tarifautonomie/Gewerkschaften; Religion/Kirchen) oder qua Gesetz (Wohlfahrtsverbände) mit öffentlichen Aufgaben betraut worden sind. In den meisten anderen Subsystemen ist die korporatistische Einbindung deutlich weniger stark.

Dem politischen Mandat jedoch kommt für den konkreten Bezug rechter Aktivitäten im korporatistischen Arrangement eine besondere Bedeutung zu. Inhaltlich setzen die rechten Interventionen an der spezifischen Position an, welche die untersuchten Bereiche für den demokratischen Basiskonsens einnehmen.

Die Kritikebene des institutionellen Arrangements wird dabei insbesondere aus der populistischen Logik des »Unten gegen Oben« bedient. In diesem Sinne werden die organisierten Spitzenfunktionär:innen der zivilgesellschaftlichen Subsysteme aufgrund ihrer korporatistischen Beziehung zum politischen System als Teil des sogenannten Establishments stilisiert. Vorwürfe auf der Ebene der normativen Basis wiederum werden mit der populistischen Logik des »Innen gegen Außen« unterfüttert. Dem inklusiven Verständnis der organisierten Zivilgesellschaft stehen rechte Forderungen nach exklusiven Perspektiven und Lösungen entgegen. Mit Blick auf das politische Mandat verbinden sich beide Logiken: Das politische Mandat erfolgt einerseits im Rahmen des institutionellen Arrangements; andererseits speist sich die Motivation aber in vielen Fällen auch aus der eigenen Erfahrung (Erfahrung mit dem NS-Staat) und Wertebasis.

Literaturhinweise:

Decker, Frank, 2018: Was ist Rechtspopulismus? In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 59, Heft 2, S. 353–369.

Geiges, Lars/ Marg, Stine/ Walter, Franz, 2015: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld.

Grande, Edgar, 2018: Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 31, Heft 1–2, S. 52–60.

Grotz, Florian/ Schroeder, Wolfgang, 2021: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.

Heinrich, Gudrun, 2012: Die »Bewegungspartei« und ihre strategische Rolle innerhalb der rechtsextremen Zivilgesellschaft. In: Fraune, Cornelia/ Schubert, Klaus (Hrsg.), Grenzen der Zivilgesellschaft. Empirische Befunde und analytische Perspektiven. Münster, S. 115–131.

Hummel, Siri, 2020: Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 33, Heft 3, S. 649–670.

Keane, John/ Merkel, Wolfgang, 2015: Zivilgesellschaft. In: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.), Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden, S. 443–454.

Leggewie, Claus/ Evers, Adalbert, 2020: Braune Milieus breiten sich aus. Wie Rechte die Gesellschaft infiltrieren. In: Frankfurter Rundschau, 28.2.2020.

Meyer, Thomas, 2018: Migration, Religion und Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 31, Heft 1–2, S. 139–151.

Müller, Jan-Werner, 2016: Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin.

NABU Bundesverband, 2013: Ordnung zur verantwortungsbewussten Führung, Steuerung und Regelung der Arbeit des NABU. Berlin.

Priller, Eckhard/ Zimmer, Annette, 2000: Der Dritte Sektor in Deutschland – seine Perspektiven im neuen Millennium. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Bd. 10. Münster: Universität Münster.

Reichardt, Sven, 2001: Zivilgesellschaft und Gewalt. Einige konzeptionelle Überlegungen aus historischer Sicht. In: Kocka, Jürgen/ Nolte, Paul/ Randeria, Shalini/ Reichardt, Sven (Hrsg.), Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel. WZB Discussion Paper P01-801. Berlin, S. 45–80.

Röpke, Andrea/ Speit, Andreas, 2019: Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. 2. Aufl. Berlin.

Schmidt, Manfred G., 2021: Geschichte der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Grande, Brigitte/ Grande, Edgar/ Hahn, Udo (Hrsg.), Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld, S. 21–33.

Schroeder, Wolfgang/ Greef, Samuel/ Ten Elsen, Jennifer/ Heller, Lukas/ Inkinen, Saara, 2022: Einfallstor für rechts. Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Frankfurt a.M.

Schulte von Drach, Markus C., 2018: Warum auch rechte Bewegungen zur Zivilgesellschaft gehören. In: Süddeutsche Zeitung, 17.8.2018. 

Wie politisch soll die Zivilgesellschaft sein?

Dr. Axel Salheiser, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena

Tutzing, 4. Juni 2022

Wie politisch ist die Zivilgesellschaft, wie politisch sollte die Zivilgesellschaft sein und weshalb sollte die Zivilgesellschaft politisch sein? Wenn wir »die Zivilgesellschaft« als die Summe aller Akteure jenseits von Staat und Markt definieren, müssen wir konstatieren, dass wir es in Wirklichkeit mit einer *Vielfalt von Zivilgesellschaften* zu tun haben, deren Bezug zum *Politischen* differenzierter Betrachtung bedarf. Wenn wir beispielsweise an die hunderttausende Vereine in Deutschland denken: Wie viele von ihnen haben ein politisches Selbstverständnis, wie viele ihrer Mitglieder sehen sich in ihrer Mitgliederrolle dezidiert als demokratische Akteur:innen mit aktivem Gestaltungsanspruch? Inwieweit schätzen Sie ihren eigenen Einfluss bei partizipativen Prozessen, auf politisches Handeln ein und sehen bei sich die Verantwortung dafür, politische Prozesse und Diskurse mitzugestalten? Oder bewegen sie sich irgendwo unbestimmt in der Diffusität des sogenannten »vorpolitischen Raums«, unter Umständen sogar mit der Auffassung, dass ihr Handlungsfeld ein sehr weites Verständnis von »Neutralität« bedinge?

Wenn wir von Zivilgesellschaft sprechen, haben wir oftmals aktive, engagierte Bürger:innen vor dem geistigen Auge, die auf lokaler und regionaler Ebene in ganz unterschiedlichen Organisationen, Initiativen und Projekten sich für das Gemeinwesen engagieren. Eine wichtige Frage ist allerdings, inwieweit sie dabei bewusst Leitbildern von demokratischen Standards folgen, diese reflektieren und inwieweit eine kritische Auseinandersetzung und ein Umgang mit menschenfeindlichen und antidemokratischen Positionierungen erfolgt. Es ist relevant, inwieweit bürgerschaftlich Engagierte in ihren jeweiligen Handlungskontexten eine Verantwortung erkennen, Tendenzen der Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratiegefährdung aktiv entgegenzutreten; und inwieweit sie Identifikations- und Partizipationsangebote angesichts der Herausforderungen und Problemlagen unserer demokratischen Kultur entwickeln.

Im weitesten Sinne geht es dabei um eine *Resilienz* der Zivilgesellschaft, der besondere Bedeu-

tung bei der Organisation demokratischer Lebenswelt, der Herstellung demokratischer Öffentlichkeit und der Herstellung von demokratischer Handlungsfähigkeit beigemessen werden muss, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert. Dann können die Fokussierung auf das gemeinsame Handlungsziel im jeweiligen Kontext des organisierten zivilgesellschaftlichen Engagements den Rahmen dafür bieten, Konflikte einzuhegen und diese dialogisch auszutragen. Die Voraussetzung dafür, dass Streit als etwas Produktives angenommen werden kann, ist allerdings, dass eine Einigung auf verbindliche Streitregeln, gegenseitige Anerkennung und Respekt für unterschiedliche Wertorientierungen und Einstellungen gelingen kann; und dass man nicht stumm bleibt, wenn eine klare Positionierung und Widerspruch gegen antidemokratische Tendenzen nötig sind.

Dies gilt besonders dann, wenn es um grundlegende Normen und Werte, aber auch um konkrete politische Projekte und die von progressiven, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vertretenen Ziele und Interessen geht, die von antidemokratischen Akteur:innen in besonderer Weise befehdet werden. Dann kann es keinen »Rückzug ins Unpolitische« geben, dann besteht die Notwendigkeit zur Positionierung und Verteidigung der Demokratie. Wenn radikal rechte Populist:innen, wie unlängst wieder die AfD-Politikerin Beatrix von Storch, fordern, einen »steuerfinanzierten Sumpf trocken legen zu wollen«, weil dieser antifaschistische und antirassistische Projekte betreibt, müssen die Alarmglocken läuten – und besonders problematisch im Hinblick auf unser Thema wird es, wenn gefordert wird, die unter Ideologie- und Extremismusverdacht gestellte Demokratiebildungslandschaft kaputtzusparen, um das Geld stattdessen dem Breitensport und der Heimat- und Kulturpflege zukommen zu lassen. Der Versuch, eine politische und vermeintlich unpolitische Zivilgesellschaft als Konkurrenten gegeneinander auszuspielen, ist durchscheidend.

Bereits 2019 war ein internes AfD-Strategiepapier in die Öffentlichkeit lanciert worden, in dem Überlegungen zu einer stärkeren Verankerung der Partei in der Zivilgesellschaft angestellt und die Normalisierung der eigenen Positionen durch verstärkte Mitgliedschaft und Mitarbeit in der

Vereinslandschaft diskutiert wurde. Man wolle und solle sich fokussieren auf ein »konservatives, bürgerliches Milieu« – wer denkt da nicht gleich an lokale Jagd- und Schützenvereine – auf den Sport und die Kultur, die sogenannte »Heimatspflege«, gemeinschaftsbezogenes bürgerschaftliches Engagement und karitative Arbeit. Ein Unterwanderungsprogramm, könnte man sagen. Eigentlich problematisch ist es jedoch, wenn die entsprechenden Einstellungsträger:innen und Sympathisant:innen, aber auch die Indifferenten und »Neutralen« längst in den Institutionen den Ton angeben bzw. die Mehrheit darstellen.

Nicht nur in verwinkelten Ecken der Online-Diskurse, sondern längst in breiten Teilen der Gesellschaft und im Alltag zeichnen sich gewisse Erfolge der antidemokratischen Rechten ab, z.B. bei der Verbreitung und dem Mainstreaming ihrer Ideologienhalte zu »Political Correctness«, »Cancel Culture« und »Gender-Ideologie«; aber auch der Rede von einer angeblichen »Hexenjagd auf alles Konservative und Patriotische«, ein angeblich übertriebener Kampf gegen rechts, die Nestbeschmutzung und Problemerkfindung und die angebliche moralische Gängelung durch eine übergriffige Obrigkeit, das Establishment und ihre Emissäre und Lakaien. Wie Bevölkerungsbefragungen zeigen, werden diese und weitere rechte Erzählungen in Teilen der Bevölkerung *angenommen* – auch von denen, die sich als »unpolitisch« verstehen, aber in zivilgesellschaftlichen Organisationen, z.B. des Breitensports, der Kultur oder der »Heimatspflege«, organisiert sind. Denn sie entsprechen eigenen Wahrnehmungen und Deutungen von nicht wenigen Menschen. Sie greifen diese Deutungsangebote auf, um Rassismuskritik oder emanzipatorische Bewegungen und den Einsatz für Menschenrechte, gegen die Abwertung und Diskriminierung von ethnischen, kulturellen oder sozialen Gruppen als irrelevant zu erklären, ins Lächerliche zu ziehen oder schlichtweg abzuwehren. Kritik an der ausufernden Nutzung des Begriffs »Mohr« im Tourismus- und Kulturkonzept einer Ostthüringer Kleinstadt? – Die sich daran stören, gelten rasch als linksradikale Fanatiker, Spinner, akademische Diskurslinke, die sich »von außen« bzw. »von oben« einmischen.

Hierbei handelt es sich um schwerwiegende, weil *in der Fläche* strukturell verfestigte Problemlagen. Vor dem Hintergrund der Verbreitung von Rassismus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, vor dem Hintergrund des Ausmaßes rechter, antisemitischer und rassistischer Straftaten sowie politisch motivierter Gewalt in unserem Land, angesichts der demokratie-

feindlichen Mobilisierungen seit Beginn der Corona-Pandemie und selbstverständlich vor dem Hintergrund der vorangegangenen Wahlergebnisse in einigen Regionen der Republik ist eine Erosion der *demokratischen Kultur* zu konstatieren. Diese hat auch mit dem Zustand der Zivilgesellschaft zu tun, die besonders in Ostdeutschland unter Druck ist und deren Akteur:innen – gerade solche in dezidiert demokratiefördernden und demokratiebildnerischen Kontexten und im Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – mit strukturellen Defiziten und Herausforderungen konfrontiert sind, die bisweilen übermächtig erscheinen. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die demokratische Kultur in einigen Regionen unseres Landes äußerst fragil ist. Die demoskopischen Befunde jedenfalls zeigen seit längerer Zeit: das Misstrauen und die Distanz zum politischen System nehmen zu. Unmut und Unzufriedenheit werden bisweilen drastischer und generalistischer artikuliert als noch vor wenigen Jahren.

Flächendeckend in Ostdeutschland und punktuell auch in Westdeutschland erfährt antidemokratische, rechtsradikale Politik nicht unerhebliche Unterstützung. Im Osten belegten dies bereits die Wahlergebnisse in den 1990er und 2000er Jahren und die Anzahl errungener Mandate rechtsradikaler und rechtsextremer Parteien (Republikaner, DVU und NPD) in vielen Kommunalparlamenten und Stadtteilvertretungen, gerade in den mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Städten wie Dresden. Daran knüpfte die AfD seit ihrer Gründung 2013 maßgeblich an. Sie zog 2014 in das EU-Parlament ein, danach in alle deutschen Landesparlamente und 2017 erstmals in den Bundestag – mit großem Erfolg vor allem in Ostdeutschland. Dass die AfD bei der Bundestagswahl 2021 insgesamt keinen Stimmenzuwachs verbuchen konnte, sondern leichte Verluste hinnehmen musste, ist in erster Linie ihrem schlechten Abschneiden in den westdeutschen Bundesländern geschuldet. Im Osten hingegen konnte sie sich stabilisieren und teilweise noch einmal Stimmen hinzugewinnen. In Thüringen erhielt sie 24 Prozent der Zweitstimmen und Direktmandate in 4 von 8 Wahlkreisen. In Sachsen entschied sie sogar 10 der 16 Wahlkreise für sich.

Was aber macht den Erfolg des Rechtspopulismus im Osten aus? Seit ihrer Gründung als eine ethnozentrische »Ein-Themen-Partei« mit Anti-EU-Argumentation hat sich die Partei inhaltlich rasch weiterentwickelt. Zu fast jeder politischen Position, die sie in ihrer national-autoritären Deutung als Ausdruck »linksgrünen Zeitgeists« abwertet,

bietet die AfD den schroffen Gegenentwurf: Von A wie Asyl, über C wie Corona, G wie Gender und K wie Klima bis Z wie Zuwanderung. Dies ermöglicht der Partei, Protestpotenziale zu kanalisieren. Die Unzufriedenheit gegen Regierungshandeln und gesellschaftliche Entwicklungen sowie das Misstrauen gegenüber »etablierten« Parteien werden in eine Wahlentscheidung überführt: AfD aus Prinzip, als Ausdruck des allgemeinen »Widerstands gegen die Verhältnisse«. Gleichzeitig wird jede Kritik mit dem Argument zurückgewiesen, dass man ein demokratisches Recht auf Opposition und freie Meinungsäußerung habe.

Die AfD verkörpert die politische Kraft, mit der nicht wenige Wähler:innen ihre Ablehnung gegen die demokratische Praxis am wirksamsten zu artikulieren glauben. Der Frust auf »Die da oben« ist groß und das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Politik schwindet kontinuierlich. Die sozialstaatsnativistische Argumentation, nach der Solidarität zuerst bzw. exklusiv mit der national und ethnokulturell definierten Eigengruppe praktiziert werden sollte, fällt bei allen jenen auf fruchtbaren Boden, die sich selbst als die »Abgehängten«, die »Zukurzgekommenen« sehen. Die Diskreditierung der vermeintlich gegen das eigene »Volk« und den »gesunden Menschenverstand« gerichteten Politik hat die AfD in der Asyl- und Migrationsfrage – gerade in Ostdeutschland – groß werden lassen. Wie die Einstellungsforschung seit Jahren zeigt, stimmt dort bis die Hälfte der Bevölkerung rassistischen, migrationsfeindlichen Aussagen zu und die Ablehnung der Zuwanderungs- und Asylpolitik der Regierung ist bei Weitem keine Minderheitenposition. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass rassistische Ressentiments und eine abstammungsfixierte Volksidee in Ostdeutschland bis heute viel stärker konserviert wurden als in Westdeutschland. Auch dies hat der AfD den Weg zur zweitstärksten, in manchen Regionen sogar zur stärksten Partei geebnet. So wird die AfD sehr häufig nicht aus »bloßem Protest« und *trotz* ihrer, sondern *wegen* ihrer inhaltlichen Positionen gewählt. Bei einem Teil der Wähler:innen konnte sich die Partei, als »bürgerliche« und »einzig wahre demokratische« Opposition darstellen.

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie hat die AfD versucht, das Thema populistisch zu instrumentalisieren. Ihre Darstellung der Pandemie-Bekämpfungsmaßnahmen bzw. der staatlichen Corona-Krisenpolitik als fehlgeleitet und schädlich reiht sich nahtlos in ihre generalistische Kritik am Regierungshandeln und am politischen System der Bundesrepublik ein. Aus Befragungen

ist bekannt, dass AfD-Wähler:innen häufiger die Pandemie-Maßnahmen, die Hygiene-Auflagen und die Impfungen ablehnen. Sie hängen häufiger wissenschaftsskeptischen und verschwörungsideologischen Deutungen an – inklusive eines tiefen Misstrauens in die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über das Pandemiegeschehen. Eine Befragung des Instituts Forsa zeigte, dass 50 Prozent der Ungeimpften die AfD gewählt haben. Die Querdenker-Partei »Die Basis« wurde von weiteren 15 Prozent gewählt. Die AfD übernahm die Narrative der »Querdenker:innen« und »Impfgegner:innen« frühzeitig und repräsentiert diese Positionen nicht nur auf parlamentarischer Ebene.

Ob Asylpolitik oder Corona-Maßnahmen: Die AfD setzt auf verschwörungsideologische, antidemokratische Erzählungen. Diese sind weit verbreitet in der Szene der »Querdenker« und Impfgegner:innen, in der sich ein Schulterschluss mit »Reichsbürgern« und Neonazis längst vollzogen hat. Schon im Frühjahr 2020 waren derartige Tendenzen bei den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen erkennbar. Bei öffentlichen Demonstrationen und Kundgebungen wurde nicht nur Kritik, Unbehagen oder Unmut geäußert. In wütenden, polemischen Reden waren verschwörungsideologische und antisemitische Schlüsselbegriffe wie »Corona-Diktatur«, »Pandemie«, »Neue Weltordnung« und »Großer Austausch« zu hören. Zu beobachten waren u.a. schwarz-weiß-rote Fahnen, eindeutige neonazistische Symbole und Protagonist:innen aus der rechtsradikalen bis rechtsextremen Szene. Unter ihnen Akteur:innen aus dem Umfeld der AfD, der NPD, anderer neonazistischer Kleinstparteien und Bewegungen wie den »Reichsbürgern« oder den »Freien Sachsen«. Viele von ihnen taten sich bereits im Kontext der rassistischen Anti-Asyl-Agitation hervor. Bei den Protesten sind die Übergänge zur Inszenierung einer völkischen Erhebung fließend. Sie werden plastisch, wenn sich Rentner:innen oder Personen mit Kinderwagen von Neonazis und Hooligans den Weg durch die Polizeiabsperrungen bahnen lassen und dabei Beamte:innen oder Journalist:innen als »System-schergen« anfeinden und tätlich angreifen. Was alle Protestbeteiligten eint, ist das vertiefte Misstrauen in staatliche Institutionen, demokratische Akteur:innen und deren Politik.

Im Winter 2021/22 ist die Anzahl der wöchentlichen, meist unangemeldeten Demonstrationen, die von den Organisierenden und Beteiligten verharmlosend als »Spaziergänge« beworben wurden, so stark angestiegen, dass für Deutschland bisher keine flächendeckende Statistik existiert. Den Ankündigungen und Teilnahmeaufrufen in

den sozialen Medien zufolge könnten im Februar 2022 rund 3.000 unterschiedliche Protestaktionen pro Woche mit insgesamt mehreren 10.000 Teilnehmenden im gesamten Bundesgebiet stattgefunden haben.

Der »Widerstand gegen das System« inszeniert sich als »basisdemokratischer Protest«, als breite Volksbewegung, als Zivilgesellschaft. Gleichzeitig wird sich maßloser Vergleiche mit den Opfern der Shoa und des Nationalsozialismus bedient und versucht, sich in die Tradition der DDR-Bürgerrechtsbewegung zu stellen (»Wir sind das Volk«). Mehrfach wurden jene geschichtsrelativierenden Diktaturvergleiche und die in den Narrativen der Protestbewegung mitschwingenden *völkischen* Elemente von einigen demokratischen Politiker:innen heruntergespielt. Reflexartig wurde angemahnt, dass man die Demonstrationsteilnehmenden nicht pauschal als rechtsradikal abstempeln dürfe; man müsse ihre Ängste und Sorgen ernstnehmen. So trivial solche Aussagen sind, sie verhindern eine kritische Auseinandersetzung mit offenbaren Defiziten der politischen Kultur. Denn dass sich »besorgte Bürger« mit Rechtsextremen unterhaken und den Transport entsprechender Inhalte verstärken, wurde in Ostdeutschland über viele Jahre eingeübt. Die Corona-Proteste stellten nur einen weiteren Kulminationspunkt einer langfristigen Entwicklung dar.

Wenngleich sich im Kontext der Corona-Proteste nur eine Minderheit der Bevölkerung radikalisiert hat, war die gesamte Entwicklung des Protestgeschehens besorgniserregend. Die Angriffe auf Ordnungskräfte, auf Journalist:innen und auf medizinisches Personal, die Anfeindungen gegen Menschen aus Politik, Wissenschaft und kommunaler Verwaltung folgten auf eine bereits seit Jahren grassierende Welle von Hass und Hetze im Netz, die sich gegen Engagierte, gegen Migrant:innen, gegen Frauen, etc., richtete.

Die Desinformation und Hetze zur Corona-Pandemie fand vor allem in den sozialen Netzwerken statt – sie liefert die geistige Munition für einen »Aufstand der Empörten« in einer sich spaltenden Gesellschaft, in der nicht einmal mehr eine gemeinsame Faktenbasis besteht, sondern generalisiertes Misstrauen, Wissenschaftsskepsis und Faktenignoranz um sich greifen. Die gesellschaftliche Polarisierung und Stärkung derart »widerständiger«, für antidemokratische Mobilisierung anfälliger Milieus ist bereits tief in den Alltag vorgedrungen.

Die Proteste der vergangenen Jahre, erst gegen die Asylpolitik und nun gegen die Corona-Maßnahmen, offenbaren die grundsätzliche, große Distanz gegenüber demokratischen Prozessen und die Ablehnung staatlichen Handelns. Das Protestthema wird austauschbar, wenn »der Politik« unablässig eine grundlegend negative und »volksschädliche« Motivation unterstellt wird. Die kollektiv eingeübte Gegnerschaft zum demokratischen Herrschaftssystem – samt seiner Repräsentant:innen – ist damit auf andere Themen übertragbar und wird gesellschaftlichen Konflikten in naher Zukunft erhöhte Brisanz verleihen. Wer beispielsweise – gerade unter den veränderten Bedingungen des Ukrainekriegs und der dilemmatischen Situation steigender Energiepreise und Rohstoffengpässe – für das Projekt einer ökologisch-sozialen Transformation als Antwort auf den Klimawandel werben möchte, muss sich auf das erhöhte Misstrauen in Teilen der Bevölkerung und den wachsenden Widerstand derer einstellen, die bereits in antidemokratischen Protestmilieus (online und offline) organisiert sind oder daran Anschluss finden. Die Auseinandersetzung mit den tiefgreifenden Wandlungsprozessen muss in der Zivilgesellschaft stattfinden: Die Aktivierung zur inklusiven Partizipation unter Verteidigung eines Konsenses gegen jegliche Art der Demokratiefindlichkeit ist eine Herausforderung, die gestaltet werden muss, aber auch gestaltet werden kann.

Wir brauchen den inklusiven Diskurs über gesellschaftliche Wert- und Zielvorstellungen – bei gleichzeitiger kritischer und konsequenter Abgrenzung von antidemokratischen Inhalten, die sich in den Köpfen nicht nur einfach eingeschlichen haben, sondern die tradiert wurden und sich in den letzten Jahren (nicht nur mit dem Erstarken der AfD) nur offener gezeigt haben. Dies stellt eine große Herausforderung für zivilgesellschaftliche Akteur:innen dar, deren Selbstverständnisse und Ziele vielleicht nicht zuvörderst darin bestehen, die demokratische Resilienz der Bürger:innen zu stärken, ihre Partizipation an der Gestaltung des Gemeinwesens zu ermöglichen, sie zum demokratischen Diskurs zu befähigen und damit ihre politischen Selbstwirksamkeitserfahrungen bei der gemeinsamen Bearbeitung komplexer gesellschaftlicher Probleme zu erhöhen. Doch wir benötigen möglichst breite Schultern, brauchen diese Orientierungsleistung und eine wachsame, politisch aktive und resiliente demokratische Zivilgesellschaft in der Fläche unseres Landes, um den oben skizzierten, akuten Gefahren entgegenzutreten und sie in Zukunft zu bannen. 

Die »neue« Zivilgesellschaft – lokal, agil, kooperativ, lösungsorientiert

Sabine Süß, Leiterin der Koordinierungsstelle Netzwerk Stiftungen und Bildung, Berlin

Tutzing, 4. Juni 2022

Eine Gesellschaft ohne zivilgesellschaftliches Engagement ist eine Gesellschaft in Not. In den vergangenen Jahren der auf die Gesellschaft drückenden Krisen durch Kriege, Unterdrückung und Flucht, Klimakatastrophen und einer weltweiten Pandemie haben sich viele Mangelzustände in ihrer brutalen Unmittelbarkeit auch in europäischen Ländern gezeigt – wie der Lehrermangel und der Mangel an Gesundheitspersonal, der Mangel an Handwerkskräften und Industriebeschäftigten, der Energie- und Wassermangel –, die zu Spannungen führen. Die westliche demokratische Gesellschaft ist von Entwicklungen betroffen, die eine Bestandsaufnahme der handelnden Akteure fordert. Der demographische Wandel und der Klimawandel, die politische Verschiebung und die Beschleunigung des sozialen Auseinanderdriftens lassen die Fragen stellen, was hält uns zusammen und wer sorgt für den Zusammenhalt?

Die großen und globalen gesellschaftlichen Verschiebungen lassen sich nur politisch lösen. Die Problemlagen der einzelnen Menschen jedoch nur durch konkretes Handeln, das die politischen Rahmensetzungen als Klammer und im besten Fall als Unterstützung für das eigene Tun wahrnimmt. Der Raum für dieses Handeln ist der kommunale Raum, dort wo die Menschen leben, arbeiten, sich ihren Lebensraum schaffen und solidarisches Handeln seine unmittelbare Wirkung zeigt.

1. Die zwei Hälften der Zivilgesellschaft

Im Großen wie im Kleinen, in der Gesamtgesellschaft ebenso wie in der Nachbarschaft hat die Zivilgesellschaft unterschiedliche Erscheinungsformen. Bislang sind vor allem die stark organisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen in der allgemeinen Öffentlichkeit wahrnehmbar. Sie werden von der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft gehört und gesehen. Das hat gute Gründe, die darin liegen, dass sie einfach zugänglich sind, ihre Strukturen klar definiert sind und denen anderer Verbände oder bürokratischen Organisationen ähneln. Diese Organisationen sind

hierarchisch strukturiert und haben nicht selten eine kommerzielle Komponente.

Richtet man den Scheinwerfer auf die andere Hälfte der Zivilgesellschaft, dann trifft man vor allem im lokalen Raum auf eine eigene starke, gesellschaftlich einflussreiche Kraft, die der freier agierenden, nicht-hierarchisch organisierten Zivilgesellschaft. Sie setzt sich aus vielen einzelnen Akteursfacetten und Organisationsformen zu einer heterogenen Gruppe zusammen, die dezentral agiert und deshalb anderen Gesetzmäßigkeiten folgt als die etablierten Spieler der hochorganisierten Zivilgesellschaft. Dabei nehmen ihre Bedeutung und ihr Wert mit den wachsenden gesellschaftlichen Belastungen zu.

Der gemeinsame Nenner beider Hälften der Zivilgesellschaft ist die örtliche Verbundenheit. Die hierarchischen Strukturen in Großorganisationen diktieren Vorgaben, deren Umsetzung im kommunalen Raum nicht unbedingt zielsicher ist. Dieses Spannungsfeld von klaren Vorgaben und nötiger flexibler Handhabung vor Ort erlaubt es oftmals nicht, angemessen zu reagieren. Zudem sind diese Organisationen häufig in die kommunalen Leistungsstrukturen eingebunden und somit zusätzlich von Zwängen begleitet, die ihre Handlungen bestimmen.

Im Windschatten dieses Spannungsfeldes gibt es eine anders ausgeprägte, »neue« zivilgesellschaftliche Kraft, die gerade durch den Mangel einengender Struktur ihre Vorteile ausspielen kann. Die Akteure dieser Seite der Zivilgesellschaft haben einen unmittelbaren Blick auf akute Probleme und den tatsächlichen Hilfsbedarf vor Ort. Ihre Bedarfsorientiertheit ist oftmals gepaart mit persönlicher Motivation der Engagierten. Lokale Vereine, Initiativen, Stiftungen – seien es Bürgerstiftungen oder durch Personen gegründete –, stellen das Gemeinwohl bewusst in das Zentrum ihres Handelns. Sie setzen sich ihre Agenda selbst. Sie engagieren sich in Handlungsfeldern wie Bildung, mit breitgefächertem Angebot für das lebenslange Lernen, aber auch konzentriert im non-formalen Bereich schulnaher Aktivitäten wie schulische Übergangsbegleitung, Mentoring oder Leseförderung. Sie engagieren sich für Umwelt- und Naturschutz, Integration, Unterstützung

bei Pflegebedarf etc., dies meist in einem räumlichen Kontext wie der Nachbarschaft, einer Schule oder einer Region. Sie kennen sich dort gut aus, identifizieren Handlungsbedarf und planen Maßnahmen, sie haben besondere Kontakte in die Bürgerschaft, können Botschaften aufnehmen und vermitteln. Sie sind als Multiplikatoren und Ermöglicher in viele Richtungen aktiv. Sie agieren schnell, beweglich und lösungsorientiert. Sie stellen ihre Zeit und ihr Wissen in den Dienst gesellschaftlicher Anliegen oder mitmenschlicher Aufgaben.

2. Wie ist diese andere Zivilgesellschaft zu erreichen?

Die Akteure dieser dezentralen, vor allem lokal anzutreffenden Zivilgesellschaft sind aus einer überregionalen Perspektive häufig schwer zu identifizieren und als Gruppe noch weniger leicht anzusprechen. Der Mangel an übergeordneten Strukturen, in die die einzelnen Maßnahmen, Vorhaben und Engagierten eingebettet sind, hat zwar Vorteile beim freien Handeln, aber deutliche Nachteile, wenn es darum geht, diese Akteursgruppe als eine relevante Gruppe zu bewerten und sie durch Unterstützungsmaßnahmen zu fördern. Es braucht ein verstärktes Nachdenken darüber und ein Erfassen dessen, wie sich die Situation der Akteure vor Ort gestaltet und unter welchen Bedingungen sie arbeiten. Ihre Rolle und Bedeutung benötigen mehr Aufmerksamkeit und ernstzunehmende Betrachtung, um sie optimal unterstützen zu können.

Zwar werden in vielen Programmdesigns der Bundes- und Länderministerien zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen, jedoch kranken die Programmansätze am Mangel an nachhaltigen Strukturen für diese besondere Form des zivilgesellschaftlichen Engagements, wie auch daran, dass Engagierte gerne kategorisiert und bei Bedarf »eingesetzt« werden.

Engagierte aus der Bürgerschaft, ob hauptamtlich oder neben- und ehrenamtlich, sind zumeist in Handlungsfeldern aktiv, die unsere Lebenswelt akut bestimmen, und oftmals von ganz praktischen Fragen angetrieben: Welche Aufgabe ist zu lösen? Was kann ich tun? Wo findet mein Beitrag Resonanz? Ebenso stehen aber hier die Fragen nach der Motivation im Raum: Was macht mir Freude? Worin möchte ich mich erproben? Wo sehe ich mein Potenzial gut genutzt? Diese Grundlage für das persönliche Engagement oder auch die Kriterien für Entscheidungen zum Engagement von Einzelorganisationen muss man ver-

stehen, um die Bedingungen zu kennen, unter denen die Engagierten ihre Zeit, ihr Können, ihre Verbindungen und anderes beitragen. Vor allem aber, um geeignete Mittel und Wege zu entwickeln, die dieses wertvolle, dennoch wenig öffentlich wertgeschätzte Engagement wirkungsvoll zu fördern.

3. Die neue Zivilgesellschaft – Ernstzunehmende Mitspieler vor Ort

Die selbstbestimmte Identifikation von Handlungsbedarf bringt mit sich, dass die Akteure etwas tun, was hilfreich, aber nicht zwangsläufig dauerhaft zielführend ist. Sie werden dort aktiv, wo sie einen Bedarf sehen, was aber nicht unbedingt heißen muss, dass dieser nur dort besteht oder die von ihnen gewählte Maßnahme die geeignete ist. Da sie selbst bestimmen (und auch selbst bestimmen sollen), was sie tun wollen, wie lange, für wen und mit welchen Ressourcen, ist es sinnvoll, diese Kraft in eine kommunale Entwicklung einzubetten, die auch diese Akteursgruppe flankiert und grundlegende Informationen über die gesamte Bedarfslage in der Kommune zur Verfügung stellt, um zielgerichtetes Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure zu befördern.

Es ist die hohe Kunst, freiwillige Angebote so in eine kommunale Entwicklung zu integrieren, dass es nicht die kreative und innovative Kraft der zivilgesellschaftlichen Angebote erstickt, andererseits aber eine Stärkung der Maßnahmen durch die Einbindung in lokale Prozesse bewirkt. Will man die besonderen Potenziale dieser Gruppe zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteure optimal zur Wirkung bringen wollen, muss man sie in eine Kommunikations- und Entscheidungsstruktur im kommunalen Raum einbinden. Sie müssen als Gleiche unter Gleichen betrachtet und behandelt werden und die handelnden Personen sich als Verantwortungsgemeinschaft verstehen. Das bringt eine zunehmende Durchlässigkeit der Zuständigkeitsgrenzen mit sich.

Diese Akteure einer freieren Zivilgesellschaft unterliegen keiner Direktive durch staatliche Steuerung oder wirtschaftliche Interessen, so dass es vor allem darauf ankommt, sie in ihrer Besonderheit anzuerkennen und ihre Möglichkeiten zu befördern, auch wenn das in den kommunalen Strukturen so nicht flächendeckend vorgesehen ist. Denn sie haben das, was für die gesellschaftliche Entwicklung in einer durch globale Abhängigkeiten definierten Welt benötigt wird: Mut, Neues auszuprobieren, unmittelbare Handlungsfähigkeit und die Fähigkeit, Kräfte kurzfristig zu

mobilisieren. Sie werden dabei zumeist von einem stabilen Wertesystem einer freiheitlichen Demokratie geleitet. Sie sind oftmals mit feinen Einzelmaßnahmen oder auf Einzelpersonen ausgerichteten Angeboten unterwegs, dabei ist der Blick für das Detail eine wichtige Ergänzung zu einer eher aus gesellschaftspolitischen Blickwinkel entwickelten größeren Maßnahme.

4. Wie lassen sich freie Kräfte der Zivilgesellschaft einbinden?

Die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die selbstgesteuert sind, muss auf einem gemeinsamen Verständnis der Zielsetzung basieren. Oftmals werden im kommunalen Kontext der Verwaltung die Engagierten mit einem Stirnrunzeln betrachtet, denn sie fordern Aufmerksamkeit für ihre Anliegen, ohne dafür einen Auftrag zu haben. Jedoch ist dies auch die Stärke, mit der diese Akteure Neuland betreten können, ohne auf staatlichen oder sonstigen Auftrag warten oder Rücksicht nehmen zu müssen. Es ist lohnenswert, einen Modus zu finden, in dem die unterschiedlichen Verantwortungsbereiche an sich zu einem gemeinsamen Ziel und Vorgehen verknüpft werden können.

In kommunalen Bildungslandschaften ist dies das Prinzip, nach dem gehandelt wird (mal besser, mal schlechter). Gemeinsam entwickelte Leitbilder, sei es für ein einzelnes Handlungsfeld oder für den gesamten kommunalen Raum, können als Orientierung und gemeinsame Grundlage dienen. Jeder soll dabei gleichberechtigt seine Möglichkeiten und Kompetenzen einbringen können, so dass sich ein gemeinsames Bild des Leistungsportfolios und Möglichkeitsrahmens ergibt. Man muss voneinander erfahren, wo die Grenzen der Beteiligten liegen, wo man sich ergänzt und wo nach Ergänzung gesucht werden sollte. Die Zusammenführung der Kompetenzen ist mehr als die Summe der einzelnen. Es wächst hier eine starke Allianz, die auch die gemeinsame Verantwortung zum Erreichen der Zielsetzung teilt und trägt. Ein gemeinsames Handeln steigert das Potenzial, für alle mehr zu erreichen. Und ein solidarisches Miteinander fördert das Verständnis füreinander und stärkt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Eine solche Verbindung lässt sich jedoch nicht verordnen, sondern sollte einen gemeinsamen Willen widerspiegeln. Da es sich hier auch um strategische Entwicklung und Organisationsentwicklung handelt, sollte ein solcher Entwicklungsprozess gemeinsam verabredet und gestaltet

werden. Das bedeutet vor allem, dass nachhaltiges Handeln im Vordergrund steht. Es ist bekannt, dass freiwillige Systemveränderungen häufig erstmals mit Personen als Treiber und Motoren solcher Bewegungen verknüpft sind. Die Aufgabe ist es, das lokale Handlungssystem so auszugestalten, dass es im Sinne nachhaltiger Veränderung zu einer Selbstverständlichkeit wird, regelmäßigen Wissensaustausch, Statusabgleich und Maßnahmenverabredungen aller Akteure vorzunehmen. Dies sollte in die Strategie und das Leitbild der kommunalen Entwicklung aufgenommen sein. Ein solches Vorgehen ist ein Kernelement für die Steuerung und Umsetzung gemeinsam verabreiteter Maßnahmen und Interventionen. Das Schlüsselwort für diese neue Zusammenarbeit heißt gleichberechtigtes Miteinander zum Wohle der lokalen Gemeinschaft. Dabei bleibt zu beachten, dass dieser Akteursgruppe zivilgesellschaftlich Engagierter häufig noch ein Selbstverständnis als (auch) politisch relevante Akteure fehlt, gerade wenn es sich um ehrenamtlich Engagierte handelt. Für diesen Aspekt gilt es, diese Akteure der Zivilgesellschaft zu erwärmen.

5. Welche Unterstützung benötigen sie?

Gerade weil diese freien Kräfte der Zivilgesellschaft selten zu einer Gruppe verbunden sind, die einfacher ansprechbar wäre, braucht es im lokalen Raum einen Knotenpunkt und Kümmerer, der die unterschiedlichen Fäden zusammenführen kann. Das kann eine Stabsstelle in der Kommune sein oder eine andere zentrale Stelle, wie das Bildungsbüro, die Ehrenamtsagentur oder eine Bürgerstiftung. Zweifellos kann dies nicht nebenbei geschehen, sondern es müssen personelle wie finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Es geht hier um eine zentrale Koordinierung aller Angebote und Maßnahmen zur Lösung und Prävention lokaler gesellschaftlicher Fragestellungen und Aufgaben, die in Bezug zueinander gesehen und gesetzt werden müssen.

Gerade für die ehrenamtlich Engagierten ist es wichtig, einen verbindlichen Anlaufpunkt zu haben: für offene Fragen, für ihr Engagement, für Qualifizierung und für das Vernetzen. Es geht nicht nur darum, dass Hauptamt Ehrenamt stützt, sondern die unterschiedlichen Ebenen gleichberechtigt miteinander zu verbinden. Dazu braucht es ein anpassungsfähiges System, das auf die sich verändernden Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement angemessen eingehen und darauf konstruktiv reagieren kann.

Die Engagementbereitschaft der Bürgerschaft wird nicht weniger, aber sie drückt sich anders aus. Anlässe sorgen für starkes, manchmal (durch die Lösung der Aufgabe) zeitlich befristetes Engagement, wie unter anderem bei der Hilfe nach der Flutkatastrophe im Ahrtal oder der Unterstützung Geflüchteter zu sehen war (und ist) oder bei thematischen Anlässen mit großer Mobilisierungskraft wie Fridays for Future. Es gibt das Engagement für einen gewissen Zeitraum, weil mehr nicht drin ist oder das Interesse sich wieder einem anderen Tätigkeitfeld zuwendet. Das Verbindende in diesem Wandel ist die Wertschätzung für die Leistung der Akteure und die Erkenntnis, dass mit Unterstützung durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen auch die Wirksamkeit ihres Engagements steigt. Eine gemeinsame Anlaufstelle und die kümmernde Person oder Einheit sind ein guter Anfang dafür.

Die gesetzlich festgelegte Vereinsstruktur macht es einer Weiterführung nach gewohnten Mustern

nicht leicht, sich gut für die Zukunft aufzustellen. Es müssen neue Ansätze erprobt werden, ohne die Engagementbereitschaft zu schwächen oder mit bürokratischem Gewicht in die Knie zu zwingen. Eine der Engagementbereitschaft und der Wirkung des Engagements angemessene Beteiligung an lokaler Entwicklung bedeutet, Hindernisse dafür aus dem Weg zu räumen, um Spiel- und Möglichkeitsräume zu erweitern und Beteiligung nicht als eine Gunst oder Belohnung zu betrachten.

Für die Zivilgesellschaft wird das gemeinsame Handeln auf lokaler Ebene erst dann zu einer wirklichen Wirkungsmacht, wenn das gemeinsame (kooperativ angelegte) Handeln der Zivilgesellschaft selbst ebenso wie das gemeinsame (abgestimmte) Handeln von Zivilgesellschaft mit anderen Akteuren wie Politik, Verwaltung und Wirtschaft zur Regel gemacht und damit die ernstgemeinte Perspektive einer neuen lokalen Governance geschaffen wird. 

Neue Anforderungen an das Ehrenamt

Gerd Thomas, 1. Vorsitzender beim FC Internationale Berlin 1980 e.V., Berlin

Tutzing, 4. Juni 2022

Der neue DFB-Präsident Bernd Neuendorf freut sich über steigende Zahlen von Kindern und Jugendlichen in den Vereinen. Der Fußball hat für die Jüngsten und deren Eltern trotz Corona nichts an Attraktivität verloren. Auch wenn die Pandemie uns noch lange beschäftigen wird, strömen vielerorts wieder Kinder in die Clubs. Wir haben beim FC Internationale die Wartelisten für Jungen geschlossen. Es ergibt keinen Sinn, hunderte von Kindern daraufzusetzen, wenn es unwahrscheinlich ist, die Nachfrage in den nächsten Monaten auch nur ansatzweise zu befriedigen. Immerhin versucht unsere Jugendleiterin wenigstens zweimal im Monat so genannte »freie Termine« anzubieten, um wenigstens etwas Bewegung anbieten zu können. Aber natürlich möchten alle lieber richtig Fußball spielen, in einem Team.

Warum wir Trainingszeiten nicht in ausreichendem Maße anbieten können? Neben der in den Ballungsräumen allgegenwärtigen Sportstätten-Misere wird vor allem die Gewinnung von Trainerinnen und Trainern immer schwieriger. Zwar wird das Ehrenamt in vielen Sonntagsreden gern als Kitt oder gar als Rückgrat der Gesellschaft bezeichnet, doch wirklich erfolgreiche Strategien für die Stärkung des Engagements sind nicht in Sicht. Glaubt man Statistiken, betätigen sich nicht weniger Menschen als früher im Ehrenamt. Sieht man genauer hin, stellt man aber deutliche Veränderungen fest. Die Bindungen werden kürzer, die Fluktuation wächst. Temporär zeigen die Leute Einsatz, z. B. bei der Organisation eines Sommerfestes. Langfristige Bindungen büßen aber an Attraktivität ein. Wer will sich schon dreimal in der Woche auf den Trainingsplatz stellen, um sich dann noch Besserwisserei der Eltern anzuhören, das alles für eine Aufwandsentschädigung im zweistelligen Bereich? Zumal die Kinder und Jugendlichen seit der Pandemie nicht gerade ausgeglichener geworden sind.

Viele Vereine finden aber auch keine Vorsitzenden mehr, Finanzverantwortliche oder ehrenamtliche Jugendleitungen. Dadurch leidet die Vielfalt im Vereinswesen. Denn viele Clubs kümmern sich nur noch um den Sport für männliche Erwachsene. Bei anderen, die sich in ihrem gesellschaftlichen Engagement für das gesamte Spek-

trum nicht bremsen lassen wollen, werden die ohnehin großen Sorgen noch größer. Gerade für die nicht so hohen Spielklassen, also für den klassischen Breitensport, finden sich nur schwer Übungsleiter. Viele Vereine gleichen die Defizite mit dem Einsatz von Bundesfreiwilligen oder Absolventen eines Freiwilligen Sozialen Jahres aus, doch die sind in der Regel nach einem Jahr wieder weg. Dann muss Ersatz gesucht werden, die Kinder müssen sich an neue Gesichter gewöhnen. Der Hamster strampelt im Rad, kommt aber nicht voran.

Die Gründe für diesen *Mangel an Ehrenamtlichen* sind vielschichtig. Einerseits gibt es einen Rückzug ins Private, aber vor allem ist es der Arbeitsmarkt, der den Vereinen zu schaffen macht. In vielen Regionen herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Der Mangel an Fachkräften führt zu Überstunden, die mit dem Ehrenamt konkurrieren. Selbst Studierende finden weniger Zeit, denn sie müssen ebenfalls arbeiten, um ihr Leben zu finanzieren. Wer nach der Vorlesung fünf Stunden an der Kasse eines Supermarktes sitzen muss, um die stets steigenden Wohnungs- und Energiepreise finanzieren zu können, kann nicht auf dem Fußballplatz stehen. Zwar zeigen Studien auf, dass immer nur auf ihren eigenen Vorteil bedachte Menschen meist scheitern. Erfolgreich in Job und Privatleben sind diejenigen, die auch an andere denken. Doch in der Praxis genießen die Finanzierung von Miete, Mahlzeiten und Urlaub nun mal Priorität.

Wir benötigen eine neue Debatte um das Gemeinwohl und das Engagement in unserem Land. Gerade in Zeiten von Pandemie, Krieg, Energiekrise und Inflation braucht es eine breite gesellschaftliche Diskussion um das Ehrenamt. Die so gern bemühte Zivilgesellschaft in den Sportvereinen, in Wohlfahrtsorganisationen oder Bildungseinrichtungen muss stabilisiert werden, sonst droht noch mehr Ungemach als bei den zunehmend hitzigen Demonstrationen mit ihren auf der Straße herausgebrüllten Unwahrheiten. Inzwischen ist nicht mehr nur montags zu bestaunen, wie fragil der Boden der demokratischen Grundordnung ist. Die Sportverbände wären gut beraten, sich an die Spitze der Debatte um die Bedingungen für das Ehrenamt der Zukunft zu setzen. Dabei dürfen sie durchaus fordernder als bisher sein. Denn wenn der Sportverein als »Schule der

Demokratie« bezeichnet wird, kann diese Institution gar nicht genug gefördert werden.

Gleichwohl sind die Kassen leer, wobei für elitäre Großprojekte scheinbar immer noch genug Geld da zu sein scheint. Die Erweiterung des Bundeskanzleramts in Berlin soll rund 800 Millionen Euro kosten, da lässt sich der Umbau der Komischen Oper in Berlin mit fast einer halbe Milliarde schon fast bescheiden an. Gleichzeitig stehen für die Sanierung von Sportstätten gerade 18 Millionen zur Verfügung. Hochkultur und Prestigebauten vor Breitensport, welche Parteien auch immer in Verantwortung sind. Wobei staatliche Stellen allein die Misere nicht lösen können.

Es braucht neue Allianzen, und die werden am besten vor Ort geschmiedet. Hier ist nicht zuletzt die lokale Wirtschaft gefordert. Fußballvereine bieten für Unternehmen viel Potenzial: Für die Gewinnung von Fachkräften, durch die Vermittlung der so genannten Soft Skills, für die Aufwertung des Standorts und die Unterstützung der Gesundheit, um nur einiges zu nennen. Förderungen oder Sponsorings sollten sich prioritär auf die Stärkung der Strukturen konzentrieren, erst dann auf einzelne Projekte, schon gar nicht auf die Vergütung von Spielern. Die Förderlogik in Deutschland ist leider eine andere, oft werden Kosten für Verwaltung und Struktur nicht ausreichend unterstützt. Doch nur wenn die Rahmenbedingungen im Verein stabil sind, können Projekte gelingen, kann sich nachhaltig sportlicher Erfolg einstellen. Vereine sind gleichwohl gut beraten, sich gegenüber Förderern offen zu zeigen, wenn es um die Entwicklung von Perspektiven geht. Warum nicht gemeinsam Ideen und die dazu gehörigen Projektpläne entwickeln? Denn alle wollen einen Mehrwert, brauchen das Gefühl einer Win-Win-Situation. Apropos nachhaltig: In Berlin-Schöneberg haben wir gemeinsam mit Unternehmen, Politik und Verwaltung die Zukunftscharta Grüner Hirsch erarbeitet. Der Slogan heißt »Kurze Wege in die Zukunft«. Vor der Haustür lassen sich Solidargemeinschaften leichter herstellen, denn alle Genannten haben ein Interesse an einem funktionierenden Sozialraum. Wobei viele Berliner Verwaltungen in den letzten Jahrzehnten z. B. durch Missmanagement beim Bau des Flughafens und Skandale um die Landesbank bis an die Grenze der Funktionsfähigkeit zusammengespant wurden, wodurch ihr Beitrag zu einer funktionierenden Stadtgesellschaft stark gelitten hat.

Doch zurück zu den fehlenden Ehrenamtlichen. Gerade in einer Stadt wie Berlin müssen sich die

Vereine den sich stetig ändernden Gegebenheiten anpassen. Das heißt auch, sich offener gegenüber Vielfalt zu zeigen. Auch in der multikulturellen Hauptstadt gibt es immer noch viele Vereine, in denen fast nur Müllers, Schulzes oder Krauses spielen. Inzwischen kommen rund 50 Prozent der Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte, Tendenz steigend. Der Thermomix am Wohnungsmarkt wirbelt die Stadt zusätzlich durcheinander. Es wird künftig ein Wettbewerbs-Vorteil sein, sich diverser, toleranter und weltoffener aufzustellen. Beim FC Internationale haben wir Menschen mit Wurzeln in mehr als 70 Nationen. Zu Problemen führte das bisher nicht. Vielleicht auch, weil wir uns offensiv gegen Rassismus und andere Diskriminierungen stellen. Viele unserer Trainerinnen und Trainer, aber auch unserer Unparteiischen haben einen Migrationshintergrund. Die meisten sind in Berlin geboren, doch Krieg und Hunger in der Welt bringen neue Menschen in die Stadt. Mögen sich viele im Fußball immer noch gegen die längst vorhandene Vielfalt sträuben: Der Trend wird früher oder später auch sie erreichen.

Die Entwicklungen stellen Vereine aber vor spezielle Herausforderungen. Häufig rufen uns Initiativen oder auch Menschen aus der Politik an, ob wir nicht noch ein paar syrische Jungs aus der Unterkunft oder ukrainische Mädchen aus der Selbsthilfegruppe aufnehmen können, wohl wissend um die ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen, nicht zuletzt infrastruktureller Art. Wir merken nahezu täglich, wie leer die Kassen sind, wie dysfunktional die Berliner Verwaltung an einigen Stellen ist. Wenn Vereinsvorstände aber permanent mit dem Kampf um bessere Rahmenbedingungen beschäftigt sind, fehlt die Energie dafür an anderer Stelle – zum Beispiel für Strategien, um Ehrenamtliche zu gewinnen und zu halten. Ganz davon abgesehen, dass man sich bei der Wahl zum Vorstandsamt bestimmt nicht vorgestellt hatte, permanent mit dem Stopfen von Löchern oder der Auseinandersetzung mit der Politik zu tun zu haben. Eigentlich wollte man mit dem Sport die Welt jeden Tag ein bisschen besser machen. Das mag hin und wieder auch gelingen, doch schlechte Bedingungen und eine wenig ambitionierte Verwaltung lassen das Herz eines Vorsitzenden oder Jugendleiters nicht gerade höher springen, nagen immer wieder an der Laune. Ehrenamt darf aber nicht nur Belastung sein, es muss auch Freude machen. Warum sonst sollte man es gegen gemütliche Sofaabende mit spannenden Filmen oder Fußballspielen tauschen?

Ein Thema, mit dem wir Ehrenamtliche gewinnen, ist die *Nachhaltigkeit*. Der FC Internationale hat sich im Frühjahr 2021 als erster deutscher Amateurverein vom TÜV zertifizieren lassen. Seitdem werden die drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales bei uns im Verein deutlich intensiver diskutiert. Die Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit hat aber noch etwas anderes geschafft. Sie hat junge Leute mit einem Thema abgeholt, das sie unmittelbar betrifft und interessiert. Und sie hat Jung und Alt zusammengebracht. 19-Jährige diskutieren mit 75-Jährigen über veganes Catering, fair gehandelte Bälle oder sinnvolle Kooperationen vor der Haustür, z. B. mit Flüchtlingsorganisationen oder Behindertenwerkstätten, aber auch mit dem örtlichen Unternehmensnetzwerk. Denn viele Betriebe vor Ort haben zurzeit vor allem zwei große Themen: Fachkräftemangel und Nachhaltigkeit.

Womit wir beim perfekten Matching wären, das im Idealfall so aussähe: Die Vereine finden in den Unternehmen Unterstützer für Aufbau und Verstärkung belastbarer und nachhaltiger Strukturen und können damit die Ehrenamtlichen entlasten. Die örtliche Politik verbessert die Rahmenbedingungen, gegebenenfalls mit Hilfe der Wirtschaft vor Ort. Die Vereine kümmern sich besser um die Jugendlichen, was sich positiv auf den Sozialraum auswirkt. Und sie sorgen für Persönlichkeitsstärkung und eine bessere Ausbildungsfähigkeit quer durch die Milieus, so dass die begehrten Fachkräfte von morgen belastbar und motiviert sind. Zu schön, um wahr zu sein? Probieren wir es aus, z. B. indem wir den ehrenamtlichen Coaches Sozialarbeiter zur Seite stellen, die sie im Umgang mit jungen Menschen unterstützen. Natürlich kostet das Geld, aber wenn wir nur wenige Menschen zusätzlich in Arbeit und Ausbildung bekommen, hat es sich gelohnt. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die meisten ehrenamtlichen Trainer sind nicht dafür ausgebildet, schwierige Situationen mit Jugendlichen oder Kindern über den Sport hinaus zu bewältigen. Sie müssen es zwangsläufig trotzdem versuchen, aber das ist im wahrsten Sinne des Wortes nicht professionell. Wir bringen unsere Autos zu Fachleuten in die Werkstatt, mit jungen Menschen sollten wir mindestens ebenso verantwortlich umgehen. *Ehrenamt braucht Hauptamt.*

Warum aber gibt es so wenige derartige Kooperationen? Vielleicht, weil wir es schon immer anders (aber nicht besser) gemacht haben, vielleicht auch wegen einer gewissen Denkfaulheit. Im Sport wurde in den letzten Jahrzehnten wenig Phantasie in die Weiterentwicklung des Ehren-

amts gesteckt. Das liegt auch an den großen Sportverbänden, wo sich seit einigen Monaten glücklicherweise etwas zu tun scheint. Wir werden die Ankündigungen genau beobachten müssen und sehen, ob sich wirklich positive Veränderungen einstellen. Am besten, indem wir uns aktiv in die Debatten einmischen. Oder es bleibt wie auf dem letzten DFB-Amateurrkongress, auf dem die rund hundert eingeladenen Vereinsvorstände drei Tage lang Vorträgen von Verbands-spitzen und Podiumsdiskussionen mit bekannten Sportlern und weniger Prominenten lauschen durften, aber nicht nachdrücklich in die Diskussionen einbezogen wurden. Es täte der deutschen Zivilgesellschaft sicher gut, wenn in den Verbänden oder in der Politik mehr Stimmen von der Basis zu Wort kämen. Denn Stiftungen, Beratungsagenturen oder Verbandsfunktionäre sind in der Regel doch sehr weit weg vom wahren Leben auf dem Platz oder in der Halle. Zur Einbindung bedarf es eines kooperierenden Führungsstils, der zugegebenermaßen auch vielen Vereinsvorständen schwerfällt. Und es braucht engagierte Menschen, die es aushalten, im Sinne der Sache auch mal nervig und hartnäckig zu sein.

Dringend nötig sind *Beteiligungsprozesse*. Während in den meisten ländlichen Gebieten die Sportanlagen in den Händen der Vereine sind, wacht in Berlin der stets überforderte Bezirk über Plätze und Hallen. Planungen laufen in unserem Bezirk Tempelhof-Schöneberg in der Regel, ohne die Vereine einzubeziehen, das ist kostspielig und nicht sehr klug. Sport ist in vielen Bezirken Berlins seit vielen Jahren kein Standortfaktor mehr – eine fatale Fehlentwicklung, übrigens auch bezüglich der Nachhaltigkeit. Denn Sport ist nicht nur förderlich für die Gesundheit, er schafft auch Gemeinschaft, und das von klein auf. Wer sich die ärztlichen Untersuchungsergebnisse für Grundschulkinder vor der Pandemie angesehen hat, war schon schockiert. Kaum auszudenken, wie diese nach zwei Jahren Corona aussehen. Übergewicht, motorische und koordinative Defizite auf breiter Front sind unverkennbar. Die sportliche Ausstattung der Schulen mit Geräten oder Bällen spottet oftmals jeder Beschreibung, schlimmer sind nur die Örtlichkeiten. Aber kann das Ehrenamt die Versäumnisse aufwiegen, die Kinder retten? Vielleicht immerhin besser als eine Stadt, die nicht mal fehlerfrei Wahlen organisieren kann. Aber es kann nicht unser Ernst sein, so fahrlässig mit unserer Zukunft umzugehen.

Denkbar wäre auch hier, Unternehmen zu gewinnen, sich gemeinsam mit Vereinen für den Aufbau sinnvoller Schulprojekte einzusetzen.

Vielleicht haben sie ein größeres Interesse an der Entwicklung der Kinder, schließlich werden später belastbare Arbeitskräfte gebraucht. Doch den Vereinen fehlen in der Regel Struktur und Personal, um größere Projekte durchzuführen. Die Bereitschaft zum dauerhaften und regelmäßigen Ehrenamt ist wie schon festgestellt auf dem Rückzug. Es braucht also Zukunftskonzepte für funktionsfähige neue Allianzen. Was noch nicht heißt, dass diese bei Behörden und Schulen auf offene Ohren stießen. Aber einen Versuch wäre es wert.

Nebenbei könnten Hinweise für eine gesunde Ernährung und Informationen über fairen Handel vermittelt, ebenso Sozialkompetenz und Gemeinschaft gefördert werden. Am Ende stünde eine Win-Win-Situation. Vereine gewinnen Image; Schulen erfahren Hilfe und belastbarere Kinder; die Unternehmen zeigen ihr Engagement. Personalabteilungen wissen längst, dass sie über Jobportale nicht mehr genügend Bewerber bekommen. Um das Gelingen zu gewährleisten, müssen die Vereine und ihre Ehrenamtlichen aber auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Solange sie weiter als Bittsteller auftreten müssen, kann sich nichts entwickeln. Zivilgesellschaft muss endlich einen höheren Stellenwert bekommen, nicht nur einmal im Jahr bei der Verleihung von Urkunden und Ehrenamts-Medaillen.

Noch einmal zurück zum Thema Nachhaltigkeit. Die Europameisterschaft 2024 wurde an Deutschland vergeben, weil der DFB sich mit eben dieser Nachhaltigkeit als Leitbild beworben hat. Ein gutes Signal. Schon jetzt machen sich die Austragungsorte der Spiele Gedanken über Volunteer-Programme, ohne die eine EURO nicht funktionieren würde. Ein Schwerpunkt wird sein, die Teilhabe möglichst vieler Kulturen und Milieus zu garantieren, auch der Menschen aus weniger privilegierten Familien. Es gilt, der Welt zu zeigen, dass sie nicht nur zu Gast bei Freunden ist, sondern dass wir als Gastgeber es ernst meinen mit dem gesellschaftlichen Engagement und der dazu gehörigen Rolle des Sports.

Neben künftig nachhaltigeren Sportstätten wird es auch eine bessere Förderung des Kinder- und Jugendsports geben müssen, was auch die Diskussion über die den aktuellen Umständen angepassten Ehrenamtskonzepte beinhaltet. Wichtig ist dafür neben der Ökologie, der Ökonomie und dem Sozialen eine vierte, gar nicht offiziell existierende Säule der Nachhaltigkeit: die Kommunikation. Wir müssen auch im Ehrenamt lernen, über die Generationen hinweg miteinander zu

kommunizieren. In unserer Nachhaltigkeitsgruppe haben wir erfahren, dass die verschiedenen Altersgruppen inhaltlich oft gar nicht weit auseinanderlagen. Aber während junge Menschen digitale Tools und Social Media als selbstverständlich erachten, schwören viele Ältere noch auf den Infokasten am Vereinsgelände oder wenigstens auf die gute alte E-Mail. Auch für die Ehrenamtsgewinnung lohnt es sich, über angemessene Kommunikationskonzepte nachzudenken. Wie erreiche ich beispielsweise die Eltern? Ist Social Media wirklich ein erfolgversprechender Weg? Wie schaffen wir es, wieder mehr miteinander zu reden, als einander Kurzmitteilungen zu schreiben?

Die Anforderungen an das Ehrenamt werden allein schon wegen der Themenvielfalt steigen. Es wird mehr erwartet, Belohnungskultur verändert sich, die Dienstleistungsmentalität vieler Vereinsmitglieder wird größer, die Bindungen kurzfristiger. Nicht nur die Pandemie hat ihre Spuren in nahezu allen Organisationen hinterlassen, auch die Rahmenbedingungen werden nicht leichter werden. So können wir davon ausgehen, dass auf die steigende Zahl unterprivilegierter Familien existenzielle Nöte zukommen, die auch im Verein durchschlagen können: Bei der Entrichtung von Beiträgen oder der Zuzahlung von Ferienfahrten, bei der Beschaffung von Sportkleidung. Wir werden auch hierfür Lösungen finden müssen, ganz im Sinne einer solidarischen Gesellschaft. Den Ehrenamtlichen kommt hier eine wesentliche und sehr sensible Rolle zu, bei der wir sie unterstützen müssen. Die Vorstände der Vereine müssen versuchen, ihren spezifischen Gemeinschafts-Pakt zu entwickeln, bei dem starke Schultern mehr tragen müssen als schwächere. Eine große Herausforderung!

Meistern wir sie, kann das dem Ehrenamt einen echten Schub verleihen. Denn wahrscheinlich haben die meisten von uns die Sehnsucht nach einer funktionierenden Gemeinschaft, die demokratiefeindlichen Subjekte sind glücklicherweise noch in der Minderheit. Sie versuchen aber nicht zuletzt im Sport, Vereine zu unterwandern und ihr zerstörerisches Gift zu versprühen. Darauf müssen wir uns vorbereiten, dagegen müssen wir Rezepte entwickeln, das werden wir nicht alleine schaffen.

Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, dass Engagement in Vereinen, Initiativen oder anderen Organisationen Spaß macht. Steht dauerhaft die Mühe im Vordergrund, wird es nicht gelingen, den nötigen Elan aufzubringen, um die Bedin-

gungen zu verbessern. Die Aufgabe besteht also darin, das Ehrenamt aufzuwerten und attraktiver zu machen. Viele kluge Menschen in Verbänden oder Stiftungen haben sich schon darüber Gedanken gemacht, was hilfreich sein könnte. Wichtig

wäre allerdings, dass sie die Menschen an der Basis sowie deren Bedarfe und Wünsche in ihre Überlegungen einfließen lassen, am besten direkt einbeziehen. Nur so kann es gelingen. Und es muss gelingen! 

Die Zivilgesellschaft muss sich bewegen – wir auch! Eine Perspektive aus der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Dr. Tatiana Matthiesen, ZEIT Stiftung, Leitung des Förderbereichs Bildung und Erziehung, Hamburg

Tutzing, 4. Juni 2022

Wir leben in einer besonderen Zeit: Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Klimawandel, Energieknappheit und Inflation. Und wir erleben, dass Frieden, Demokratie und Freiheit nicht mehr selbstverständlich sind. Das fordert uns alle – nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern auch die Zivilgesellschaft. Krisen sind Gift für zivilgesellschaftliches Engagement – die Corona-Pandemie hat das deutlich gezeigt. Da in Deutschland freiwilliges Engagement zu einem großen Teil organisationsgebunden ist, haben besonders zivilgesellschaftliche Organisationen wie Vereine, Stiftungen oder andere gemeinnützigen Rechtsformen unter dem Rückgang von Mitgliedern (und Geldern) gelitten. Soziale Begegnungen und die Pflege eines Beziehungsnetzwerkes waren nicht möglich. Zahlreiche ehrenamtliche Aktivitäten, wie die Übernahme von Nachhilfestunden für Schülerinnen und Schüler über Pflegeleistungen für Ältere bis zur Ausübung einer ehrenamtlichen Leitungsfunktion in einem Verein, blieben auf der Strecke.

Dass die herkömmlichen Engagement- und Organisationsformen für viele Menschen, besonders für Jüngere, nicht mehr attraktiv sind, zeigt sich schon seit längerem. Früher gehörte es einfach dazu, Mitglied einer Gewerkschaft, einem Sportverein, einem Freizeitverein oder einer Hilfsorganisation zu sein. Zumeist waren viele Menschen auch Mitglied in mehreren Organisationen. Heute stellt für viele Vereine die Bindung und Gewinnung von Mitgliedern und ehrenamtlichen Führungskräften ein existenzielles Problem dar.

Dabei wollen sich Bürger, vor allen Dingen auch junge Menschen, engagieren, an der Gesellschaft aktiv teilhaben, mitgestalten und selbst Verantwortung übernehmen – aber sie wünschen sich heute flexible Formate für ihr Engagement. Zum Beispiel zeigt sich das in selbst organisierten Formen des Engagements (wie zum Beispiel »Stuttgart 21« oder »Fridays for Future«), Initiativen und Projekten (wie zum Beispiel in der Flüchtlingskrise 2015). Laut einer qualitativen Befragung, die die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) im Rahmen des Programms

»u_count« 2019 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt hat, engagieren sich gut die Hälfte (51,5 %) der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ganz klassisch im Verein. Andere Formate wie selbstorganisierte Projektgruppen (47,4 %) werden jedoch immer beliebter.

Die Bürger möchten aber selbst bestimmen, wann, wo und wie sie sich einbringen. Dieses individuelle, spontane Engagement bis hin zum *Plugged in-Volunteering* bringt Dynamik und Bewegung in die Zivilgesellschaft. Viele Akteure sind mit ihren Projekten und Initiativen heute »leichtfüßiger« und spontaner unterwegs als die organisierte Zivilgesellschaft. Dieses neue Engagement ist meist themenfokussiert, zeitlich begrenzt und wird zügig umgesetzt – das kann von großem Vorteil sein. Doch besteht die Gefahr, dass bei dieser Beteiligungsform kein Raum für ein *längerfristiges Commitment* entsteht – und somit Beständigkeit und Verlässlichkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement auf der Strecke bleibt.

Die ZEIT-Stiftung ist davon überzeugt, dass die Zivilgesellschaft gefordert ist – und will mit ihren Förderaktivitäten einen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer aktiven Zivilgesellschaft leisten. So hat die ZEIT-Stiftung vor einiger Zeit ein Zukunftsbild entwickelt und verschiedene Handlungsoptionen für die nächsten Jahre skizziert. Dabei werden uns die Motive »Freiheiten verteidigen«, »Freiräume schaffen« und »Orientierung geben« in allen unseren Themenfeldern leiten. Demokratie und Pressefreiheit werden wir zukünftig noch intensiver fördern. Wir wollen eine Balance schaffen zwischen Vorhaben, die langfristig angelegt sind wie die Bucerius Law School – und Förderinitiativen wie das Mentoring-Programm WEICHENSTEL-LUNG, um ein verlässlicher und beständiger Partner für unsere Kooperationspartner zu sein. Darüber hinaus agieren wir dynamisch und flexibel, wenn es darum geht, sehr schnell auf neue Themen zu reagieren, wie etwa aktuell bei der Integration ukrainischer Schülerinnen und Schüler.

Welchen Beitrag können wir in der ZEIT-Stiftung leisten, wenn es darum geht neue Räume für junges Engagement zu schaffen bzw. zu stärken – wie beispielsweise an Schulen und Hochschulen? Wie können wir dabei unterstützen, dass die Vernetzung und das Schmieden von klugen Allianzen in bestimmten Handlungsfeldern vor Ort gelingen? Und wie können wir dazu beitragen, dass junges Engagement in Ostdeutschland und im ländlichen Raum und der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt wird?

1. Zivilgesellschaftliches Engagement an Schulen und Universitäten fördern

Wir sind davon überzeugt, dass in Zeiten von Ungewissheit und Krisen Orte und Räume ermöglicht werden sollten, in denen (junge) Menschen selbstwirksam werden und sich zivilgesellschaftlich engagieren. Wenn Vereine und Jugendverbände nicht mehr die Orte sind, an denen junge Menschen das persönliche Miteinander erleben und gemeinschaftlich lernen, sich verbindlich zu engagieren, dann können Schulen und Hochschulen zukünftig die Orte sein, an denen junges Engagement gestärkt wird.

An vielen *Schulen* wird ehrenamtliches Engagement bereits seit langem großgeschrieben – und Fördervereine gegründet, um Hausaufgabenbetreuung, interkulturelle Feste, Patenschaften zwischen gleichaltrigen Kindern oder Jugendlichen, Sprachlernunterstützung, Handwerksprojekte, Kunstausflüge oder Schülerfirmen zu ermöglichen. Es gibt laut der Stiftung Bildung bundesweit etwa 40.000 Kita- und Schulfördervereine – und 80 bis 96 Prozent aller Schulen haben inzwischen einen Förderverein. Daran sind nicht nur Eltern beteiligt, sondern auch Lehrkräfte, Schulleitungen, Schüler:innen, Erzieher:innen, Privatpersonen oder Unternehmen aus der Nachbarschaft. Damit werden Schulen Orte, an denen die Kinder und Jugendliche erleben, was zivilgesellschaftliches Engagement bedeutet und bewirken kann.

Aber Schüler:innen werden selbst auch zum zivilgesellschaftlichen Engagement bzw. sog. Service Learning motiviert. Zum Beispiel ermöglicht das bundesweite und von der Freudenberg Stiftung initiierte Netzwerk »Lernen durch Engagement/Service Learning« seit 2014 jungen Menschen, sich gesellschaftlich einzubringen. »Lernen durch Engagement« verbindet das gesellschaftliche Engagement von Schüler:innen mit fachlichem Lernen. Im Unterricht erarbeiten Kinder und Jugendliche, was Engagement ist und warum ein demokratischer Staat und seine Gesellschaft engagierte Bürger:innen brauchen. Sie identifizie-

ren soziale, ökologische, kulturelle oder politische Bedarfe vor Ort und entscheiden sich eigenständig für ein praktisches Engagement, das sie in mindestens zwanzig Stunden durchführen. Ihr Engagement wird im Unterricht vor- und nachbereitet. Nach Projektabschluss erhalten die Schüler:innen ein Zertifikat. Durch seine Verknüpfung mit dem Unterricht erreicht »Lernen durch Engagement« auch jene, die sich freiwillig nicht engagieren würden. Auf diese Weise erfahren Kinder und Jugendliche schon früh, was es bedeutet, »mitanzupacken« und sich für das Gemeinwohl einzusetzen.

Auch *Hochschulen* schaffen schon seit einiger Zeit mehr Raum für zivilgesellschaftliches Engagement und ermöglichen im Bereich der »Third Mission« das Service Learning. Damit wird Studierenden auch im Studium die Tür zum zivilgesellschaftlichen Engagement geöffnet. Hier setzt das von der ZEIT-Stiftung 2013 in Hamburg gestartete Mentoring-Programm WEICHENSTELLUNG an. Benachteiligte Kinder und Jugendliche werden in einem Zeitraum von bis zu drei Jahren (pro Woche vier Stunden) von Lehramtsstudierenden als Mentor:innen unterstützt. WEICHENSTELLUNG hat mit mittlerweile 3.700 Kindern und Jugendlichen, 1.700 Mentor:innen und 300 Partnerschulen in einem überschaubaren, aber bedeutenden Maße zur Chancengerechtigkeit in den letzten zehn Jahren in Deutschland beigetragen. Ziel ist es, chancengerechte Übergänge und gute Schulabschlüsse zu ermöglichen. WEICHENSTELLUNG verfolgt ein »doppeltes Lernen«: Das Programm bedeutet für die benachteiligten Kinder und Jugendlichen einen Chancenzuwachs, da WEICHENSTELLUNG einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leistet. Aber auch die Studierenden profitieren durch die Praxiserfahrungen im pädagogischen Alltag – und der Möglichkeit, sich gesellschaftlich zu engagieren.

In den letzten Jahren hat die Stiftung das Programm auf andere Bundesländer/Standorte ausgeweitet. Hierbei arbeitet sie eng mit Hochschulen zusammen, die gesellschaftliches Engagement ihrer Studierenden ausdrücklich unterstützen – und bereits bei den Studienanfänger:innen für die Beteiligung an Mentoring-Projekten werben, wie an der Universität zu Köln. Die ZEIT-Stiftung kooperiert bereits seit 2015 mit dem Zentrum für Lehrer:innenbildung an der Universität zu Köln und der Dr. Harald Hack Stiftung, die das Programm finanziell vor Ort unterstützt. Die Third Mission bzw. das Service Learning wird an der Universität zu Köln durch die Zusammenarbeit mit der ZEIT-Stiftung dahingehend umgesetzt, dass das Projekt in das Lehramtsstudium inte-

griert ist und die Curricula der einzelnen Fächer oder Förderschwerpunkte ergänzt wurden. Somit ist das zivilgesellschaftliche Engagement der Lehramtsstudierenden im Bereich der Praxisphasen im Lehramt eingebettet: Lehramtsstudierende können ihre Praktika in Projekten absolvieren, in denen sie bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche im Rahmen der individuellen Förderung unterstützen. Sie erhalten hierfür eine Anerkennung in Form von Leistungspunkten (Credit Points) und einer Aufwandsentschädigung. Diese Form der Anerkennung ist wichtig, aber viel entscheidender ist, dass dieses Engagement auch motiviert, sich weiterhin zu engagieren, bei den Studierenden; aber auch die Bedeutung von Engagement bei den Nutznießern (den Kindern) deutlich wird und ihre Bereitschaft, sich zu engagieren, weckt. Durch die Kooperation von Stiftungen und Hochschulen wird somit das zivilgesellschaftliche und junge Engagement gefördert und gestärkt.

2. Kluge und verlässliche Allianzen vor Ort schmieden

Stiftungen schauen schon lange nicht mehr von der »Seitenlinie« zu, sondern bringen sich in Bildungsdebatten ein, initiieren eigene Initiativen und schmieden kluge Allianzen vor Ort. Im Bildungsbereich wird beispielsweise zukünftig die Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungsinstitutionen und Akteure auf Länder- und Kommunalebene eine noch größere Rolle spielen. Zu groß sind die Herausforderungen, vor denen wir in der Bildung stehen. Mit ihrer Innovations- und Umsetzungskraft, ihrem Know-how und ihrem Geld können Stiftungen Ideenmacher, Impulsgeber, Motivator, Vermittler, Moderator und verlässlicher Begleiter und Kooperationspartner sein, so wie die ZEIT-Stiftung.

Wir suchen seit Jahren den direkten Austausch mit allen Bildungsakteuren, wenn es beispielsweise darum geht, neue Initiativen auf den Weg zu bringen und Impulse zu setzen. Die Stiftung stimmt sich mit Schulbehörden, Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten und andere Bildungsakteuren ab – und thematisiert Herausforderungen und Bedarfe in einem bestimmten Themenfeld. Dann entwickelt die ZEIT-Stiftung Ideen und Konzepte, die auf Machbar- und Umsetzbarkeit sowie Praxistauglichkeit geprüft werden. Und am Ende folgt die Evaluation und Bewertung der Wirksamkeit dieser gemeinsamen Vorhaben. Schlussendlich geht es uns darum, zielgerichtet und systematisch kluge Bildungsallianzen zwischen Staat, Bildungsorganisationen und -akteuren sowie Zivilgesellschaft zu schmie-

den, die Chancen für Lösungen, Veränderungen und Umdenken bieten. Es sind Kooperationen, die getragen werden von Vertrauen, Verlässlichkeit und dem Willen, sich gemeinsam den Herausforderungen im Bildungsbereich zu stellen – ob im Stadtteil, in der Kommune oder auf Länderebene.

Das »Netzwerk Stiftungen und Bildung« spielt eine besondere Rolle, wenn es darum geht, die unterschiedlichen Akteure vor Ort zusammenzubringen, um gemeinsam wichtige Bildungsthemen aufzugreifen und anzugehen. Dafür entwickelt das Netzwerk geeignete Kommunikationsformate und setzt sie um. Die ZEIT-Stiftung ist überzeugter Mitstreiter und Förderer des »Netzwerks Stiftungen und Bildung«, das Prozesse und Akteure unterstützt, um Kooperationen im Bildungsbereich zu ermöglichen, zu stärken und zu verstetigen – auf lokaler Ebene, auf Länderebene und bundesweit. Denn: Wenn (Bildungs-)Akteure und Initiativen sich vor Ort finden und gemeinsam gut zusammenarbeiten, dann kann sich Wirkung voll entfalten.

3. Zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Wie kann zivilgesellschaftliches Engagement zukünftig gestärkt werden – in einer Gesellschaft, die heute diverser, ungerechter, anfälliger und unbeständiger, ja auch unberechenbarer ist als je zuvor? Besonders vor dem Hintergrund, dass Demokratie, Freiheit und eine agile Zivilgesellschaft nicht selbstverständlich sind. Deutliche Einmischung, eine streitbare Haltung und aktives bürgerschaftliches Engagement sind für eine lebendige Demokratie und Zivilgesellschaft wichtig, davon war auch Gerd Bucerius überzeugt. In diesem Sinne fördert die ZEIT-Stiftung Projekte und Ideen, die Demokratie stärken, sich aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen und aktiv demokratische Werte verteidigen. So schafft die ZEIT-Stiftung mit verschiedenen Formaten Begegnungen, Gespräche und Austausch im ländlichen Raum in Ostdeutschland:

■ *Das Denk-Gespräch-Kunst-Festival »Leipzig denkt: Alarm und Utopie« (Oktober 2022) des Transformatorenwerks Leipzig e.V.* Im Zentrum stehen der offene Dialog und künstlerische Reflexionen über relevante gesellschaftliche und politische Fragen in Zeiten von einer zunehmenden gesellschaftlichen Zerrissenheit, Sprachlosigkeit und Spaltung. Das Ziel ist es, freie Räume für das gemeinsame öffentliche Miteinander-Denken und Miteinander-Sprechen zu kreieren – mit lokalen,

(über)regionalen Akteur:innen aus verschiedenen Bereichen wie Literatur, Theater, Performance, bildende Kunst, Musik, aus den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie der Philosophie.

■ Ferner unterstützt sie das *Ostritzer Friedensfest in Sachsen*, denn dort treffen sich immer mehrere tausend Neonazis zu Rechtsrock-Konzerten, zur Feier der Sommersonnenwende und zu Kundgebungen. Doch dem stellt sich die Stadt Ostritz entgegen und hat eine Antwort gefunden: das Friedensfest. Immer wenn die Rechtsextremen versuchen, das Geschehen für sich zu vereinnahmen, veranstalten die Bewohner:innen ein buntes Fest. Es engagieren sich Bewohner:innen, Vereine, Verbände und Kirchen.

■ Das *Benefiz-Open-Air-Konzert »Leipzig zeigt Courage«* ist eine seit vielen Jahren von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen getragene Veranstaltung, die die ZEIT-Stiftung ebenfalls seit langem unterstützt. Hinter dem Motto steht eine klare politische Position und Haltung. Ganz in diesem Sinne treten neben namhaften Künstler:innen, die Gewinner:innen des Jugendfestivals für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Klima ein und unterstützen die offensive Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen.

■ Im Hinblick auf junges Engagement in Ostdeutschland fördert die ZEIT-Stiftung zum einen das Projekt *»Ich bin wählerisch – Verschwörungsmethoden entwirren mit dem Grundgesetz«* von Aktion Zivilcourage. Das Angebot soll bis zu 1.500 Jugendliche im ländlichen Raum dazu anregen, sich stärker in politische Debatten einzubringen und für demokratische Werte zu engagieren. Die Ausbildung befähigt die Schüler:innen dazu, eigene Workshops zum Grundgesetz durchzuführen. Zudem soll durch die Prinzipien der Freiwilligkeit, Augenhöhe und Verantwortung auch die Selbstwirksamkeit der jungen Teilnehmenden gestärkt werden.

■ Zum anderen fördert die Stiftung eine *Kampagne Stiftung Bürger für Bürger zur Sichtbarmachung von jungem, postmigrantischem Engagement*. Diese zeichnet zehn Porträts von Projekten junger Menschen zwischen 15 und 27 Jahren, mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte in Ostdeutschland. Mit folgenden Zielen: die Darstellung von Motivationen, Positionen und Perspektiven auf eine vielfältige, ostdeutsche Gesellschaft, Anerkennung des Engagements der geförderten Initiativen, Inspiration und die Schaffung von Vorbildern für andere Engagierte mit Migrati-

onsmodell und Stärkung der Geförderten, indem eine Referenz für ihr weiteres Engagement geschaffen wird.

■ Die Stiftung bringt über ihr *Bucerius Lab*, das sich aktuell mit der Zukunft von Stadt und Land im digitalen Zeitalter auseinandersetzt, Akteure zusammen, die sich mit der Frage des zivilgesellschaftlichen Engagements im ländlichen Raum auseinandersetzen – und warum es so wichtig ist und wie man es fördern kann.

■ In ihrem *»Stadt? Land? Zukunft!«-Magazin* stellt die ZEIT-Stiftung zudem Menschen und Projekte vor, die die Grenzen zwischen Städten und ländlichen Räumen aufheben.

■ Ferner geht die ZEIT-Stiftung in einer *Sommerakademie* diesen Fragen nach: Was sind ländliche Räume heute und wie könnte eine nachhaltige ländliche Zukunft aussehen? Was macht ländliche Gebiete lebenswert? Was können wir von Dörfern und den lokalen Gemeinschaften lernen und was könnten die Diskurse einer »blühenden ländlichen Zukunft« sein? Die Sommerakademie bringt dabei Wissenschaftler:innen, Praktiker:innen und lokalen Aktivist:innen zusammen – um Antworten und Perspektiven auf diese Fragen zu erhalten.

Die ZEIT-Stiftung ist davon überzeugt, dass in kleinen Orten im ländlichen Raum, aber auch in den Quartieren und Nachbarschaften im städtischen Raum bürgerschaftliches Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort zentral ist. Dabei geht es darum, dass Menschen miteinander ins Gespräch kommen – und auch miteinander im Gespräch bleiben. Unabhängig davon, ob sie Zugezogene sind, ob sie alt oder jung sind oder welche politische Einstellung sie vertreten. Aber es geht um mehr: nämlich darum, dass sie ihren eigenen Raum mitgestalten und sich engagieren.

Einzelne Förderprojekte und Veranstaltungsformate werden zukünftig nicht ausreichen – davon sind wir überzeugt. Als eine Stiftung mit langer Tradition sind wir aufgefordert, zukünftig nah an der Basis zu sein – und lokale Akteure und Möglichkeitsräume stärker zu unterstützen. Das bedeutet auch, offen für neue Engagement-Formen zu sein, Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten und Zusammenarbeit anbieten – ob im Stadtteil, in der Gemeinde oder in der Kommune. Schulen und Hochschulen sollten dabei stärker unterstützt werden, junges Engagement zu ermöglichen.

Die Zukunft unserer Gesellschaft fängt bei uns –
und vor unserer Tür an: Nur so können das

gesellschaftliche Miteinander und das Vertrauen
ineinander gefördert werden – und sich entfalten.



Die »neue« Zivilgesellschaft wirkt koproduktiv – »Wir im Quartier« als bürgerschaftliches Netzwerk

Quentin Kügler, Unterstützungsteam des Netzwerks »Wir im Quartier«, Leipzig

Tutzing, 4. Juni 2022

Klimakrise, militärische Konflikte, Pandemien, Digitalisierung, Rückgang der Biodiversität, soziale Ungerechtigkeit, Einsamkeit im Alter – unsere Gesellschaft ist mit zahlreichen *epochaltypischen Schlüsselproblemen* konfrontiert. Dabei handelt es sich ursprünglich um einen Begriff der Allgemeinen Didaktik, den der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki geprägt hat. Die erziehungswissenschaftliche Kontroverse um den Begriff oder der Eingang des Konzeptes in den Unterricht sollen hier nicht thematisiert werden, da dies hauptsächlich Lehramtsstudierende, weniger jedoch zivilgesellschaftliche Akteure beschäftigt. Der Begriff scheint für den hier relevanten Zusammenhang aber durchaus passend, da wir es unbestritten mit für unsere Epoche typischen Problemen enormen Ausmaßes zu tun haben, welche die Gesellschaft im Gesamten, ihre Teilbereiche und letztlich alle Individuen herausfordern. So wirken sich diese mittel- oder unmittelbar auf das Leben in den Kommunen, also dem eigenen Lebensumfeld, aus. Daraus folgt, dass insbesondere die Kommunen gefragt sind, Lösungen für diese epochaltypischen Schlüsselprobleme zu entwickeln – neben den vielen laufenden Aufgaben, die zu erfüllen sind.

Doch nicht nur staatliche Akteure, sondern auch die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft im intermediären Raum zwischen Staat und Individuum sind damit befasst, Beiträge zur Lösung der epochaltypischen Schlüsselprobleme zu finden: die Umweltinitiative, die sich für mehr Blühwiesen zur Stärkung der Artenvielfalt einsetzt, die Nachbarschaftshilfe, die während des Lockdowns ältere Menschen unterstützt oder die Gruppe Engagierter, die Sachspenden für Geflüchtete aus der Ukraine sammelt. Diese These eignet sich dennoch nicht zur Pauschalisierung, trifft also nicht auf alle Akteure zu – unabhängig davon, wie weit oder eng der Begriff der Zivilgesellschaft gefasst wird. Insbesondere in den letzten Jahren ist jedoch zu beobachten, dass sich verschiedene lose Gruppen von Engagierten, Initiativen, oder andere Akteure in Netzwerken zusammenschließen, um Ressourcen zu teilen und zu bündeln, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam in der Öffentlichkeit aufzutreten. Eines

dieser Netzwerke soll im Fokus dieses Beitrages stehen – und zwar *Wir im Quartier* aus Leipzig. Seit 2020 ist das Netzwerk als Pilot für transformative Stadtteilarbeit im Leipziger Westen gestartet. Das Netzwerk beschreibt sich wie folgt selbst:

Die besten Lösungen entstehen, wenn mehrere gesellschaftliche Gruppen an einem Strang ziehen. *Wir im Quartier* (WiQ) arbeitet am Aufbau eines bürgerschaftlichen Netzwerkes, in dem Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebenswelten ihr Quartier nach ihren Wünschen mitgestalten und dafür Verantwortung übernehmen.

Im Zentrum der Arbeit des Netzwerkes steht im Sinne des »An-einem-Strang-Ziehens« das koproduktive Arbeiten. Koproduktion soll hier verstanden werden als eine wirkungsorientierte Form der Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, der Politik, der Zivilgesellschaft sowie Wirtschaft und Wissenschaft in einer Kommune. Ziel ist, »die Fähigkeiten, Kompetenzen und Stärken aller Beteiligten besser zu nutzen, um gemeinsam gewünschte Wirkungen zu erzielen« (Löffler et al. 2020, S. 10). Anders als bei der Kooperation arbeiten die Beteiligten hier also nicht an autarken Teilaufgaben, sondern bringen sich mit den eigenen Stärken in das Gesamtprojekt ein. Die öffentliche Hand soll sich dabei nicht zurückziehen, sondern Teil eines Prozesses werden, der schließlich zu einem qualitativ besseren Miteinander der genannten Koproduktionspartner führt. Koproduktion ist an Voraussetzungen gebunden:

Sie bedarf eines neuen Denkens und einer Verhaltensänderung in der Zivilgesellschaft und im Rathaus. Vor allem bedarf es aktiver Koproduzenten in Kommunen und anderen öffentlichen Einrichtungen sowie Bürger, die bereit sind, mit ihrer Stadt »auf Augenhöhe« zusammenzuarbeiten. (Löffler et al. 2020, S. 11)

Dieser koproduktive Ansatz zeigt sich auch in den Strukturen von *Wir im Quartier*. Das Kernstück sind dabei die so genannten Lösungsteams. Der Ausgangspunkt ist folgender: Bürger:innen werden auf ein Problem in ihrer Nachbarschaft aufmerksam und möchten zur Lösung beitragen oder äußern Ideen, wie das eigene Quartier noch

lebenswerter gestaltet werden kann. Sie gründen ein Lösungsteam und arbeiten fortan an einzelnen Lösungs- beziehungsweise Umsetzungsschritten. Dabei werden – je nach Bedarf – unterschiedliche Koproduktionspartner hinzugezogen. Nicht in jedem Fall ist es beispielsweise notwendig, Akteure der Wirtschaft anzufragen, während in der Mehrheit der Lösungsteams die Verwaltung Koproduktionspartner:in ist. Unterstützt werden die Lösungsteams in ihrer Arbeit vom Unterstützungsteam, das derzeit zwei Personen umfasst und unter anderem bei den Lösungsschritten berät, weitere Engagierte akquiriert, Kontakte vermittelt, bei der Suche nach Förderquellen unterstützt und Hilfe in der internen Organisation der Teams anbietet. Vorteilhaft ist in diesem Zusammenhang, dass mittlerweile 25 Lösungsteams im Rahmen des Netzwerkes aktiv sind, sodass von den Erfahrungen und Ressourcen untereinander profitiert werden kann. Darauf wird noch anhand eines Beispiels eingegangen.

Die Entscheidung darüber, ob und wie ein Lösungsteam unterstützt und damit Teil des Netzwerkes wird, trifft das so genannte Steuerungsteam. Dieses ist mit den oben genannten Koproduktionspartnern besetzt: je zwei Mitglieder aus der Kommunalpolitik, der Stadtverwaltung, der Zivilgesellschaft und dem Unterstützungsteam. Das Unterstützungsteam, die Verwaltung und die Gremien der Kommunalpolitik, in diesem Fall die Stadtbezirksbeiräte der Bezirke Südwest und Alt-West, bestimmen selbst, welche Mitglieder sie entsenden. Die beiden Vertreter:in-nen der Zivilgesellschaft entstammten ursprünglich dem Quartiersrat Leipziger Westen, einem Gremium im Rahmen des Stadtumbauprozesses, das jedoch Ende 2020 aufgelöst wurde. Seitdem werden die beiden zivilgesellschaftlichen Mitglieder von dem Gesamttreffen gewählt – einem Zusammenschluss aller im Netzwerk aktiver Beteiligter.

Im Folgenden sollen die Ausführungen zur Funktionsweise der Koproduktion und des Netzwerkgedankens bei *Wir im Quartier* am Beispiel eines Lösungsteams illustriert werden – und zwar LEIPZIG GIESST. Wie bereits der Name vermuten lässt, hat sich hier eine Gruppe Engagierter im Juli 2020 zusammengefunden, um einen Beitrag für den Erhalt der Stadtbäume Leipzigs zu leisten. Motiviert wurden sie durch die vielfältige Berichterstattung rund um die extreme Trockenheit in den Sommern 2018 und 2019 mit verheerenden Folgen für die Stadtbäume. Allein in Leipzig kam es zu rund 2.000 Baumfällungen in den beiden Jahren. Die Klimaprognosen zeigen eindeutig, dass diese als extrem empfundenen Sommer zu-

künftig Normalität werden: Diese Trockenheit bestimmt neben zunehmenden Temperaturen die folgenden Sommer. Wir haben es hier also zweifelsfrei mit einem epochaltypischen Schlüsselproblem zu tun, das unsere Kommunen vor enorme Herausforderungen stellt. Als Reaktion darauf müssen zielführende Klimaanpassungsstrategien entwickelt werden. Neben dem eigenen Engagement, Bäume zu gießen, war das vordergründige Ziel der Engagierten, Aufmerksamkeit für diese Problematik zu generieren und zugleich die Leipziger:innen zum Mitgießen zu aktivieren. Begonnen hat die Initiative mit dem Aushang von Plakaten, die zum Gießen der Stadtbäume aufriefen, und einer Online-Tabelle, die alle Stadtbäume in den Stadtbezirken des Leipziger Westens verzeichnet hat. Schnell wurde klar, dass hier eine erweiterte Lösung gefunden werden muss, um das Ziel zu erreichen, möglichst viele Stadtbäume in den anhaltend trockenen Sommern durch zivilgesellschaftliches Engagement zu unterstützen.

Die Idee, eine Gieß-App zu entwickeln, entstand. Jedoch war das bisherige Team der Gießinitiative nicht in der Lage, diese zu realisieren. Bei den nächsten Schritten nach dieser Initialisierung kommt der Koproduktion eine entscheidende Rolle zu. Das bestehende Team hat wenige Wochen nach diesen Anfängen vom Unterstützungsteam wichtige Kontakte vermittelt bekommen. Als Koproduktionspartner kommt hier selbstverständlich die Stadtverwaltung infrage. Sie beauftragt städtische Eigenbetriebe oder Firmen mit der Bewässerung der Straßenbäume und koordiniert weitere Maßnahmen zum Erhalt und zur Erweiterung des Stadtgrüns. Gleichzeitig sind diese Leistungen in den trockenen Sommern jedoch allein nicht ausreichend, sodass regelmäßig von dem zuständigen Amt zum Mitgießen aufgerufen wurde. Auch zivilgesellschaftliche Akteure wurden angefragt: Einerseits das OK Lab Leipzig mit ihrer IT-Expertise, andererseits der BUND, der NABU und der Ökolöwe als die drei großen Umweltgruppen in Leipzig. Nach ersten koproduktiven Gesprächen konnten erste gemeinsame Ziele vereinbart werden, zu denen jeder der genannten Partner einen Beitrag leistete. Bei der Entwicklung der App konnte auf bereits vorhandene Infrastruktur zurückgegriffen werden. Das Unterstützungsteam stellte den Kontakt zur Technologiestiftung Berlin her, welche mit *GießdenKiez*, bereits eine entsprechende Anwendung entwickelt hatte und damit erste Erfolge feiern konnte. Sie wurde zur Basis der Leipziger Gieß-App und markierte den Beginn einer überregionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Weiterentwick-

lung der App. Grundlage für die Anwendung sind Daten aus dem Baumkataster, die das Leipziger Amt für Geoinformationen und Bodenordnung unkompliziert zur Verfügung stellte. Die entwickelte Gieß-App wurde am 25. April 2021 veröffentlicht und zeigt alle rund 57.000 Straßenbäume Leipzigs und gleicht *GießdenKiez* in der Darstellung. Jeder Baum wird mit relevanten Informationen zur Gattung, dem Standalter sowie dem Gießbedarf dargestellt. Zusätzlich gibt es eine Verlinkung auf einen passenden Wikipedia-Artikel zur weiteren Recherche. Die Nutzer:innen können eine Gießpatenschaft für Bäume übernehmen und ihre Wässerungen eintragen. Klar ist jedoch auch, dass eine App allein keinen Baum gießt. Es braucht viele motivierte Menschen, die das Problem erkennen und daraus Motivation schöpfen, selbst aktiv mitzugießen. Daraus folgt ein Bündel an Aktionen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit, welche die App flankieren. So wurde die Aktion *Tonnen an Fallrohre* ins Leben gerufen, in deren Rahmen ehemalige Biomülltonnen der Stadtreinigung aufbereitet und als Wasserspeicher- und Wassertransporttonnen eingesetzt werden. Zu dieser Aktion gab es auch eine Zusammenarbeit mit Politiker:innen, um eine offizielle Anfrage dazu im Stadtrat zu stellen – ein weiterer koproduktiver Schritt. Auch der Bildungsaspekt wird berücksichtigt. Im Sommer dieses Jahres wurde ein Projekt an Kindertagesstätten gestartet, um auch die Jüngsten für diese Thematik zu sensibilisieren. Das Team profitiert dabei von *Wir im Quartier* als Netzwerk. So wird für die zweiwöchentlichen Teamtreffen beispielsweise die Treffhaltestelle als Räumlichkeit genutzt – ein Nachbarschaftstreff, der insbesondere ältere Menschen zusammenbringen möchte, und ebenfalls ein Lösungsteam ist. Ziel des Lösungsteams ist es, die Wissenschaft zukünftig ebenfalls als Partner:in für kommende Projekte zu gewinnen und wirtschaftliche Akteure anzusprechen, um zum Beispiel Geschäfte zu bitten, ihre Wasserquelle zum Gießen zur Verfügung zu stellen.

Ohne die Koproduktion der genannten Partner würde es LEIPZIG GIESST heute in der Form nicht geben. Die Verwaltung hätte eine solche App nicht in derselben Zeit entwickeln können und die zivilgesellschaftlichen Akteure könnten ohne die Daten und die fachliche sowie finanzielle Unterstützung der Verwaltung ebenfalls keine App aufsetzen. Die Koproduktionspartner sind zur Realisierung ihrer Ideen aufeinander angewiesen und können nur gemeinsam wirkungsvoll zur Lösung einer der vielen Herausforderungen

beitragen, indem sie ihre Stärken, Erfahrungen und Ressourcen in diesen Prozess einbringen.

Um die Wirkung von Koproduktion nicht nur behaupten, sondern auch konkret nachweisen zu können, wurde in diesem Jahr an einem Wirkungsmodell für das Netzwerk im Gesamten gearbeitet und eine erste Version vorgelegt. In komplexen Systemen, wie der Koproduktion, beeinflussen sich viele Faktoren gegenseitig, die jedoch in einer linearen Denkweise nur schwer zu erfassen sind. Es ist daher notwendig, sich dem Systemdenken beziehungsweise dem vernetzten Denken zu bedienen, um die Wirkungsketten von Koproduktionsprozessen hinreichend zu erfassen und zu beschreiben. Dazu wurde sich der Methode *System Thinking and System Dynamics* bedient, die es ermöglicht, soziale, wirtschaftliche, ökologische und politische Faktoren in einem einzigen Analyserahmen zu integrieren und durch kausale Beziehungen zu verknüpfen. Im Ergebnis entstand ein Systemdiagramm mit sieben zentralen Rückkopplungsschleifen. Die Leistung des Systems (Output) wird durch die Mitwirkung von Bürger:innen und von Dritten im Rahmen der Koproduktion, aufgrund von Motivation durch soziale Anerkennung sowie durch die Verantwortung für das Quartier getrieben. Ausbalanciert wird die Leistung (Output) durch Zeit- und Ressourcenmangel sowie durch mögliche Interessenskonflikte. Als Wirkung des Systems (Outcome) entsteht sozialer Zusammenhalt sowie Gemeinwohl und Resilienz, die quartiersgenau durch Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (INSEK) angesteuert werden können. Ein solches Modell wurde auch für die Arbeit von LEIPZIG GIESST entwickelt und soll zukünftig auch die Wirkung weiterer Lösungsteams aufzeigen.

Das Team um *Wir im Quartier* hat in den letzten Jahren einiges an konzeptionellen und praktischen Erfahrungen sammeln können – auch über das bürgerschaftliche Netzwerk hinaus, beispielsweise bei der Entwicklung des Bürgerbahnhofs in Plagwitz. Im Sinne eines Erfahrungsaustausches werden deutschlandweit Beratungs- und Coachingformate für Kommunen und Organisationen zum Thema Koproduktion angeboten. So sollen die voraussetzungsvollen Koproduktionsprozesse auch nach ihrer Initialisierung begleitet werden, um ein nachhaltiges Wirken zu ermöglichen.

Wenn also die Frage nach der Zukunft der Zivilgesellschaft gestellt wird, dann ist ein Teil der Antwort, dass diese zunehmend als Teil von Koproduktionsprozessen zur Lösung von epochal-

typischen Schlüsselproblemen im Sozialraum der Kommune beitragen wird. Koproduktion kann dabei natürlich äußerst unterschiedlich gestaltet sein. Die Vielfalt der Formate konnte hier nicht dargestellt werden, aber anhand des Netzwerkes Wir im Quartier und des Lösungsteams LEIPZIG GIESST wurde exemplarisch aufgezeigt, wie Koproduktion praktisch funktionieren kann, um zu Lösungen für den eigenen Sozialraum zu gelangen.

Literaturhinweise:

Abt, Jan/ Blecken, Lutke/ Bock, Stephanie/ Diring, Julia/ Fahrenkrug, Katrin (Hrsg.), 2022: *Von Beteiligung zur Koproduktion. Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung.* Wiesbaden.

Löffler, Elke/ Timm-Arnold, Peter/ Bovaird, Tony/ Van Ryzin, Gregg, 2015: *Koproduktion in Deutschland: Studie zur aktuellen Lage und den Potenzialen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern.* Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. 

Unterstützung der Zivilgesellschaft durch den Staat – Erwartungen, Möglichkeiten und aktuelle Entwicklungen in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen

Markus Priesterath, Bundesministerium des Innern und für Heimat, Referat GII3 (Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement), Berlin

Tutzing, 5. Juni 2022

Seit dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags im Jahre 2002 wird das Verhältnis der Zivilgesellschaft in allen ihren Facetten und ihrer Vielschichtigkeit und staatlichen Institutionen sowie »der Politik« generell immer wieder diskutiert und, oft in Situationen aktueller Herausforderungen für beide Seiten, kritisch hinterfragt, gegenseitige Erwartungshaltungen geäußert, aber auch Grenzen und unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen oft kontrovers thematisiert. Als ein Ergebnis des erwähnten Berichtes von 2002 wurde das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) gegründet und es ist als die Plattform zur Bündelung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten bis heute aktiv und präsent.

Neben der Vernetzung untereinander und dem gemeinsamen Wunsch nach einer starken Kooperation, auch in der Funktion eines Lobbyisten der Zivilgesellschaft standen und steht nach hiesiger Wahrnehmung auch der Dialog mit dem Staat und seinen Strukturen auf Bundes-, aber auch auf Landes- und kommunaler Ebene immer im Fokus. Aus dem Selbstverständnis heraus, dass eine lebendige und inklusive Gesellschaft, in der Solidarität und gegenseitige Unterstützung nicht nur einen herausragenden Wert darstellt, sondern auch Aktivitäten des Einzelnen erwünscht und erfordert, ist es notwendig, alle Strukturen und Bereiche in diesen engen Dialog einzubinden. Hierbei wird die Aufgabe der Zivilgesellschaft und ihrer Strukturen nicht darin gesehen, staatliche Aufgaben z.B. dann zu übernehmen, wenn der Staat in bestimmten herausfordernden Situationen scheinbar an seine Grenzen kommt. Vielmehr sollte der Staat das Engagement und seine Strukturen so – und wenn möglich ausreichend – unterstützen, dass dies umfassend, freiwillig und selbstbestimmend wahrgenommen und gelebt werden kann. Das bedeutet auch, dass eine Beeinflussung oder gar Steuerung der Aktivitäten im Engagementbereich durch staatliche Vorgaben generell abgelehnt wird.

Die Aufgabe des Staates sollte eher und primär darin bestehen, wirkungsvolle und perspektivisch wirkende und fundiert etablierte Rahmenbedingungen zu gewährleisten und gegebenenfalls zu schaffen. Dazu gehört auch die Förderung des Engagements in seiner Vielfältigkeit und strukturellen Diversität mit finanziellen Mitteln, die aktuell auf Bundeseite seit der Abkehr vom Postulat der institutionellen Förderung im Wesentlichen über Projektförderung mit der diesem Ansatz innewohnenden zeitlichen Begrenzung auf im Regelfall bis zu drei Jahren unter den Voraussetzungen der Bundeshaushaltsordnung (BHO) gewährt wird. Seit vielen Jahren wird dieser Ansatz von Seiten der Zivilgesellschaft als nicht ausreichend angesehen, da er es quasi unmöglich macht, längerfristige Strukturen aufzubauen und das erworbene Wissen und Ergebnisse der Arbeit in stabile Prozesse einfließen zu lassen. Dazu gehören natürlich auch die durch die Projektförderung zeitlich begrenzten Arbeitsverträge für Mitarbeiter:innen, für die darüber hinaus bei der oft auch aufgrund der nicht umfassenden finanziellen Förderung ihrer Stellen über ein Projekt die parallele Mitarbeit in mehreren Projekten notwendig ist. Dies führt in vielen Fällen zu sehr starken Beanspruchungen und auch zu Reibungsverlusten, Hand in Hand gehend mit einer immer wieder präsenten Sorge um die Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes und damit des Lebensunterhaltes. Auch dieser oft eher frustrierende als motivierende Ansatz wird in die Diskussion über die Weiterentwicklung der Förderung einer vernünftigen und auch notwendigen Engagementpolitik des Staates immer wieder gerade vor dem Hintergrund genannt, dass eine wirkungsvolle und effektive Zusammenarbeit zwischen Staat (Politik und Verwaltung) und Zivilgesellschaft letztendlich unumgänglich und notwendig ist, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nachhaltig zu stärken und auszubauen.

Auf dieser Tagung zog sich durch die diversen Foren und Gesprächsrunden die Frage, wie und in welche Richtung sich die organisierte Zivilgesellschaft entwickeln wird. Stichworte wie Individualisierung, Professionalisierung, Informalisierung, Politisierung und Digitalisierung wurden

angesprochen und in ihrer Wirkung und Bedeutung thematisiert. Diese und andere Punkte wurden unter dem Aspekt einer »neuen« Ausrichtung, eines geänderten Selbstverständnisses und »neuer« Herausforderungen diskutiert und natürlich wurde auch die Frage erörtert, welche Unterstützung die Zivilgesellschaft bei diesem Prozess benötigt, um ihrem (eigenen) Ziel und den Erwartungen an sie, ein »Bollwerk« zur Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes darzustellen, gerecht werden zu können. An dieser Stelle soll kurz auf die gesellschaftlichen Herausforderungen in den letzten Jahren und die Aktivitäten und Entwicklungen in der engagierten Zivilgesellschaft in einer kurzen historischen Abfolge bis heute eingegangen werden, alles auch unter dem Aspekt der Wechselwirkung von zivilgesellschaftlichem Handeln und (begleitenden) staatlichen Aktivitäten. Bewusst soll hier nicht von »Krisen«, mit denen man teilweise andere Szenarien verbindet und auch andere Verantwortlichkeiten und Zuordnungen in der Bewältigung definiert, sondern von »Herausforderungen« für die gesamten gesellschaftlichen Strukturen (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) gesprochen werden.

Die Einreise von ca. 900.000 Flüchtlingen primär aus Kriegs- und Bürgerkriegsregionen in den Jahren 2015 und 2016 stellten die aufnehmenden kommunalen Strukturen nach der bekannten Rede der damaligen Bundeskanzlerin Merkel, dass man Flüchtlinge nicht die Unterstützung verwehren und sie deshalb an der Grenze nicht abweisen dürfe, vor anfänglich schier unlösbare Probleme in Registrierung, Unterbringung, Versorgung und Begleitung. Ohne die spontane Unterstützung gerade auch vieler Menschen ohne Anbindung an traditionelle Engagementstrukturen, Organisationen und Vereine wäre es in den ersten Wochen und Monaten noch viel schwieriger bis regional unmöglich gewesen, die ankommenden Flüchtlinge zeitnah mit dem Nötigsten zu unterstützen und bei ihrem weiteren Aufenthalt zu begleiten. Angefangen von Sachspenden, die spontan zur Verfügung gestellt wurden, über Unterstützung bei der Unterbringung, Versorgung und Orientierung in einem fremden Land oft ohne jegliche sprachliche Kompetenz und soziale Kontakte, bis hin zum Übersetzen und Dolmetschen mit Hilfe vieler Menschen, die schon längere Zeit in Deutschland leben und aus den Regionen stammen, aus der die Flüchtlinge kamen. Es bildeten sich mit dem regionalen Schwerpunkt »Berlin« sehr viele digitale Plattformen, die zu Spenden aufriefen, sich gegenseitig informierten und in der Begleitung und Betreuung der Flüchtlinge

vernetzten. Auch viele Flüchtlinge selber kommunizierten nicht nur mit Angehörigen und Freunden aus dem Heimatland oder in den Flüchtlingslagern über soziale Medien; auch die Vernetzung und Unterstützung untereinander hier in Deutschland fand oft in dieser Weise statt.

Diese in der öffentlichen Wahrnehmung neuen oder an Bedeutung gewinnenden Formen des Engagements des digitalen und informellen (individuellen und nicht an Vereine etc. gebundenen) Engagements prägten nicht nur sehr stark die damalige Situation. Das digitale Engagement, oft von jungen Menschen initiiert und gelebt, offenbarte nicht nur eine »andere« Art der schnellen spontanen und nicht ortsgebundenen Kommunikation, sondern machte auch deutlich, dass die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation auch eine weitere Option für die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements allgemein darstellen.

Der Bund versuchte diese Entwicklung ab einem bestimmten Zeitpunkt flankierend zu begleiten, indem z.B. digitale Innovationen und Ansätze in die Förderung aufgenommen wurden. Von den damals gegründeten und bis heute aktiven Plattformen ist Betterplace Lab, beginnend von einer Spendenplattform hin zu einem wichtigen nationalen und internationalen Player, vielleicht die bekannteste.

Die Entwicklung machte aber auch deutlich, dass sich auch traditionelle Vereinsstrukturen auf Dauer nicht den Optionen einer digitalen Öffnung und Weiterentwicklung verschließen konnten und wollten. Nicht nur im Hinblick auf Probleme bei der Gewinnung von Nachwuchs bei den Mitgliedern, auch bei der Bereitschaft zur Übernahme von verantwortlichen Funktionen innerhalb des Vereins, zeigte sich sehr deutlich, dass man nur dann junge und noch nicht im Fokus stehende Zielgruppen erreichen kann, indem man sich digital öffnet und damit auch gerade jüngeren Menschen die Möglichkeit bietet, sich mit ihren Fähigkeiten und Interessen aktiv an der Gestaltung des Vereinslebens und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Dabei zeigte es sich 2015ff. auch deutlich, dass der Wunsch und die Bereitschaft der spontan Helfenden, sich einem Verein anzuschließen oder gar selber einen zu gründen, oft nur sekundär vorhanden war.

Ein weiterer wichtiger Aspekt als Erfahrung aus der Zeit 2015ff., der die Diskussion zwischen Zivilgesellschaft und Staat bis heute maßgeblich mit beeinflusst, ist die Verstetigung einer Zivil-

gesellschaft in dem Bewusstsein, dass der Staat solche umfassenden gesellschaftlichen Herausforderungen alleine mit seinen oft eher nicht spontan entscheidenden und wirkenden Strukturen nicht bewältigen kann und auf eine lebendige, aktive, spontan agierende und sich weiter professionalisierende Zivilgesellschaft angewiesen ist. Die Forderungen nach breiter und perspektivischer angelegter (finanzieller) Unterstützung nicht nur in Form von Programmen, sondern auch durch einen Einstieg in eine strukturelle Förderung wurden lauter und dringlicher.

Mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein Hand in Hand gehend wurde auch der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft an (politischen) Entscheidungsprozessen auf allen föderalen Ebenen in Ergänzung der gängigen Beteiligungsformate immer lauter. Ziel war und ist es dabei häufig, Strukturen, die in Zeiten der Herausforderungen auf- oder ausgebaut worden sind und sich bewährt haben, in sog. »ruhigeren« Zeiten nicht wieder komplett herunterfahren zu müssen, sondern wenigstens in einer Grund- oder Basisstruktur unabhängig von aktuellen zeitlich befristeten Projekten zu erhalten. Der Staat wird dabei immer wieder daran erinnert und aufgefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen und an der Diskussion über gesellschaftliche Prozesse die Zivilgesellschaft auf Augenhöhe von Beginn an zu beteiligen.

Auf der Basis der Erfahrungen und des großen Engagements in den Jahren 2015 und 2016 war auf Bundesebene in den Jahren ab 2016 festzustellen, dass nicht nur Wahrnehmung, Förderung und Anerkennung des zivilgesellschaftlichen Engagements dankend zur Kenntnis genommen wurde. Schon im letzten Koalitionsvertrag auf Bundesebene aus dem 2018 wurden an diversen Stellen verbesserte Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten schriftlich fixiert. Dazu gehörten in der Umsetzung in den Jahren 2018 bis 2021 z.B. die Verfestigung und der Ausbau von flächendeckenden Programmen wie »Demokratie leben«, »Zusammenhalt durch Teilhabe«, wie auch gerade unter dem Blickwinkel der unterschiedlichen Herausforderungen im Bereich des Engagements im ländlichen Raum (»Engagiertes Land«) und städtischen Umfeld (»Engagierte Stadt«) oder aber auch im Hinblick auf bestimmte, im Laufe der Zeit erweiterte Zielgruppen (»Menschen stärken Menschen«).

Es zeigte sich auch deutlich, dass die dargestellten »neuen« Engagementformen (digital und

informell) nicht oder nur punktuell durch traditionelle Förderprogramme berücksichtigt werden können. Ist es beim individuellen Engagement schlichtweg die fehlende Anbindung an als gemeinnützig anerkannte Vereine, waren die gängigen Förderprogramme oft nicht auf digitales Engagement, sondern eher auf Erleben und Engagement in der Begegnung und vor Ort ausgelegt. Auch hier versuchte die Bundesregierung, sowohl junge »digitale« Innovationen zu fördern (z.B. BMI) oder aber auch z.B. die Wohlfahrtsverbände bei der Digitalisierung zu unterstützen (z.B. BMFSFJ).

Im Koalitionsvertrag der letzten Großen Koalition (bis 2021) wurde u.a. auch vereinbart, eine Kommission einzurichten, die untersuchen sollte, ob und inwieweit es gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands gibt und wo gegebenenfalls der größte Bedarf vorliegt, Verbesserungen und Angleichungen vorzunehmen. In dieser Kommission, die dem Bundeskabinett im Sommer 2019 ihre Empfehlungen vorlegte, waren Bund, Länder und Kommunen vertreten. In der FAG (Facharbeitsgruppe) 6, die sich mit Engagement und Demokratieförderung beschäftigte und damit direkt die Schnittpunkte zwischen staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln untersuchte, wurden die Akteure der Zivilgesellschaft in mehreren Runden aktiv einbezogen. Als eine Empfehlung der Kommission aus dieser FAG heraus wurde vorgeschlagen, eine zentrale Anlaufstelle für Engagement und Ehrenamt in Form einer Stiftung zu gründen. Dieser Vorschlag wurde vom Kabinett so übernommen und drei Bundesministerien (BMI, BMFSFJ und BMEL), die sich in diesem Bereich sehr aktiv in die Kommission eingebracht hatten, wurden beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag für die Regierungsfraktionen als eine Art »Formulierungshilfe« zu erarbeiten, die dann von diesen als Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden sollte. Ziel war es, besonders in ländlichen und strukturschwachen Regionen Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Engagementstrukturen zu leisten und Menschen dort auch durch Anerkennung und individuelle Qualifizierung zu motivieren und zu fördern.

Dies geschah im Spätsommer 2019 und nach dem Gesetzgebungsverfahren und der Standortbestimmung wurde dann per Errichtungsgesetz die öffentlich-rechtliche »Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt« (DSEE) mit Sitz in Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt (BGBl) zum 01.04.2020 gegründet. Damit wurde eines

der wichtigsten Vorhaben der Bundesregierung in diesem Bereich umgesetzt. Inzwischen verfügt die DSEE (anvisiert sind bis zu 75 Mitarbeiter:innen) über ca. 60 Mitarbeiter:innen, die sich auf mehrere Abteilungen verteilen und die Bereiche Information, Unterstützung durch vielfältige Aktivitäten im Bereich der Beratung, Qualifizierung und Vernetzung und Förderung aktiv gestalten. Inzwischen wurden diverse Programme erarbeitet, die teilweise parallel laufend versuchen, gerade auch kleineren Organisationen und Vereinen zu helfen und sie bei der Nachwuchsgewinnung aktiv zu unterstützen.

Die Gründung der Stiftung als zentraler Ansprechpartner auf Bundesebene wurde gerade in großen Verbänden und Netzwerken der Zivilgesellschaft oft unter mehreren Aspekten nicht unkritisch gesehen. Auf der einen Seite befürchtete man die Schaffung von Doppelstrukturen in Bereichen, die schon von zivilgesellschaftlichen Plattformen und Netzwerken (gerade dem BBE) bedient und ausgefüllt werden. Daneben bestand natürlich die nicht ungerechtfertigte Sorge, dass eine vom Bund finanzierte Stiftung Einfluss ausüben kann und somit die Unabhängigkeit und Selbstverantwortlichkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen in Frage gestellt wird. Darüber hinaus befürchteten auch viele etablierte Organisationen einen Aderlass an qualifizierten und engagierten Mitarbeiter:innen aufgrund der Entlohnung und der Perspektive einer Festanstellung bei der DSEE. Auch die Mutmaßung, dass vielleicht die Lage des Standortes nicht sehr attraktiv und eher etwas abgelegen sei, konnte diese Befürchtungen kaum widerlegen.

Die fast parallel laufenden Einschränkungen aufgrund der Pandemie seit März 2020 und die Verlagerung großer Arbeits- und Aktivitätsbereiche in den digitalen Raum (Homeoffice und digitale Konferenzen), die zu einer bis heute andauernden Veränderung des Arbeitsumfeldes geführt haben, haben dazu beigetragen, dass viele Menschen sich bei der DSEE beworben und auch eine Stelle angetreten haben, die nicht oder nicht direkt nach Neustrelitz umziehen wollen, sondern einen Teil ihrer Arbeit im Homeoffice verbringen.

Diese Entwicklung, oft schmerzhaft für die Organisationen und Netzwerke der Zivilgesellschaft, hat aber auch wesentlich dazu beigetragen, dass in der DSEE in überwiegendem Maße Menschen arbeiten, die aus zivilgesellschaftlichen Strukturen kommen und somit auch ein gutes Bindeglied darstellen. Beispielhaft sollen dabei lediglich die beiden Vorsitzenden Katarina Peranic (aus der

Stiftung Bürgermit in Berlin) und Jan Holze (vorher Engagementstiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und lange Jahre Vorsitzender der DOSB-Jugend) genannt werden.

Die Gründung und Arbeitsaufnahme der DSEE fiel fast zeitgleich in die ersten spürbaren Einschränkungen und Veränderungen auch für alle Aktivitäten des Engagements aufgrund der Coronapandemie ab März 2020, die gerade auch für Vereine und Organisationen und deren innere und äußere Aktivitäten große und äußerst kurzfristige Veränderungen mit sich brachte. Auf der einen Seite erlahmte das spür- und lebbare Vereins- und Organisationsleben aufgrund vielfacher Schließungen und drastischer Einschränkungen, z.B. bei Projekten, die von Begegnungen und gemeinsamen Aktivitäten vor Ort leben, aber auch durch die Absage von Veranstaltungen wie Sportwettkämpfen, Sommerfesten oder sonstigen gemeinsamen Aktivitäten, die zum festen Kern des gesellschaftlichen Lebens gehören und gerade in ländlichen Gebieten für viele Menschen oft eine willkommene Abwechslung bedeuten. Auf der anderen Seite führten die strengen Restriktionen gerade während der Zeiten des Lockdowns auch dazu, dass Menschen noch stärker isoliert wurden, die schon unter dem Damoklesschwert der Vereinsamung leiden. Das lag auch daran, dass die Engagierten, die sie oft in Form der individuellen Nachbarschaftshilfe betreuten, sich oft nicht mehr um diese Menschen kümmern konnten, da sie in vielen Fällen z.B. aufgrund ihres Alters zu den gefährdeten Gruppen gerechnet wurden.

Die diversen Hilfsprogramme der Bundesregierung in dieser Zeit konnten nur bedingt den Vereinen und Organisationen im zivilgesellschaftlichen Bereich Hilfe bieten. Ein direktes und umfassendes Paket zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Breite und Vielfältigkeit gab es nicht. Die Bundesregierung versuchte über die DSEE mit einem Sonderprogramm »Corona« in der 2. Jahreshälfte 2020 vielen Organisationen und Vereinen gerade bei den unumgänglichen Versuchen zu helfen, sich auf Digitalisierung einzustellen und entsprechend auszurüsten und fit zu machen. Nahezu 20 Millionen Euro aus den Haushaltsmitteln des BMFSFJ konnten zur Verfügung gestellt werden, wodurch allerdings nur ein gewisser Prozentsatz der insgesamt eingegangenen ca. 12.500 Anträge mit einem positiven Bescheid bedacht werden konnten.

Seit dem Jahr 2021 werden der DSEE aus den Haushaltsmitteln des Bundes (jeweils 1/3 BMI,

BMFSFJ und BMEL) jährlich durch den Haushaltsgesetzgeber 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, wobei die absolute Mehrzahl der Mittel zur Förderung, Beratung, Schulung und Information für die Zivilgesellschaft nach einem jeweiligen Beschluss des Stiftungsrates verwendet wird. Dabei steht neben der Blickrichtung in die ländlichen Räume und strukturschwachen Regionen auch übergreifend die Frage der Digitalisierung für den Bereich zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Fokus, wobei neben der Nutzung und Entwicklung digitaler Möglichkeiten auch die Beibehaltung sozialer Kompetenzen eine entscheidende Rolle spielt.

In den Jahren 2021 und 2022 wurden über das 2-Milliarden-Euro-Programm (über BMFSFJ) zur Unterstützung gerade von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Zeit noch einmal zusätzlich 30 Millionen an die DSEE gegeben, die damit das Programm »ZukunftMut« ins Leben rief und damit sehr viele gerade auch kleinere Organisationen und Vereine unterstützen konnte. Auch bei der regional begrenzten, dort aber sehr extrem über die Menschen kommenden Flut hauptsächlich an Ahr und Erft konnte die DSEE primär beratend zur Seite stehen und z.B. ehrenamtliche Helfer über Fragen der Versicherung etc. aufklären oder durch diverse Anerkennungsformate den Helfer:innen danken und ihr Engagement ausdrücklich würdigen.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und die darauf folgende Fluchtbewegung Richtung Westeuropa und dabei über Polen in starkem Maße auch nach Deutschland ist und bleibt voraussichtlich eine weitere Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft. Auch hier zeigte sich sehr schnell und eindrucksvoll, wie viele Menschen in unserer Gesellschaft bereit sind, spontan und direkt zu helfen und damit auch Verantwortung für andere Menschen (in diesem Fall die aus der Ukraine kommenden Flüchtlinge) zu übernehmen und individuell sehr viel schneller zu reagieren, als es staatliche Strukturen oft in der Lage sind.

Anders als 2015 bildete sich aber mit der Alliance4Ukraine sehr schnell eine Plattform der Zivilgesellschaft, die mit Unterstützung der DSEE, aber auch von Stiftungen und Firmen, ebenfalls einen Fonds ins Leben rief, aus dem sehr unkonventionell Mittel beantragt werden konnten. Die Bundeinnenministerin Faeser übernahm schon Anfang April die Schirmherrschaft über die Alliance; seit einigen Monaten gibt es einen regelmäßigen Austausch über eine durch das BMI ins

Leben gerufene und organisierte Koordinierungsrunde zwischen Bundesbehörden und bundesweit agierenden zivilgesellschaftlichen Akteuren (einschließlich der Allianz ukrainischer Verbände), aus dem teilweise nachhaltige Kooperationen und gemeinsame Aktivitäten entstanden sind. Darüber hinaus hat die DSEE für 2022 zusätzlich 15 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt bekommen, um damit wirkungsvoll das ehrenamtliche Engagement zur Unterstützung der Flüchtlinge auch finanziell zu begleiten.

Diese Aktivitäten zeigen, dass inzwischen – lernend aus den Erfahrungen des eher »Nebeneinander« oder »Die Zivilgesellschaft muss ausbauen, was der Staat nicht schafft« der Jahre 2015/2016 – von Beginn an eher ein »Miteinander« angestrebt und (wie beispielhaft dargestellt) auch umgesetzt wird.

Das bezieht sich aber nicht alleine auf das Zusammenspiel auf Bundesebene, auch aus vielen Kommunen ist zu vernehmen, dass oft bei den Runden Tischen oder Netzwerken vor Ort Vertreter:innen der Zivilgesellschaft viel präsenter und zeitnaher aktiv eingebunden werden. Aber sind diese zweifellos positiven Entwicklungen ausreichend und »genügen« sie zivilgesellschaftlichen Ansprüchen?

Sieht man sich neben den dargestellten gesellschaftlichen Herausforderungen der letzten sieben Jahre noch einmal konkreter die Bereiche an, in denen von Seiten der organisierten Zivilgesellschaft seit Jahren Änderungen bis hin zu einem Paradigmenwechsel gefordert werden, stehen wir auch hier vor großen Aufgaben und Diskussionsprozessen, unabhängig von Herausforderungen wie oben thematisiert. Schon in der letzten Legislaturperiode stand eine umfassende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts im Koalitionsvertrag. Die Änderungen, die z.B. in der Verordnung zur Umsetzung des Jahressteuergesetzes 2020 im Januar 2022 veröffentlicht worden sind, gehen vielen Akteuren der Zivilgesellschaft allerdings nicht weit genug.

Auch die als zu bürokratisch und starr empfundenen Maßgaben der Bundeshaushaltsordnung (BHO) im Bereich des »Zuwendungsrechts« werden immer wieder kritisiert und umfassende Vereinfachungen gefordert.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt, der für das Zusammenwirken zwischen Staat und Zivilgesellschaft eine elementare Bedeutung hat, ist die breit gefächerte Forderung nach einer umfassenden

und längerfristig angelegten (und finanzierten) Förderung von Engagementstrukturen, die auch in Zeiten eher geringer Herausforderungen im Kern erhalten bleiben und somit das zivilgesellschaftliche Leben auf sichere Füße stellen und nicht den Unwägbarkeiten zeitlich befristeter Projektförderungen unterwerfen. Diesen schon in den zwei letzten Legislaturperioden primär im BMFSFJ und später auch im BMI diskutierten Ansatz eines »Demokratiefördergesetzes«, das, primär basierend auf einer Verfestigung des Programms »Demokratie Leben« einen Einstieg in eine strukturelle Förderung sein könnte, ist in dieser Legislaturperiode in den Koalitionsvertrag als Ziel übernommen worden. In gemeinsamer inhaltlicher Federführung von BMFSFJ und BMI wird auch nach Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Bundesländer in den nächsten Wochen ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht und das Gesetz wenn möglich zu Beginn des Jahres 2023 in Kraft treten.

Ein anderes Vorhaben des aktuellen Koalitionsvertrages stellt die Erarbeitung einer Nationalen Engagementstrategie unter der Federführung des BMFSFJ dar. Hier laufen die ersten Gespräche u.a. mit den Ländern und zivilgesellschaftlichen Akteuren unter organisatorischer Einbindung der DSEE; ein konkreter Zeitplan liegt bis dato, anders als beim Demokratiefördergesetz, noch nicht vor. Auch bei einem weiteren Punkt des Koalitionsvertrages, bei dem es Schnittpunkte zum Engagementbereich gibt, z.B. einem Bildungsgipfel auf Bundesebene, stehen die konkreten Umsetzungsaktivitäten noch nicht fest.

Dies sind nur einige Punkte und Akzente im Wechselspiel zwischen Staat (Politik und Verwaltung) und Zivilgesellschaft. Die aktuellen Herausforderungen und die Diskussionen über die Verbesserung der Rahmenbedingungen wird aller Voraussicht nach auch die nächsten Jahre prägen und damit sehr bedeutsam sein für die Frage, in welche Richtung sich das Engagement und damit die Gesellschaft entwickelt. 

Moderne Engagementpolitik in elf Thesen

Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Nürnberg

Tutzing, 5. Juni 2022

Von Engagementpolitik reden wir etwa seit den 2000er Jahren, als mit der Enquetekommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, der Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Einsetzung des Unterausschusses für Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag das Bürgerschaftliche Engagement als Querschnitts- und politische Gestaltungsaufgabe fachlich profiliert wurde. Vorher gab es Ansätze von Engagementpolitik, aber doch meist spartenbezogen, z.B. als Sportpolitik. Bis heute haben sich bei engagementpolitischen Akteur:innen gemeinsame Überzeugungen herauskristallisiert, die in den folgenden in elf Thesen skizziert werden sollen. Das heißt nicht, dass sie sich schon in den entscheidenden politischen Gremien Gehör verschafft, geschweige denn durchgesetzt hätten. Es gibt eine ausformulierte Engagementpolitik, aber sie ist (noch) politisch randständig (detaillierter hierzu Röbbke 2021).

These 1: Es gab und gibt Engagementpolitik, auch wenn sie nicht bewusst betrieben wird, z.B. als eingespielte Routine der Mittelverteilung. Der größte Ressourcenanteil geht in Deutschland in steuerliche Erleichterungen (Übungsleiterpauschale, Ehrenamtspauschale), danach kommen die Freiwilligendienste. Die meisten Ressourcen werden für eine sehr kleine Gruppe von Engagierten aufgewendet. Ein weiteres Beispiel ist die starke Stellung der Wohlfahrtsverbände, obwohl das Bürgerschaftliche Engagement in diesen Organisationen seit Jahrzehnten stark rückläufig ist.

These 2: Die gegenwärtige Lage der real existierenden Engagementpolitik ist vor allem eine Schieflage. Sie bildet nicht die Wirklichkeit ab. Heute ist z.B. nur die Hälfte der Vereine in Verbänden organisiert. Das informelle Engagement ohne juristische Form nimmt immer mehr zu. Diese Entwicklungen spiegeln sich in der derzeitigen Realität der engagementpolitischen Unterstützung nicht angemessen wider.

These 3: Die Leitvorstellung der Engagementpolitik lautet: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft bilden einen intermediären Sek-

tor, der sich von Wirtschaft, Staat und Privatsphäre abgrenzt, aber zugleich die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren verbindet und als Öffentlichkeit ins gemeinsame Gespräch bringt. Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement sind ihrem Wesen nach inklusiv und sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bauen Brücken zwischen sozialen Schichten, Milieus und Kulturen, etc. Zugleich muss die Gefahr im Auge behalten werden, dass Zivilgesellschaft exkludierend wirken kann. (Soziales Kapital ist auch ein Machtinstrument, wie Pierre Bourdieu betont hat.) Die sozialen Unterschiede und Bildungsdifferenzen im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements müssen deutlich mehr als bisher in der Engagementpolitik Beachtung finden.

These 4: Die grundsätzliche inklusive Funktion von Bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft verändert sich in den Formen und Formaten rasant, insbesondere in den letzten Jahrzehnten. Sie ist in ständiger Transformation begriffen. Heute sind nicht mehr die großen korporativen Vereinigungen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände alleine tonangebend, sondern eine Vielfalt von Strukturen. Zugleich wandeln sich die Formen des Engagements: Zeitlich begrenztes, projektförmiges Engagement wird verbindlicherem Engagement, etwa in gewählten Ehrenämtern, vorgezogen. Digitalisierung ist auch im Bürgerschaftlichen Engagement auf dem Vormarsch. Diese Transformationsprozesse müssen durch Engagementpolitik klug begleitet werden.

These 5: Bürgerschaftliches Engagement ist als eigenständige, unentgeltliche und freiwillige Tätigkeitsform gegenüber der Erwerbsarbeit zu profilieren. Übergänge von Freiwilligem Engagement als »Einstieg« in die Erwerbsarbeit, Social-Entrepreneurship, Gemeinwohlunternehmertum, sind nicht ausgeschlossen und klug zu gestalten. Zeitpolitik ist in einer von Erwerbsarbeit dominierten Gesellschaft notwendig, um genügend Entfaltungsmöglichkeiten für Bürgerschaftliches Engagement bereitzustellen. Zudem ist der Wert des Bürgerschaftlichen Engagements im Bildungsprozess und als wesentlicher Teil von Bildungslandschaften stärker hervorzuheben und zu fördern.

These 6: Schnittstellen zwischen Staat und Zivilgesellschaft sind sorgfältig zu gestalten im Sinne der Bewahrung des Eigensinns und einer Vermeidung von Instrumentalisierungen – Ganz im Sinne des Böckenfördeschen Diktums, wonach der demokratische Staat von Voraussetzungen des Engagements der Bürger:innen lebt, die er selbst nicht direktiv anweisen oder erzeugen kann. Staatliches Handeln und staatliche Institutionen können bürgerschaftliche Infrastrukturen nicht kompensieren oder gar ersetzen. Sie sollen sie unterstützen und für gute Rahmenbedingungen sorgen. Hierzu gehört auch die stetige Anstrengung, durch Entbürokratisierung die Freiwilligen zu entlasten, damit sie sich ganz auf ihre wichtige Tätigkeit konzentrieren können.

These 7: Engagementpolitik setzt an den unmittelbaren Lebenswelten der Menschen an. Sie ist subsidiär, auch im Sinne einer partizipativen Ausrichtung. Es geht nicht nur ums Mitmachen, sondern auch ums Mitgestalten. Selbstorganisation und Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und auszubauen, steht im Fokus der Engagementpolitik.

These 8: Engagementpolitik ist Kulturpolitik. Sie muss der Freiheit des Bürgerschaftlichen Engagements Raum geben und darf diese nicht als Bedrohung, sondern als Kreativitätspotenzial begreifen – Natürlich im Rahmen der demokratischen Grundordnung. Ihre »Steuerung« ist indirekt und zurückhaltend: Sie bereitet die Bühne, hat aber keine Weisungsbefugnis. Und sie muss aushalten können, dass auch kontroverse Themen auf diesen Bühnen gespielt werden können. Sie fördert zudem den interkulturellen Austausch bei Respektierung der jeweiligen Zuwanderungserfahrungen und kulturellen Herkunft. Sie wendet sich dezidiert gegen rassistische und antisemitische Tendenzen, die ihrem inklusiven Anspruch zuwiderlaufen.

These 9: Engagementpolitik braucht besondere Netzwerke, die die Vielfalt der Akteurinnen und Akteure auf Augenhöhe sichtbar machen. Sie soll ihre Beiträge politisch so bündeln, dass sie öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen und Durchsetzungsmacht erreichen. Der klassische Korporatismus aus den Aufbaujahren der Bundesrepublik (West) muss durch diesen Netzwerkgedanken ergänzt oder sogar ersetzt werden.

These 10: Bürgerschaftliches Engagement ist in allen Feldern der Gesellschaft präsent. Aber es benötigt für seine Wirksamkeit auch nachhaltige Infrastrukturen, die diese im Alltag multifunktional und multithematisch verlässlich unterstützen. Dazu zählen Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerstiftungen, Bürgerhäuser, Soziokulturelle Zentren, Runde Tische, lokale Engagementnetzwerke usw. Hierzu müssen die entsprechenden nachhaltigen Förderinstrumente bereitstehen. Und: Bürgerschaftliches Engagement braucht in einer Umwelt mit oft komplexen Anforderungen gute Fortbildungen und Qualifizierungsmöglichkeiten, z.B. im Freiwilligenmanagement.

These 11: Engagementpolitik muss auf allen Ebenen, von der Kommune bis hin zur Europäischen Union, in gemeinsam mit der Zivilgesellschaft erarbeiteten Engagementstrategien sichtbar und transparent gemacht werden. Diese Engagementpolitiken (im Plural) müssen mit den besonderen zivilgesellschaftlichen Traditionen und Geschichten des jeweiligen Ortes und Kontexts sensibel umgehen, um Doppelstrukturen und Störungen zu vermeiden und Synergien zu verstärken.

Literaturhinweis:

Röbke, Thomas (2021): *Der Humus der Gesellschaft. Über bürgerschaftliches Engagement und die Bedingungen, es gut wachsen zu lassen.* Wiesbaden.



Position zur Engagementpolitik

Sabine Süß, Leiterin der Koordinierungsstelle Netzwerk Stiftungen und Bildung, Berlin

Tutzing, 5. Juni 2022

Die gesellschaftliche Transformation führt zu einer veränderten Perspektive auf die zivilgesellschaftlichen Kräfte. In einem Workshop zu Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung zivilgesellschaftlicher Akteure haben sich Engagierte aus Vereinen, Initiativen und Stiftungen als »Visionäre, Gestalter und Mehrwertschaffende« bezeichnet, die »themenverschieden, kreativ, lösungs- und wirkungsorientiert« sind. Interessant dabei ist, dass diese Charakteristika nicht auch in der Beschreibung der Fremdwahrnehmung zu finden sind. Wie kann das sein?

Engagementpolitik orientiert sich wie jede politische Bewegung an größeren Entwicklungssträngen und -zusammenhängen. Das lässt aber im Umkehrschluss nicht die Schlussfolgerung zu, dass eine Entwicklung, die sich nicht in einer politischen Bewegung abbildet, nicht existiert. Die Bundesregierung widmet sich derzeit der Aktualisierung ihrer Engagementpolitik. Sie öffnet sich bei der Entwicklung den bekannten Stimmen aus der Engagementszene; das sind die, die sich wahrnehmbar äußern können. Ob man auf sie hört, sei dahingestellt.

Wie schaffen wir es, auch die zweite Hälfte der Zivilgesellschaft zu Gehör zu bringen? Wie kann man die Stimmen jener zu Gehör bringen, die wie ein riesiger Chor aus Einzelstimmen erscheinen, die jedoch nicht aufeinander abgestimmt sind? Zu diesen Fragen möchte ich vier Anmerkungen für die weitere Diskussion machen.

Erstens: Die Akteure selbst sehen sich nicht unbedingt als gesellschaftspolitische Akteure, wenn sie sich für das Gemeinwohl einsetzen, sondern als bürgerschaftlich engagierte Einzelpersonen, selbst wenn sie einer Initiative oder einem Verein zugehörig sind. Damit kommen sie auch nicht auf die Idee, dass ihnen jemand bei politischen Entscheidungen zuhören wollen könnte.

Zweitens: Die politischen Entscheidungsträger suchen sich die Organisationen als Gesprächspartner und Informanten aus, die ihnen bekannt sind und eine möglichst breite zivilgesellschaftli-

che (Teil)Gruppe vertreten. Das ist nachvollziehbar, schließt jedoch diejenigen aus, die nicht durch diese Organisationen vertreten werden.

Drittens: Die politischen Entscheidungsträger sind auch gar nicht in der Lage, den Zugang zu dieser anderen Hälfte der Zivilgesellschaft zu finden. Sie könnten aber anerkennen, dass es diese als relevante Größe gibt. Was wiederum dazu führen müsste, dass sie die ihnen bekannte und ansprechbare Zivilgesellschaft auffordert, den Kontakt herzustellen und die Aussagen einzufangen, um sie als eigenständige Stimme bei der Entwicklung engagementpolitischer Festlegungen und Maßnahmen zu berücksichtigen.

Viertens: Um das öffentliche Bild der Zivilgesellschaft nicht nur einseitig erscheinen zu lassen, muss die organisierte Zivilgesellschaft Wege entwickeln und finden, wie auch die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure und Engagierten, die frei agieren und sich weniger auf Standards der organisierten Zivilgesellschaft verlassen können, auch politisch greifbar werden. Es besteht die gemeinsame Verantwortung, als eine zwar heterogene Zivilgesellschaft wahrgenommen zu werden, in der dennoch alle relevanten Positionen artikuliert werden.

Der Zugang zu der anderen Hälfte der Zivilgesellschaft, die sich zwar stark engagiert, aber wenig politisch hörbar artikuliert, weil sie sich in ihren Anliegen so stark auf die Bedürfnisse und den Bedarf vor Ort, in ihrem Lebensumfeld, in Bezug auf menschliche und gesellschaftliche Aufgabenstellungen fokussiert, kann zum Beispiel über regionale und kommunale Konferenzen erreicht werden. Diese Versammlungen könnten sich dem widmen, zu erfahren, was vor Ort zur Lösung gesellschaftlicher und individueller Aufgaben gebraucht wird, welche Verbesserungen zu einer größeren Wirksamkeit führen würden und wie sich diese frei verantwortete Zivilgesellschaft die Gestaltung ihres bürgerschaftlichen Engagements mit Blick auf die Zukunft vorstellt: Mit dem Willen, den richtigen Instrumenten und der Überzeugung, dass eine wichtige Stimme im Reigen derer fehlt, für die gerade eine nationale Engagementstrategie entwickelt wird.



Autorinnen und Autoren

Andrea Betz, Vorständin, Diakonie München und Oberbayern, München

Brigitte Grande, Vorsitzende, Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V., Tutzing

Prof. Dr. Edgar Grande, Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

Pfr. Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, Tutzing

Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum (bis 2021), Bochum

Gesine Höltmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

Prof. Dr. Swen Hutter, Professor für Politische Soziologie an der Freien Universität Berlin, Stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

Dr. Holger Krimmer, Geschäftsführer der ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) gGmbH im Stifterverband, Berlin

Quentin Kügler, Mitglied im Unterstützungsteam des bürgerschaftlichen Netzwerks »Wir im Quartier«, Leipzig

David Kuhn, Studentischer Mitarbeiter in der ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) gGmbH im Stifterverband, Berlin

Dr. Tatiana Matthiesen, ZEIT Stiftung, Leitung des Förderbereichs Bildung und Erziehung, Hamburg

Markus Priesterath, Bundesministerium des Innern und für Heimat, Referat GII3 (Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement), Berlin

Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführender Vorstand Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE), Nürnberg

Charlotte Rößler-Prokhorenko, Studentische Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, Berlin

Dr. Axel Salheiser, Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Jena

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Leiter des Fachgebiets »Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel« an der Universität Kassel, Kassel

Sabine Süß, Leiterin der Koordinierungsstelle Netzwerk Stiftungen und Bildung, Berlin

Dr. Birthe Tahmaz, Projektleiterin in der ZiviZ (Zivilgesellschaft in Zahlen) gGmbH im Stifterverband, Berlin

Gerd Thomas, 1. Vorsitzender FC Internationales Berlin 1980 e.V., Berlin



Jahrgang 2022

18/22 – **Auseinandersetzung im Bundestag um die Corona-Impfpflicht** (Beschlussempfehlungen und Auszüge aus den Plenardebatten) – 60 Seiten / 5,30 €

19/22 – **EKD-Fachforum »Inklusive Kirche gestalten« – Aktionspläne Inklusive Kirche**, Hannover, 11.-12. Oktober 2021 (digital) – 36 Seiten / 4,30 €

20/22 – **»Frieden schaffen – doch mit Waffen?« Die evangelische Kirche und der Ukraine-Krieg** 56 Seiten / 5,30 €

21/22 – **Evangelische Akademie Tutzing: Toleranzpreis, Kaschnitz-Preis, Kanzelrede** – 32 Seiten / 4,30 €

22/22 – **Zwischen Kultur und Kommerz – Was ist der Sport uns wert?** (Vierter Sportethischer Fachtag der EKD, Evangelische Akademie Frankfurt, 22. März 2022) – 44 Seiten / 4,80 €

23/22 – **Angesichts des Todes – christliche und muslimische Perspektiven für die Seelsorge** (Dritte christlich-muslimische Seelsorge-Tagung, Haus Villigst, Schwerte, 28. Oktober 2021) – 32 Seiten / 4,30 €

24/22 – **Mitten im Leben! Prädikant:innen in der Evangelischen Landeskirche in Baden** (Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Mai 2022) 28 Seiten / 3,60 €

25/22 – **Im Angesicht des Ukrainekrieges: Evangelische Friedensethik vor neuen Herausforderungen** (Studententag der Ev. Akademie im Rheinland, der Ev. Akademie Sachsen, der Ev. Akademie Villigst, der Ev. Akademie Bad Boll und der Ev. Akademie Thüringen, 12. Mai 2022 (digital) – 36 Seiten / 4,30 €

26/22 – **Sterbehilfe (3)** Position von Kirche und Diakonie/Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag am 18. Mai 2022 – 32 Seiten / 4,30 €

27-28/22 – **Bilderverbot?! – Zum Umgang mit antisemitischen Bildern an und in Kirchen** (Fachtagung der Evangelischen Akademie zu Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder, 7. bis 9. November 2021) – 68 Seiten / 5,60 €

29/22 – **LutherKonferenz und Verleihung der »LutherRose 2021« an Prof. Dr. Wolfgang Huber** Internationale Martin Luther Stiftung, Ditzingen, 30. April 2022 – 24 Seiten / 3,60 €

30/22 – **102. Deutscher Katholikentag – ausgewählte ökumenische Texte** (25. bis 29. Mai 2022, Stuttgart) 32 Seiten / 4,30 €

31/22 – **Gedenken zum ersten Jahrestag der Flutkatastrophe** (Latzel, Ackermann, Steinmeier) – **Johannisempfang der EKD** (EKD-Ratsvorsitzende Kurschus, Bundespräsident Steinmeier) – **60 Jahre Entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen** (Prälat Dutzmann) – 20 Seiten / 2,80 €

32/22 – **Die juristische Auseinandersetzung über das jüdenfeindliche Schmährelief (»Judensau«) an der Stadtkirche Wittenberg** – 36 Seiten / 4,30 €

33/22 – **Assistierter Suizid und verantwortbare Praxis** (Tagung der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Ethik im Gesundheitswesen des Kirchenkreisverbandes Hamburg, 31. März 2022) – 36 Seiten / 4,30 €

34/22 – **Die Zukunft unserer Demokratie** (Sommer-tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit der Theodor Heuss Stiftung, 17. bis 19. Juni 2022) – 68 Seiten / 5,60 €

35/22 – **22. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz Flüchtlingsschutz in Deutschland und Europa – Gelingt ein Paradigmenwechsel?** (Evangelische Akademie zu Berlin, 20. bis 21. Juni 2022) 40 Seiten / 4,30 €

36/22 – **Reproduktive Selbstbestimmung, Lebensschutz und Strafrecht. Die neue Diskussion um § 218 StGB als Herausforderung für die evangelische Kirche** (Online-Tagung des Zentrums für Gesundheitsethik (ZfG) an der Ev. Akademie Loccum in Kooperation mit der EKD, 15. Juni 2022) – 52 Seiten / 5,30 €

37/22 – **Digital – parochial – global?! Ekklesiologische Perspektiven im Digitalen (6)** (Workshopreihe der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Evangelischen Akademie der Pfalz; Workshop VI: Öffentliche Verkündigung, 15. Februar 2022, digital; Workshop VII: Ordination und Beauftragung, 17. März 2022, digital) – 28 Seiten / 3,60 €

38/22 – **Wege zu mehr digitaler Nachhaltigkeit** (Online-Tagung der Evangelischen Akademie im Rheinland, der Stabsstelle Kommunikation und Medien im Landeskirchenamt der EKIR sowie der Melanchthon-Akademie Köln, 17. März 2022) – **Glaube Liebe Wandel. Kirche in der sozial-ökologischen Transformation** (Online-Kongress der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Melanchthon-Akademie Köln, 30. März bis 7. April 2022) – 44 Seiten / 4,80 €

39/22 – **Andacht und Festakt zum 80. Geburtstag von Bischof i.R. Prof. Dr. Wolfgang Huber** (Berlin, Französische Friedrichstadtkirche, 26.8.2022) 20 Seiten / 2,80 €

40/22 – **Religions for Future?! Christentum und Islam vor der Herausforderung des Klimawandels** (32. Christlich-Islamische Tagung am Pfingstfest, Ev. Jugendbildungsstätte Nordwalde, 3. bis 6. Juni 2022) 48 Seiten / 4,80 €

41/22 – **Vorwurf der Volksverhetzung gegen Pastor Olaf Latzel – Urteile des Amtsgerichts und des Landgerichts Bremen** – 32 Seiten / 4,30 €

42/22 – **Hospizarbeit im Umbruch? Corona, Sorgeskultur, Suizidassistenz** (Evangelische Akademie Villigst, 10. bis 12. Juni 2022) – 64 Seiten / 5,60 €

43/22 – **Tag der Deutschen Einheit** (Landesbischof Kramer, Ökumenischer Gottesdienst) – **75 Jahre EKHN** (Kirchenpräsident Jung, Jubiläumsgottesdienst) – **Kanzelrede Leipzig** (Luisa Neubauer) – **76. Deutscher Pfarrerinnen- und Pfarrertag** (Pastor Andreas Kahnt, Vorstandsbericht) – 20 Seiten / 2,80 €

44/22 – **Südwestdeutsche Medientage: »Wir brauchen die nicht mehr!« – Direktkommunikation vs. Freie Presse?** (Ev. Akademie der Pfalz, Protestantisches Bildungszentrum Butenschön-Haus (Landau) und Hambacher Schloss, 29. bis 30. Juni 2022)
40 Seiten / 4,30 €

45/22 – **Bischof Stäblein beim Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer – Einführung der EKD-Bevollmächtigten Anne Gidion – Interkulturelle Woche – Gnadauer Verband** – 24 Seiten / 3,60 €

46/22 – **Klimaschutzrichtlinie der EKD und Roadmap der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) für einen verbindlichen EKD-weiten Prozess zur Klimaneutralität bis 2035**
20 Seiten / 2,80 €

47/22 – **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (1)** Karlsruhe, 31. August bis 8. September 2022 – 60 Seiten / 5,30 €

48/22 – **75 Jahre Lutherischer Weltbund (LWB) und Deutsches Nationalkomitee des LWB (DNK/LWB)**
Festakt am 7. Oktober 2022 auf der Wartburg in Eisenach – 32 Seiten / 4,30 €

49/22 – **Synodentagung 2022 (1)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 68 Seiten / 5,60 €

50/22 – **Synodentagung 2022 (2)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 40 Seiten / 4,30 €

51/22 – **Digitale Communities – Eine Pilotstudie zur Followerschaft von christlichen Influencer*innen auf Instagram** midi (Evangelische Arbeitsstelle für mission-

narische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung) / Evangelisches Werk Diakonie und Entwicklung e.V. – 52 Seiten / 5,30 €

Jahrgang 2023

1-2/23 – **Rüstungsexportbericht 2022 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**
96 Seiten / 7,50 €

3/23 – **Zweite friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: Im Dialog mit aktuellen Stimmen aus Osteuropa**, 18. Oktober 2022 – **Predigt der EKD-Ratsvorsitzenden Kurschus am Reformationstag**
28 Seiten / 3,60 €

4/23 – **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (2)** Karlsruhe, 31. August bis 8. September 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

5-6/23 – **»Gott mit uns!« – Das schwierige Erbe des Nationalprotestantismus** Symposium des Lernorts Garnisonkirche und der Martin-Niemöller-Stiftung e.V., 1. bis 2. Oktober 2021 – 84 Seiten / 6,80 €

7/23 – **Synodentagung 2022 (3)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

8-9/23 – **Die Zukunft der Zivilgesellschaft** (Tagung der Ev. Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis Ev. Akademie Tutzing e.V. und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung, Tutzing, 3. bis 5. Juni 2022) – 88 Seiten / 6,80 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:
GEP gGmbH Leserservice
Postfach 1154
23600 Bad Schwartau
Tel.: 0451 4906-830
Fax: 0451 4906-950
E-Mail: gep-
leserservice@medienexpert.com
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 34,65 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 40,25 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 31,95 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.